

Forum Umwelt & Entwicklung



DAS WAR DER GIPFEL

AUS DEM INHALT

- ❑ Mehr war nicht drin – *Jürgen Maier*
- ❑ „Gipfel Schnipsel“ oder „Die Stilblüte als geschützte Art“ – *Sascha Müller-Kraenner*
- ❑ Weltgemeinschaft hat globale Herausforderungen für Umwelt und Entwicklung noch nicht angenommen – *Jochen Flasbarth*
- ❑ Gipfel des kleinsten gemeinsamen Nenners – *Reinhard Hermle*
- ❑ Handel und nachhaltige Entwicklung in Johannesburg – *Michael Frein*
- ❑ „Biologische Vielfalt“ im Aktionsplan von Johannesburg – *Hartmut Meyer*
- ❑ Wasser in Johannesburg – *Uwe Hoering*
- ❑ Nachhaltigkeit kommunalpolitisch umsetzen – *Jürgen Anton, Albrecht Hoffmann*
- ❑ Viel Markt, wenig Frauenpower und wenig Frauenrechte – *Christa Wichterich*
- ❑ Weltgipfel verprellt Basis – *Knut Unger*
- ❑ Einen Fuß in der Tür? – *Daniel Mittler*
- ❑ 'Geist von Rio' unter Privatisierungsdruck – *Bernd Hirschl/ Heike Walk*
- ❑ Vom „Summit Fever“ zum „Summit Blues“ – *Stefan Cramer*



DAS WAR DER GIPFEL

INHALT

Editorial - *Jürgen Maier* 2

Schwerpunktthema: Weltgipfel in Johannesburg

- Mehr war nicht drin – *Jürgen Maier* 3
- „Gipfel Schnipsel“ oder „Die Stilblüte als geschützte Art“ –
Sascha Müller-Kraenner 6
- Weltgemeinschaft hat globale Herausforderungen für Umwelt
und Entwicklung noch nicht angenommen – *Jochen Flasbarth* 7
- Gipfel des kleinsten gemeinsamen Nenners – *Reinhard Hermlé* 9
- Handel und nachhaltige Entwicklung in Johannesburg –
Michael Frein 11
- „Biologische Vielfalt“ im Aktionsplan von Johannesburg –
Hartmut Meyer 13
- Wasser in Johannesburg – *Uwe Hoering* 14
- Nachhaltigkeit kommunalpolitisch umsetzen –
Jürgen Anton, Albrecht Hoffmann 16
- Viel Markt, wenig Frauenpower und wenig Frauenrechte–
Christa Wichterich 18
- No more summits - Weltgipfel verprellt Basis – *Knut Unger* 20
- Einen Fuß in der Tür? Globale Unternehmensverantwortung
war das Überraschungsthema von Johannesburg –
Daniel Mittler 21
- Der 'Geist von Rio' unter Privatisierungsdruck –
Bernd Hirsch/ Heike Walk 23
- Vom „Summit Fever“ zum „Summit Blues“ – *Stefan Cramer* 24

Aus den Arbeitsgruppen

- „Gutes Wohnen statt Zersiedlung“ – *Hubert Meiners, Knut Unger* 26

Weitere Berichte:

- Erstes Projekt im Clean Development Mechanismus des
Kyoto-Protokolls eine Eukalyptusplantage? – *Jutta Kill* 27
- Neue Ära der Klimaverhandlungen beginnt –
Manfred Treber/ Bernd Brouns 28
- WestLB-Pipeline in Ecuador - Schallene Ohrfeige vom
„Papst der Weltbank-Standards“ 30

Veranstaltungen / Publikationen 31

Impressum:

Herausgeber:
Projektstelle Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Telefon: 0228-35 97 04
Fax: 0228-923 993 56
E-mail: info@forumue.de
Internet: www.forumue.de

Verantwortlich: Jürgen Maier
Redaktion: Monika Brinkmüller
Serviceteil: Bettina Oehmen

Diese Publikation wurde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziell gefördert. Der Inhalt gibt nicht unbedingt die Meinung des BMZ wieder.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im Dezember 2002.



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Der vorliegende Rundbrief steht natürlich ganz im Zeichen des Johannesburger »Weltgipfels für Nachhaltige Entwicklung«. Ein Gipfel, der sicherlich niemanden zu Begeisterungstürmen hinreissen konnte, der andererseits aber auch nicht der totale Misserfolg wurde, den sehr viele – auch ich – erwartet hatten. Das gesamte Johannesburger Veranstaltungsprogramm, war vom offiziellen Gipfel über die zahlreichen Parallelveranstaltungen bis zu den Protestaktionen, ziemlich breit angelegt - vor Ort empfanden es die meisten als reichlich unübersichtlich und es war nicht leicht, den Überblick zu behalten.

So vielfältig wie die Ereignisse in Johannesburg ist daher auch dieses Heft. Bei den durchwachsenen Ergebnissen des offiziellen Gipfels tun sich viele Berichterstatter schwer, zu einem abschliessenden und konsistenten Urteil, zu kommen: War der Gipfel denn nun ein Misserfolg, ist er gescheitert, war er ein relativer Erfolg, haben solche Veranstaltungen überhaupt noch Sinn? Fragen, die sich allen stellen, aber man muss wohl dem »Earth Negotiations Bulletin« recht geben, wenn es sein Fazit mit den Worten schliesst: »Wie Stockholm und Rio können die Ergebnisse dieses Gipfels wohl direkt danach noch gar nicht voll erfasst werden. Ihre Auswirkungen auf den internationalen Prozess und auf die nationale, lokale und individuelle Ebene werden sich wohl erst in einiger Zeit zeigen.«

Im Vorfeld von Johannesburg habe ich mir einmal den Spass gemacht, die Presseerklärungen und Statements der Nichtregierungsorganisationen am Ende der Konferenzen von Rio 1992 und Kyoto 1997 durchzulesen. Fast durchgehend haben wir die Ergebnisse scharf kritisiert, die Regierungen des kollektiven Versagens beschuldigt und den Sinn des Folgeprozesses

in Frage gestellt. Nur wenige Jahre später waren die Ergebnisse von Rio und Kyoto Meilensteine und Durchbrüche, deren Integrität die NRO gegen infame Verwässerungsversuche der Regierungen verteidigten.

So weit wird es angesichts der eher dürftigen Ergebnisse von Johannesburg wohl nicht kommen. Die Frage nach der Gestaltung der Globalisierung steht jedoch aktueller denn je auf der Tagesordnung, und die Rolle der Europäischen Union wird angesichts der zunehmend fundamentalistischer werdenden Verweigerungshaltung der USA dabei immer wichtiger. Und das bedeutet auch eine Herausforderung für die europäischen NRO.

Für das Forum Umwelt & Entwicklung bedeutet Johannesburg daher auch eine Zäsur. 10 Jahre Rio-Prozess sollten Anlass sein, die Rolle der deutschen NRO in diesem Prozess kritisch - auch selbstkritisch - zu analysieren. Sind die deutschen NRO provinziell und verschlafen die internationale Politikebene? Oder verschwenden sie im Gegenteil zuviel Energie auf globale Politikprozesse, bei denen sowieso nichts herauskommt? Wie ist das Verhältnis von Globalisierungskritik zu Versuchen vieler NRO, sich in die Globalisierungsprozesse gestaltend einzumischen: Unvereinbarer Gegensatz oder zwei Seiten einer Medaille? Dies sind nur zwei Fragen, auf die es im Spektrum des Forums Umwelt & Entwicklung ganz unterschiedliche Antworten gibt. Es wird eine zentrale Aufgabe der nächsten Monate sein, diesen Diskussionsprozess konstruktiv voranzutreiben und damit die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass wir in den nächsten Jahren mit mehr Erfolg Einfluss auf die internationale Politik nehmen können.

Jürgen Maier



Johannesburg-Gipfel: Mehr war nicht drin

»Der grösste Gipfel aller Zeiten« sollte es werden. Doch so manche Superlative musste in Johannesburg korrigiert werden. Auf bis zu 60 000 Personen war im Vorfeld die Teilnehmerzahl geschätzt worden – es wurden schliesslich nur etwa 20 000. Als Gipfel des Stillstands war er von einer wachsenden Zahl von NGO-Aktivisten befürchtet worden – am Ende kamen sogar entgegen allen Erwartungen einige ganz brauchbare Ergebnisse heraus.

Anfangs kam der Johannesburger Gipfel vielen Teilnehmern wie eine Abenteuerreise vor. Schon in den Reiseführern war vor Johannesburg als eine der am stärksten von Kriminalität heimgesuchten Städte der Welt gewarnt worden – verbunden mit dem Hinweis, unbedingt vor Einbruch der Dunkelheit im Hotel zu sein. Das war natürlich völlig unmöglich. Schon bei der Ankunft war in den örtlichen Zeitungen von den ersten überfallenen Delegierten zu lesen. Hinzu kam eine heillos überforderte Bus-Shuttle-Logistik. Das Zurücklegen der Transferstrecken zwischen dem Sandton Convention Centre, den weitverstreuten anderen Tagungs-orten und den Hotels dauerte oft bis zu 90 Minuten, hinzu kamen oft unfreiwillige Stadtrundfahrten durch teils zwielichtige Gegenden weil sich die Fahrer nicht auskannten. Es versprach spannend zu werden...

Während in den britischen Zeitungen noch ganz nach deutscher Bonusmeilen-Art ausgiebig über die angeblichen Luxusreisen nach Johannesburg schwadroniert wurde, sah die Realität zumindest für diejenigen, die am Gipfel aktiv beteiligt waren, ganz anders aus. Aufstehen um spätestens 6 Uhr, noch bevor die Frühstückstische gedeckt werden konnten, um rechtzeitig vor der morgendlichen Rush Hour zu den ersten Delegations-sitzungen zu kommen, war angesagt – und bald begannen auch schon wieder die UN-typischen Nachtsitzungen, die oft genug dazu führten, dass man mit ortsunkundigen Taxifahrern allein durch das nächtliche (und laut Reiseführer zu dieser Zeit lebensgefährliche) Johannesburg kurven musste, um noch ein paar Stunden Schlaf zu erhaschen.



Foto: S. Beitz/VENIRO

Pressekonferenz der deutschen NGOs in Johannesburg (v.l.n.r. J. Maier, J. Flasbarth, A. Zahrnt, H. Weinzierl, R. Hermle, W. Steen, B. Bauske)

Doch diese folkloristischen Begleitereisungen gerieten bald in den Hintergrund angesichts der zunehmenden Polarisierungen auf dem Gipfel. Die USA hatten vorher verkündet, keinem einzigen neuen Aktionsziel der Staatengemeinschaft zuzustimmen und voll auf Typ-2-Partnerschaftsprojekte zu setzen – nach dem Motto: Taten statt Worte. Als die US-Delegationsleiterin Dobriansky in einem Zeitungsinterview auch noch verkündete, die USA hätten den Gipfel nicht nötig, da sie sowieso »world leaders in sustainable development« seien (wörtlich), hatten die Amerikaner wieder zielsicher den Rest der Welt gegen sich aufgebracht. Und so war es für die europäischen Verhandler am Ende der ersten Woche schon ein echter Erfolg, dass die Amerikaner in einigen Punkten nachgeben und neue Aktionsziele akzeptieren mussten:

Bis 2015 soll die Überfischung soweit zurückgefahren werden, dass die Fischbestände auf einem nachhaltig bewirtschaftbaren Level angekommen sind – mit dem Zusatz »wenn möglich«, bis 2020 sollen Schäden durch Produktion und Umgang mit gefährlichen Chemikalien minimiert werden, ferner die Halbierung der Zahl der Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser bis 2015, die Einrichtung eines Welt-Solidaritätsfonds zur Armutsbekämpfung, und schliesslich sogar das hart umkämpfte Ziel, bis 2015 die Zahl der Menschen ohne Zugang zu grundlegender Abwasserentsorgung zu halbieren.

Die Bonner Richtlinien zum Vorteilsausgleich aus der Nutzung von Biodiversität sollen nun verbindlich werden. Aber vermutlich erschließt sich die Charakterisierung solcher Beschlüsse als »Erfolg« vorwiegend den Insidern des Rio-Prozesses. Es kommt in jedem Fall jetzt darauf an, was diejenigen Staaten im Nachfolgeprozess daraus machen, denen die Umsetzung dieser Ziele wichtig ist.

Erneuerbare Energien

Der bis zum Schluss offene zentrale Streitpunkt war aber ein Ausbauziel für erneuerbare Energien. Das von der EU vorgeschlagene Ziel, 15% Primärenergieanteil weltweit bis 2015, war bescheiden genug: Bereits 1998 war der Stand nämlich 13.8%. Zweifelhafte erneuerbare Energien wie traditionelle Biomasse (=Brennholz) und Großwasserkraftwerke sind dabei nicht ausgeschlossen. Weiter ging da schon Brasilien, das bis 2010 10% »moderne« erneuerbare Energien haben wollte. Das war aber auch der EU zuviel. Am Ende gelang es den USA und innerhalb der G77-Gruppe der Entwicklungsländer die OPEC-Lobby, jede Festlegung auf ein Ausbauziel zu verhindern. Bundeskanzler Schröder hatte sich in seiner Rede – übrigens der kürzesten aller Staatschefs – voll auf erneuerbare Energien konzentriert, inklusive der Einladung zu einer großen internationalen Konferenz und der Ankündigung von 1 Mrd. Euro für erneuerbare Energien und Energieeffizienztechnologien für Entwick-



lungsländer in den nächsten 5 Jahren. Er hatte sich damit soweit aus dem Fenster gelehnt, dass eine simple Ablehnung durch den Gipfel nicht mehr hinnehmbar war.

Die Blockade der USA und der OPEC könnte sich nun als Pyrrhussieg erweisen. Die EU startete am Schluss der Konferenz eine Initiative, eine Gruppe von Staaten zusammenzustellen, die gemeinsam den Ausbau der erneuerbaren Energien mit nationalen Ausbauzielen vorantreiben zu wollen. Spätestens als große Länder wie Brasilien oder gar Ölexporture wie Mexiko und Venezuela sich dem anschlossen, war klar, dass die internationale Gemeinschaft die offene Sabotage nachhaltiger Entwicklung durch eine kleine, radikale Minderheit nicht länger hinzunehmen bereit ist. Dieses Beispiel muss in anderen Foren unbedingt Schule machen.

Umwelt und WTO

Dramatisch wurde es bei den umfangreichen Aussagen zur internationalen Handelspolitik sowie zur politischen Gestaltung der Globalisierung im Aktionsprogramm. Im Interesse nachhaltiger Entwicklung wäre es dringend notwendig gewesen, dass die UN-Konferenz der Staatschefs die von den Handels- und Wirtschaftsministerien der Welt eifersüchtig gehütete Dominanz ihrer Ressorts und ihres internationalen Zusammenschlusses WTO über Umwelt- und Entwicklungsinteressen etwas zurückgedrängt hätten. Es wäre beinahe anders gekommen. Die in der EU zu diesem Thema federführende EU-Kommission hatte sich im Vorfeld mit den USA auf ein sogenanntes Non-Paper verständigt, das die Grundlage für die weiteren Verhandlungen bilden sollte. Der Freihandel löst alle Probleme und dient nachhaltiger Entwicklung, so der reichlich ideologisch gefärbte Grundtenor dieses Papiers.

Der »Gipfel« war dann die im weiteren Verlauf der Verhandlungen von EU, USA und G77 unterstützte Aussage, Umweltabkommen müssten WTO-konsistent sein. Nachdem das ungelöste Nebeneinander von WTO und UN-Umweltabkommen bei den letzten beiden Umweltabkommen (Biosafety-Protokoll und PIC-Abkommen) bestätigt worden war, hätte dies die Unterordnung künftiger UN-Abkommen unter die WTO bedeutet. Diese katastrophale Aussage wurde schliesslich vor allem



Treffende Charakterisierung des Gipfels

durch intensive NGO-Lobbyarbeit bei denjenigen Ländern, die zum Glück noch nicht der EU, der USA oder den G77 angehören, buchstäblich in letzter Minute gestoppt. Norwegen, die Schweiz, Ungarn und erstaunlicherweise Kanada blockierten die Verabschiedung dieser Aussage und verlangten eine Abschwächung.

Danach kippte durch den engagierten Einsatz des äthiopischen Verhandlers Tewelde in den internen G77-Beratungen zuerst Tuvalu, dann die restlichen pazifischen Inselstaaten, dann die Karibikländer und schliesslich die ganze G77 um. Erst dann fühlte sich die EU bemüssigt, Vernunft anzunehmen und bestand ebenfalls nicht mehr auf dem De-Facto-Beitritt der UNO zur WTO. Plötzlich standen die Amerikaner wieder alleine da, und der Kompromiss war schliesslich, gar keine Aussage zum Verhältnis UNO-WTO und die Betonung, die Integrität beider müsse gewahrt bleiben.

Agrarsubventionen

Das katastrophale Agieren des EU-Handelskommissars Lamy setzte sich fort in dem einen Punkt, in dem die EU Freihandel kategorisch ablehnt: den Agrarsubventionen. Wer wie der Franzose Lamy sein europäisches Amt derart schamlos für seine eigenen nationalen Interessen missbraucht, hat im Grunde auf seinem Job nichts mehr verloren. Wie gross der Unmut über Frankreichs letztlich erfolgreiche Politik, bei den Agrarsubventionen keinen Millimeter nachzugeben, in anderen EU-Ländern mittlerweile ist, zeigten die unverhüllten Attacken in den Reden Schröders und Blairs auf die EU-Agrarsubventionen. Das erfolgreiche Bestehen der EU auf dieser ohnehin über-

holten Politik kostete sie enorm viel Verhandlungskapital, das man woanders weit sinnvoller hätte einsetzen können.

Gesundheitsrechte

Gerade noch an einer Blamage 1. Klasse vorbei schlitterte die EU auch beim Thema der Gesundheitsrechte für Frauen. Die unheilige Allianz aus USA, Vatikan und einer Reihe islamischer Staaten sah wieder eine Gelegenheit, Frauenrechte bei Themen wie Abtreibung oder Genitalverstümmelung zurückzudrängen. Eine Zeitlang sah es so aus, als würde Berlusconi Italien sich unter dem Druck des Vatikan dieser Allianz anschliessen und die EU damit blockieren. Schliesslich gelang es, den Bezug auf die Menschenrechte und Grundfreiheiten noch unterzubringen.

Verantwortlichkeit der Konzerne

Auch von NGO-Seite zu wenig beachtet wurde die Aussage im Globalisierungskapitel zur Verantwortlichkeit von Konzernen. Erstmals seit langem wurde in einem UN-Dokument klar ausgesagt, dass freiwillige Selbstverpflichtungen hierfür nicht ausreichen und nationale wie internationale Regulierung erforderlich ist. Dies ist ein Erfolg insbesondere für die lange Lobbyarbeit von Friends of the Earth.

Kaum ins Gewicht fielen die vor dem Gipfel von interessierter Seite so hochgelobten Typ-2-Initiativen. Ohne jede Kriterien wurden sie von der UNO lieblos zu einem Kompendium zusammengestellt, das zu keinem Zeitpunkt bei den Verhandlungen oder in der Medienberichterstattung irgendeine größere Rolle spielte. Das lag sicherlich auch an der von einigen Konzernen, darunter auch einem namhaften Automobilhersteller aus Bayern, geradezu penetrant betriebenen Usurpierung des Begriffs »nachhaltige Entwicklung«. Wer wie dieser Konzern – aber keineswegs nur dieser – zuhause systematisch Fortschritte etwa in Richtung nachhaltige Verkehrspolitik blockiert, ist eben auch für die Medien wenig glaubwürdig, und ohne entsprechende Imagegewinne sind solche Typ-2-Initiativen wohl auch nicht übertrieben attraktiv.

Zugang zum Konferenzzentrum

Viel Wirbel gab es um die eingeschränkten Zugangsmöglichkeiten für NGOs zum Kongresszentrum. Angesichts

Foto: S. Beitz/VENRO



von 20 000 Teilnehmern war von vornherein klar, dass diese nicht alle ins Sandton Convention Centre passen würden, erst recht nicht unter den Bedingungen verschärfter Sicherheitsvorkehrungen durch die zeitweise anwesenden Staatschefs. Die Art und Weise der Zugangsbeschränkungen wurde höchst intransparent und in ständig wechselnder Weise gehandhabt, was für viel Verärgerung sorgte. Schlussendlich wurden 1200 Eintrittskarten für NGOs nach dem Prinzip »Wer zuerst kommt« für die 3 Tage des High-Level-Segments ausgegeben. Die gleichen NGOs, die soeben noch lautstark gegen diese Zugangsbeschränkung protestiert hatten, holten dann aber noch nicht mal alle Karten ab, und als sich wenige Stunden nach Inkrafttreten der Zugangsbeschränkungen herausstellte, dass die Zahl derjenigen, die überhaupt ins Gebäude wollten, weit unter 1200 lag, wurde das Gebäude umgehend wieder für alle Akkreditierten geöffnet.

Da fragt man sich natürlich auch, was die ca. 10000 NGO-Leute eigentlich machten, wenn sie gar nicht an der Konferenz teilnahmen, zumal auch das NGO-Parallelevent »Global People's Forum« am anderen Ende der Stadt über weite Strecken über gähnende Leere klagte. Es kann nach Johannesburg sicherlich nichts schaden, wenn auch die NGOs ihren eigenen Polit-Flugreiseturismus mal kritisch hinterfragen. Noch besser als ein kerosinbesteuerter Flug ist allemal ein vermiedener Flug. Die eigentliche NGO-Arbeit von Lobbying, Pressearbeit, Side-Event-Organisation und NGO-Networking dürfte wohl von maximal 1000-1500 Personen betrieben worden sein.

Der Weltgipfel – Erfolg oder Misserfolg

Alles in allem eignet sich der Johannesburg-Gipfel – anders als Rio 1992 – sicherlich nicht als Meilenstein. Unkenrufe in die andere Richtung, mit dem WSSD seien die UN-Konferenzen an ihr politisches Ende gekommen oder hätten sich totgelaufen oder müssten durch thematisch enger gefasste Konferenzen ersetzt werden, erweisen sich bei näherem Hinsehen aber ebenfalls als wenig realitätstüchtig. Ein anderer Rahmen als der Rio-Prozess für eine wie auch immer geartete kooperative Herangehensweise zwischen Industrie- und Entwicklungsländern an die Gestaltung der Globalisierung und

der Gestaltung von »Entwicklung« und die damit zusammenhängenden Umweltprobleme ist schlichtweg nicht in Sicht. Wie unvollkommen auch immer das sein mag – die Alternative wäre, der WTO allein das Feld zu überlassen und/oder unilateraler Machtausübung durch einige Großmächte.

Dass ein Großereignis wie der WSSD damit seinem jahrelangen Vorbereitungsprozess nicht im politischen Vakuum abläuft, sondern nur die realen politischen Verhältnisse in den Nationalstaaten widerspiegeln kann, gerät dabei auch bei politisch routinierten Beobachtern gerne in Vergessenheit. Wenn etwa in manchen Kommentaren zu lesen ist, der Gipfel sei »gescheitert«, weil es wieder nicht gelang, die USA zur Ratifizierung des Kyoto-Protokolls zu bewegen, kann man nur am Verstand derjenigen zweifeln, der so etwas schreiben. Politikprozesse laufen etwas komplexer ab als es so ein naives, unpolitisches Bild suggeriert. Es ist kaum ein Fall denkbar, in dem eine halbwegs ernstzunehmende Regierung im Verlauf einer internationalen Konferenz ihre Politik einfach mal um 180 Grad drehen würde, weil die Verhandlungsdelegation sich von den besseren Argumenten der anderen »überzeugen« ließe.

Die Realität sieht eher so aus, dass es für nahezu alle Interessen, Verhandlungspunkte und Umsetzungsziele einer solchen Gipfelkonferenz Kräftekonstellationen gibt, die aus meist wenigen mehr oder weniger gleichgesinnten Protagonisten, einem meist recht breiten wenig engagierten Mittelfeld sowie einer Anzahl von Blockierern bestehen. »Gescheitert« ist der Gipfel aus der Sicht der Protagonisten dann, wenn es den Blockierern gelingt, das Mittelfeld und die Protagonisten auseinander zu dividieren und innerhalb der Protagonisten Zwietracht zu säen. Um im WSSD-Bild zu bleiben: Wenn die Amerikaner und die OPEC es schaffen würden, innerhalb der EU Zerwürfnisse entstehen zu lassen und die Masse der Entwicklungsländer von der EU zu entfremden, so dass weltweit nur noch eine Reihe von grüngefärbten europäischen Regierungen für erneuerbare Energien eintritt, dann ist der Gipfel aus EU-Sicht »gescheitert«. Ein »Erfolg« im Sinne der EU wäre es, wenn es umgekehrt gelingt, die Amerikaner zu isolie-

ren, die OPEC innerhalb der Gruppe der Entwicklungsländer in die Defensive zu drängen und mit dem breiten Mittelfeld der Entwicklungsländer ein Bündnis etwa für erneuerbare Energien einzugehen. Dann wäre der Gipfel aus US-Sicht »gescheitert«. Im Falle des WSSD kommt diese Variante der Realität schon recht nahe. Die Vorstellung, mit einer vor Erdöl nur so triefenden Bush-Administration gemeinsam einen Aktionsplan zur Verdrängung fossiler Brennstoffe durch erneuerbare Energien beschließen zu können, ist dagegen bestenfalls reines Wunschdenken. Wer solche weltfremden Erwartungen zum Maßstab für die Beurteilung eines solchen Gipfels erhebt, wird blind gegenüber den tatsächlichen politischen Entwicklungen und immer enttäuscht, auch wenn er natürlich immer behaupten kann, dass er angesichts der ökologischen Realitäten doch recht habe. Aber das hilft nicht viel.

Vorreiter-Initiativen schalten Blockierer aus

Hier könnte sich der Vorstoß der EU und inzwischen 80 anderer Staaten, gemeinsam die erneuerbaren Energien mit vereinbarten Ausbauzielen unterhalb der UN-Ebene voranzutreiben, als enorm wichtig erweisen. Solche Vorreiter-Initiativen entwerfen tendenziell das Konsensprinzip und damit das Vetorecht der Blockierer und müssen Schule machen. Sie sind ein wichtiger Beitrag zur kreativen Weiterentwicklung des Multilateralismus und sollten unbedingt in anderen Verhandlungszusammenhängen Schule machen. Es wird nun entscheidend darauf ankommen, dass diese Initiative mit konkreten Inhalten und Aktionen gefüllt wird. Auch die NRO sollten hier selbstbewusst beanspruchen, diese Initiative mitzugestalten und politisch voranzubringen. Und so könnte ironischerweise das wichtigste Ergebnis von Johannesburg tatsächlich eine Art unfreiwillige, von USA und OPEC provozierte Typ-2-Initiative gewesen sein...

Jürgen Maier



“Gipfel Schnipsel” oder “Die Stilblüte als geschützte Art”

Gestern Nacht ging der Weltgipfel zu Ende. Was bleibt sind zwei Dokumente von zweifelhaftem Wert und einige schöne Erinnerung an Versprecher, Fettnäpfchen, Entgleisungen anderes allzu Menschliches. Ob nun deutsche Regierungsmitglieder von der „Abholzung der Fischbestände“ sprachen oder NGOs sich auf die Suche nach dem Mobutu (richtig: Ubuntu) Village machten, die Mischung aus Übermüdung, Überforderung und einer gehörigen Dosis Kapwein machte sich bemerkbar. Zahlreiche Verhandlungsergebnisse entstanden im Zustand chronischer Erschöpfung. Den Sieg davon trugen weder die G77, noch EU oder USA, sondern das ubiquitäre Sitzfleisch. Die Leitfrage auf den Gängen des Sandton Convention Centers lautete: Weißt Du eigentlich, was hier gerade los ist? Der Gipfel mit 193 Staaten und 60.000 Teilnehmern insgesamt war schon nach den ersten 24 Stunden unregierbar geworden. Bevor die sich aus dieser Bestandsaufnahme ergebenden Fragen an die Governance-Struktur des UN-Systems und die Organisationsfähigkeit der Zivilgesellschaft beantwortet werden sollen, lasst uns aber auf einige der unfreiwilligen Highlights der vergangenen zwei Wochen zurückblicken.

Zum Gastgeberland:

Ein **Delegierter des Königreiches Saudi Arabien** zur Frage der Tageszeitung „Star“, wie ihm Johannesburg gefalle: „Sie haben hier die schönsten Freudenhäuser der Welt.“

Ein **Angestellter der Deutschen Botschaft** in Jo'burg: „Wer Südafrika kennt, weiß, dass alles hier eingezäunt ist, weil die Leute so viel stehen.“

Ein **Taxifahrer**: „Wollen Sie lieber den Preis für Delegierte oder den für Einheimische zahlen?“

Die **Werbung eines lokalen Radiosenders**: „Castro, Gaddafi, Mugabe, Blair – Here goes the Neighborhood.“

Zum Verhandlungsklima:

Der **Leiter der US-Delegation**, Turner, zur Verhandlungstaktik der Europäer: „Einige Länder versuchen hier, den Verlauf der Verhandlungen zu diktieren.“

Der **Leiter der EU-Delegation**, Steer, zu einem zehn Fragen umfassenden Statement der USA zum Vorsorgeprinzip: „Ich habe genug von Ihrer Fragerei. Ab jetzt



Foto: iisd

höre ich einfach nicht mehr zu, wenn Sie Fragen stellen.“

Zum Verhandlungsstil

(zitiert nach einer freundlichen Quelle aus der Delegation der EU-Kommission): **US State Department zur Europäischen Kommission**: „Hätte Kommissionspräsident Prodi Interesse daran, an der Pressekonferenz mit unserem Außenminister Powell teilzunehmen?“

Büro Prodi: „Was kriegen wir dafür?“

Büro Powell: „Was wollt ihr denn?“

Büro Prodi: „Prodi kommt, wenn ihr den Ziel zur Abwasserentsorgung zustimmt.“

Büro Powell: „Kommt ja gar nicht in Frage.“

Kleine Anmerkung am Rande: Das Abwasserziel wurde beschlossen und Powell kam trotzdem alleine zur Pressekonferenz.

Colin Powell und der Humor:

„Seit einem Jahrzehnt konsumieren Menschen in der ganzen Welt gentechnisch veränderten Mais und erfreuen sich bester Gesundheit.“

„Die Vereinigten Staaten von Amerika werden weiterhin eine Führungsrolle im weltweiten Klimaschutz einnehmen.“

„Was wollen Sie eigentlich sonst noch

von uns? Ich bin schwarz und unser Präsident trägt den Namen eines afrikanischen Ökosystems.“

Zum deutschen Bundeskanzler:

Auf die Frage, wie es Deutschland gelungen sei, Bundeskanzler Schroeder so prominent als siebten Redner der Staats- und Regierungschefs zu platzieren, antwortete ein **Delegationsmitglied** sinngemäß: „Wir haben geschaut, wer auf einen vorderen Platz gelost wurde und etwas von uns wollen könnte. Da haben wir Mazedonien entdeckt. Jetzt wird der mazedonische Staatspräsident halt nach Deutschland eingeladen.“

Ein **Vertreter der Umweltorganisation Friends of the Earth** zum Verhandlungsergebnis:

„Die Aufnahme des Themas Corporate Accountability in das Abschlussdokument ist ein historischer Erfolg.“

Ein weiterer Vertreter derselben Organisation auf der Abschlusspressskonferenz: „Der Gipfel hat die Völker der Erde beraten und verkauft.“

Sascha Müller-Kraenner

Der Autor ist Leiter des Washingtoner Büros der Heinrich-Böll-Stiftung



Weltgemeinschaft hat globale Herausforderung für Umwelt und Entwicklung noch nicht angenommen

„Gipfel der Schadensbegrenzung“

Begeisterung am Abend bei Delegierten und Beobachtern nach einem langen Verhandlungstag: Es war gelungen, Versuche der USA abzuschmettern, das in Rio vor 10 Jahren verabschiedete Umweltvorsorge-Prinzip in Frage zu stellen. Irgendwie hält die Weltgemeinschaft doch zusammen, wenn es darauf ankommt.

Wenn man am nächsten Morgen bei einer Tasse Kaffee mit etwas Abstand über die Freude des Vorabends nachdachte, kam einem dies nicht selten grotesk vor. Ist es wirklich ein Grund zum Jubeln, wenn Rückschritte verhindert werden, wenn es gelingt, Selbstverständlichkeiten der Vergangenheit in die Zukunft zu retten? Dies soll keine Überheblichkeit gegenüber denjenigen sein, die hart verhandelt haben und am Ende zu Recht froh und stolz waren, eine negative Entwicklung verhindert zu haben. Wie ein roter Faden zog sich das Abwehren von Verschlechterungen und die Freude über kleine Fortschritte durch die Konferenz. Das grundlegendste Problem stellte aus Sicht der NGOs das Verhältnis WTO und multilaterale Umweltabkommen dar. Fassungslos musste man feststellen, dass der Versuch unternommen wurde, der WTO ausgerechnet auf dem Nachhaltigkeitsgipfel eine Vorrangstellung einzuräumen. Erleichterung, als diese verhindert wurde. Ernüchterung, wenn man sich bewusst macht, dass das nur deshalb gelingen konnte, weil nun am Ende gar nichts zum Verhältnis von WTO und Umweltabkommen gesagt wird und es de facto also bei der bisherigen Dominanz des Handelsabkommens bleibt.

Was aber um alles in der Welt ist eigentlich der Maßstab für verantwortungsbewusstes Handeln der Staatengemeinschaft? Die Denkweise der Rückschrittlichsten, die Logik eines aus dem Konsensprinzips rührenden Minimaldenkens? Es ist wahr: Ohne das engagierte und harte Ringen der Verhandler einiger Delegationen, gewiss auch der deutschen, ohne das kenntnisreiche und kraftvolle Auftreten einiger NGO-Vertreter, in Deutschland vor allem aus dem bewährten und



Foto: BMZ

eingespielten Netzwerk des Forums Umwelt und Entwicklung, hätte Johannesburg ein echtes Rollback bringen können. Es ist aber auch wahr, dass Weltkonferenzen à la Johannesburg den Herausforderungen für unsere globale Welt nicht gerecht werden können.

Rückschritte verhindert

Der NABU zieht vor diesem Hintergrund eine ernüchternde Bilanz zum Abschluss der Beratungen auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg. Statt einen energischen Schritt hin zu einer zukunftsfähigen Gestaltung der Welt zu gehen, haben sich die Verantwortlichen überwiegend damit befasst, Rückschritte zu verhindern. Es wurde weit weniger erreicht als notwendig – dennoch mehr, als im Vorfeld des Gipfels durch die Blockadehaltung der USA und der langwierigen Vorverhandlungen zu befürchten war. Immerhin konnten den Blockadestaaten einige wenige mehr oder weniger konkrete Ziele inklusive Zeitplan abgerungen werden. Damit wiederum hatten all jene, die den Vorbereitungsprozess für Johannesburg verfolgt hatten, kaum noch gerechnet hatte: Abbau der Überfischung, Zugang zu sauberem Trinkwasser, Minimierung der Nutzung gefährlicher Chemikalien und besserer Artenschutz. Jedoch wurde die Zustimmung etwa der OPEC-Staaten und der USA für konkrete Vereinbarungen um den hohen Preis der inhaltlichen Abschwächung erkaufte.

Erneuerbare Energien – Dinosaurier blockieren

Desaströs ist das Scheitern einer klaren weltweiten Strategie für den Ausbau der erneuerbaren Energien zu bewerten, wie es vor allem von der EU gefordert wurde. Es ist beim Weltgipfel wieder einmal deutlich geworden, dass gegen die Fundamentalopposition der USA und der OPEC-Staaten der dringend notwendige Ausbau der erneuerbaren Energien nicht durchgesetzt werden kann. Dabei war das EU-Ziel einer Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien von 13,8 auf 15 Prozent bis zum Jahr 2015 sicherlich alles andere als ehrgeizig. Auch die Argumentation aus EU-Kreisen, dass diese 15 Prozent ja im Jahr 2015 von einem absolut gesehen deutlich höheren Primärenergieverbrauch ausgehen werden, ist da wenig überzeugend. Jedem sollte klar sein, dass damit natürlich auch die 85 Prozent aus nicht-nachhaltiger Primärenergienutzung absolut gesehen sehr viel mehr ausmachen werden als heute.

Die Initiative von Bundeskanzler Gerhard Schröder, zu einer internationalen Konferenz für erneuerbare Energien einzuladen, war auch angesichts der an dieser Stelle festgefahrenen Verhandlungssituation besonders wichtig. Die Zusage Deutschlands, in den nächsten Jahren eine halbe Milliarde Euro für den Ausbau der Erneuerbaren Energien in den Entwicklungsländern zu stellen, ist zudem ein Zeichen hoher Glaubwürdigkeit in dieser Frage. Und schließlich hat dieser Vorstoß



den Weg geebnet, am Ende der Konferenz eine multilaterale Initiative der EU und zahlreicher anderer Staaten auf den Weg zu bringen - eben außerhalb des Systems der UN-Konferenz den Ausbau der erneuerbaren Energieträger voran zu treiben. Eine gute und kluge Strategie, denn am Ende werden Staaten wie die USA sehen, dass sie auf diese Weise nicht nur bei wichtigen weltpolitischen Themen außen vor sind, sondern dass dies auch zu einem technologischen Defizit führen wird.

Klimaschutz – Fortschritte außerhalb der offiziellen Dokumente des Gipfels

Als Erfolg am Rande des Weltgipfels kann die Zusage Kanadas und Russlands bezeichnet werden, das Kyoto-Protokoll zu unterzeichnen. Damit könnte der globale Klimaschutz verbindlich trotz des enormen Widerstands der USA in Kraft gesetzt werden. Bei aller Skepsis über die Funktion und die Bedeutung des Weltgipfels, wird man nicht abstreiten können, dass die Entscheidung dieser Länder zugunsten des Kyoto-Protokolls durch die hohe Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit sicherlich beflügelt worden ist.

Biologische Vielfalt – Artensterben soll weitergehen, aber langsamer

Der Schutz der natürlichen Ressourcen und der biologischen Vielfalt war eines der fünf Schwerpunktthemen des UN-Gipfels. Johannesburg war angetreten, die Beschlüsse von Rio auch im Bereich der biologischen Vielfalt mit konkreten Zielen und Zeitrahmen umzusetzen. Das war dringend geboten, da das Artensterben unvermindert anhält. Seit Rio wurden beispielsweise 7% des Tropenwaldes abgeholzt. In absoluten Zahlen wurden in den 90er Jahren sogar mehr Wald vernichtet als in den 80er Jahren. In den letzten 20 Jahren sind 1/3 der Mangrovenbestände der Welt vernichtet worden. Die Korallenriffe siechen dahin.

Vor diesem Hintergrund ist auch zum Schutz der biologischen Vielfalt weniger erreicht worden notwendig gewesen wäre, um das Artensterben wirklich wirksam aufzuhalten. Allerdings konnte den USA und anderen Blockadestaaten ein konkretes umweltpolitisches Ziel und ein Zeitrahmen für besseren Artenschutz abgerungen werden. Bis 2010 soll es eine gegenüber heute signifikant geringere Ver-

lustrate an biologischer Vielfalt geben. Zudem wurde der faire und gleiche Anteil an der Nutzung der biologischen Ressourcen – mit Zustimmung der USA – in das Dokument aufgenommen. Damit wird nun allgemein anerkannt, dass ein wirksamer Naturschutz nur gelingen kann, wenn gerade die Entwicklungsländer einen Vorteil davon haben, wenn aus „ihrem“ Naturreichtum wirtschaftliche Vorteile – etwa für pharmazeutische Produkte – gewonnen werden. Mit diesen Fortschritten könnte tatsächlich eine Ratifizierung der Biodiversitätskonvention durch die USA in Zukunft als Folgeergebnis möglich sein.

Regierungsseitig lobend hervorgehoben wurde auch das Ziel, die Fischbestände bis 2015 auf einem nachhaltig nutzbaren Niveau zu erhalten oder wieder anzuheben – mit dem Zusatz – „wenn möglich“. Weicher kann man ein Ziel wohl kaum formulieren. Insofern sollte der Wert einer solchen Festlegung nicht überbewertet werden. Richtig ist aber, dass nun die Chance besteht, auf der Basis dieser Aussage konkrete Pläne und Programme zum Schutz der Fischbestände zu entwickeln.

Ein anderes Ziel wurde dagegen völlig gekippt, nämlich den Verlust der natürlichen Ressourcen bis 2015 zu stoppen, obwohl auch bereits in Den Haag bei der letzten Vertragsstaatenkonferenz der Biodiversitätskonvention unter den 180 Teilnehmerstaaten Einigkeit herrschte. Für diesen Bereich blieb es in Johannesburg bei einer allgemeinen Absichtserklärung.

Die Konvention zur Biologischen Vielfalt ist mit dem Ergebnis von Johannesburg jedenfalls weiterhin – und vielleicht jetzt noch mehr – zum Schlüssel für Erfolge gegen Naturzerstörung und Artensterben geworden. Es gilt deshalb nun mit großer Kraft diese Konvention voran zu treiben. Die nächste Vertragsstaatenkonferenz in Kuala Lumpur wird – auch mit den dort anstehenden Themen wie etwa einem weltweiten Schutzgebietssystem – zu einer der zentralen Veranstaltungen der nächsten Jahre.

Agrarsubventionen – EU geht mit schlechtem Beispiel voran

Beim Thema Agrarsubventionen sind am Ende keine Fortschritte erzielt worden. Die von den Entwicklungsländern dringend und zu Recht erwartete Aussa-

ge der Industriestaaten, ihre wettbewerbsverzerrenden und auch umweltschädlichen Agrarsubventionen drastisch zu reduzieren, wurden enttäuscht. Erheblichen Anteil daran hat auch die EU, genauer der uneinheitliche Kurs, den die EU-Mitgliedstaaten in dieser Frage verfolgen. Frankreich hat sich hier mit seiner agrarprotektionistischen Haltung durchsetzen können und damit eine aktive Rolle der EU verhindert. Die Unfähigkeit der EU, in Sachen Agrarsubventionen eine positive Führungsrolle zu übernehmen, hat den inzwischen doch erheblichen politischen Wandel in der europäischen Union deutlich zum Vorschein treten lassen. Zwar gab es in vielen Einzelpunkten noch eine engagierte EU-Haltung, das große Zugpferd waren die Europäer in Johannesburg aber nicht mehr.

Ausblick

Schon während der Konferenz in Johannesburg hat die Diskussion darüber begonnen, wie der Prozess der nachhaltigen Entwicklung international weiter geführt werden soll. Für die großen umfassenden Weltgipfel spricht die Tatsache, dass die Themen Umwelt und Entwicklung nach jahrelangem Stillstand wieder einmal ins Rampenlicht der Weltöffentlichkeit gerückt wurden. Gleichwohl gehöre ich zu denen, die eher die Grenzen solcher umfassenden Erdgipfel sehen. Was benötigt wird, ist ein verändertes institutionelles Kräfteverhältnis zwischen dem mächtigen WTO-Regime, das durch die faktische ökonomische Globalisierung laufend gestärkt wird, und den multilateralen ökologischen aber auch sozialen Rahmensetzungen. Solange dies nicht gelingt, wird auch der nächste Weltgipfel nur eine Fußnote der Geschichte werden. Um weitreichende institutionelle Veränderungen auf internationaler Ebene zu erreichen, ist bald die Aufnahme intensiver kontinuierlicher Konsultationen im Rahmen der UN erforderlich. Dazu könnte der Vorschlag des Nationalen Nachhaltigkeitsrates, eine Weltkommission für die nachhaltige Gestaltung der Globalisierung einzurichten – nach dem Vorbild der Nord-Süd-Kommission und der Brundland-Kommission – einen wichtigen Beitrag leisten.

Jochen Flasbarth

Der Autor ist Präsident des Naturschutzbund Deutschland eV (NABU)



Gipfel des kleinsten gemeinsamen Nenners

Appelle und Ankündigungen in Johannesburg

„Wir setzen all' unsere Hoffnungen auf Euch“, rief ein Johannesburg Taxifahrer einigen Delegierten zu Beginn des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung hinterher und drückte damit die hohen Erwartungen aus, die die Bevölkerung mit der zehntägigen Großveranstaltung in ihrem Land verbanden.

Pretoria trug mit über 25 Millionen US-Dollar immerhin mehr als die Hälfte der Kosten für die Ausrichtung der bislang größten UN-Konferenz. Obwohl die Vorverhandlungen in New York und Bali kaum dazu ermutigt hatten, mit großen Durchbrüchen zu wichtigen Themen wie Globalisierung, Handelsfragen und Klimapolitik zu rechnen, herrschte vielfach dennoch das Prinzip Hoffnung: Der Gipfel vereinte so viele Länder wie nie zuvor bei einer UN-Konferenz; 190 der 195 existierenden Staaten hatten Delegationen entsandt. Die aktuellen Überschwemmungskatastrophen in Mitteleuropa und in China hatten die globalen Umweltprobleme dramatisch in Erinnerung gebracht. Somit schien der Gipfel zum Erfolg verurteilt zu sein. Zehn Jahre nach der Geburtsstunde der Agenda 21 auf dem Erdgipfel in Rio sollte Johannesburg endlich für Umsetzung und Aktionspläne stehen. „Rio hat uns eine Straßenkarte geliefert, aber das war nicht gut genug. Wir brauchen einen Fahrplan“, sagte Nitin Desai, der Generalsekretär des Gipfels am ersten Konferenztag.

Diesen zu erstellen, erwies sich freilich als sehr schwierig. Auf der einen Seite stand die Gruppe der Entwicklungs- und Schwellenländer, die sowohl die Interessen der ärmsten Länder als auch beispielsweise der ölfördernden Staaten zusammen zu binden versuchte. Sie wankte mal in diese, mal in jene Richtung. Eine überwiegend bremsende Rolle spielten die USA und eine Reihe von Staaten, die sich dahinter versteckten. Sie wehrten sich immer wieder dagegen, internationale Vereinbarungen einzugehen, die sie zu nationalen Folgeschritten verpflichten. Offenbar gilt unter Bush junior das gleiche wie unter Bush senior zur Zeit der Rio-Konferenz: Der amerikanische Way of life steht nicht zur Disposition. Die amerikanische Regierungsdelegation favorisierte viel mehr die so genannten Typ

2-Initiativen – freiwillige Projekte zwischen Regierungen, Unternehmen und anderen Akteuren. Mancher befürchtete – insbesondere auch angesichts der penetranten Selbstdarstellung einiger Unternehmen – dass die freiwilligen Initiativen die zwischenstaatlichen Vereinbarungen in den Schatten stellen würden. Diese Sorge erwies sich letztlich jedoch als unbegründet. Als dritter bedeutender Akteur versuchte die Europäische Union (EU), eine vermittelnde Rolle zwischen den anderen Blöcken zu spielen. Sie war mit dem Ehrgeiz angetreten, in möglichst vielen Bereichen konkrete Ziele und Zeitvorgaben zu erreichen. Allerdings schwächte sie ihre eigene Position immer wieder durch interne Differenzen. Es zeigte sich, dass der Regierungswechsel in mehreren europäischen Staaten die Konsensbildung innerhalb der EU nicht einfacher gemacht hat.

Erinnerungen an Millenniumsziele

So wurde Johannesburg wiederum nur ein Gipfel des kleinsten gemeinsamen Nenners. Die Ergebnisse bilden das ab, was realpolitisch im Konzert der Staatengemeinschaft erreichbar war. Sie sind unzureichend und der Dringlichkeit der globalen Probleme unangemessen. Der Prozess der nachhaltigen Entwicklung ist damit noch lange nicht gesichert. Für Zufriedenheit besteht daher wenig Anlass.

Der Gipfel hat zwei Papiere verabschiedet: Eine kurze Politische Erklärung und einen über 50seitigen Implementierungsplan. Über weite Passagen besteht er aus „recycelten“ Texten anderer internationaler Konferenzen der letzten Jahre. Die bereits dort fest gehaltenen Problembeschreibungen und Absichtserklärungen werden wiederholt, bekräftigt und an einigen Stellen weiter geführt. Er ruft die von den Staats- und Regierungschefs im Jahr 2000 beschlossenen Millenniumsziele – darunter das Ziel, die Zahl der in absoluter Armut lebenden Menschen bis zum Jahr 2015 zu halbieren – in Erinnerung. Ihnen wird die Vereinbarung hinzu gefügt, den Anteil der Menschheit, der keinen Zugang zu sauberem Wasser und sanitärer Grundversorgung hat, ebenfalls bis 2015 um die Hälfte zu senken.

Im Text finden sich weitere Beschlüsse, die der Haben-Seite zuzuschreiben sind: Die Staaten haben sich verpflichtet, etwas

gegen die Überfischung der Meere zu tun – „on an urgent basis and where possible not later than 2015“. Chemikalien sollen so hergestellt und genutzt werden, dass eine Minderung signifikant nachteiliger Wirkungen auf Gesundheit und Umwelt bis 2020 erreicht wird. Die Förderung sanften Tourismus steht ebenso im Umsetzungsplan wie die Aufforderung, mehr Geld für die Förderung nachhaltiger Landwirtschaft einzusetzen. Zum Schutz der Artenvielfalt wurden wichtige Schritte vereinbart, darunter die Aufforderung, bei der Nutzung genetischer Ressourcen einen fairen und gerechten Vorteilsausgleich herbei zu führen. Dies wird insbesondere für die Entwicklungsländer und indigene Gemeinschaften von großer Bedeutung sein. Die Notwendigkeit, nicht-nachhaltige Produktions- und Konsummuster – insbesondere in den Industrieländern – zu ändern, wird festgestellt. Dazu sollen im Rahmen eines 10jährigen Rahmenprogramms entsprechende Initiativen ergriffen werden.

Diesen Vereinbarungen, die oft weich und unverbindlich formuliert wurden und überwiegend den Charakter von Appellen oder Ankündigungen haben, steht eine sehr enttäuschende Einigung hinsichtlich des Ausbaus erneuerbarer Energien gegenüber.

Wichtige Themen wie Marktöffnung und Subventionsabbau sind aufgrund des amerikanischen Widerstands und der Uneinigkeit der Europäischen Union nicht diskutiert worden. Dabei waren der Abbau der immensen umweltschädlichen und marktverzerrenden Subventionen der Industriestaaten, insbesondere im Agrarbereich, und bessere Absatzchancen für Produkte der armen Länder auf den Märkten der reichen Staaten die zentralen Forderungen der Entwicklungsländer. Hätte sich die Europäische Union hier bewegt, was vor allem die französische Regierungsdelegation mit Rücksicht auf die Landwirte im eigenen Land verhinderte, hätte sich wahrscheinlich eine gänzlich andere Konferenzdynamik ergeben. Umso wichtiger ist es nun, dass diese Fragen des Subventionsabbaus, die für die Entwicklungschancen der wirtschaftlich schwachen Länder eine erhebliche Bedeutung haben, im Rahmen des Doha-Prozesses unter dem Dach der Welthan-



delsorganisation (WTO) konsequent und zügig verfolgt werden. Am Ende muss die Beseitigung der Subventionspolitik stehen, und dies sobald wie möglich.

Paradigma der Nachhaltigkeit von Rio bekräftigt

Einen Erfolg des Gipfels sehe ich darin, dass das Paradigma der Nachhaltigkeit von Rio bekräftigt wurde und er an den so genannten Rio-Prinzipien – insbesondere dem Vorsorgeprinzip und dem Prinzip der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung der Staaten – fest gehalten hat. Es gab Kräfte, die das Rad zurück drehen wollten. Dagegen haben nicht zuletzt auch die Nichtregierungsorganisationen (NRO) gekämpft.

Globalisierung muss durch die internationale Staatengemeinschaft gestaltet werden

Die grundsätzliche Anerkennung des Gestaltungsbedarfs der Globalisierung durch die internationale Staatengemeinschaft ist ein weiteres wichtiges Ergebnis des Weltgipfels. Der Beschluss, die private Wirtschaft verstärkt im Sinne der Rio-Prinzipien in die Pflicht zu nehmen, und die Abwehr des Versuchs, die globalen Umweltabkommen der WTO unterzuordnen, sind Ausdruck der Entschlossenheit, Armutsbekämpfung und Umweltschutz nicht dem Primat der Ökonomie und dem freien Spiel der Marktkräfte zu überlassen, sondern einer verstärkten politischen Steuerung zu unterwerfen.

Regelwerk für Liberalisierung

Nicht zu übersehen ist, dass es gegenläufige Strömungen gibt. Auch die Johannesburg-Dokumente enthalten Bezüge zum neo-liberalen Mantra der Marktliberalisierung und der stärkeren Rolle, die die privatwirtschaftlichen Unternehmen zu übernehmen hätten. Dagegen wäre wenig einzuwenden, wenn denn gesichert wäre, dass Markt und Wirtschaft in ein verbindliches Regelwerk einbezogen würden, das ökologische und soziale Interessen berücksichtigte und somit ermöglichte, Globalisierung und Nachhaltigkeit miteinander zu vereinbaren. Ein solches Regelwerk besteht aber noch nicht. Freiwillige Abkommen über Umwelt- und Sozialstandards für transnationale Unternehmen sind ein erster Schritt, können aber verbindliche zwischenstaatliche Ver-

einbarungen nicht ersetzen. Diese sollen jetzt angestrebt werden. Wann dies wie weit gelingt, bleibt eine offene Frage.

Manche Beobachter sehen auch den Richtungsstreit in der Frage, ob die multilateralen Umweltabkommen wie die Klimarahmenkonvention oder die Konvention zur Biologischen Vielfalt, die aus dem Rio-Prozess hervorgegangen sind, Vorrang haben vor WTO-Regeln oder umgekehrt, als noch nicht entschieden an. Die Bekräftigung der Doha-Beschlüsse im Implementierungsplan kann als Stärkung der WTO verstanden werden. Damit werden sich die Entwicklungsländer nicht zu Frieden geben, da sie ihre Interessen in der WTO nicht hinreichend gesichert sehen. Auch die zivilgesellschaftlichen Akteure werden sich dem widersetzen.

Finanzierung für Entwicklung

Über Geld wurde in Johannesburg praktisch nicht geredet. Versprechen frischer Finanzmittel waren auf dem Gipfel nicht zu hören. Vielmehr hat er sich auf dem welken Lorbeer von Monterrey ausgeruht. Einzig die kurz vor dem Gipfel beschlossene Wiederauffüllung der Globalen Umweltfazilität (GEF) schafft zusätzlichen finanziellen Spielraum. Mosambik kam aufgrund des unmittelbar vor dem Gipfel stattfindenden Besuchs des britischen Premiers in den Genuss eines Erlasses der bilateralen Schulden. Auch gab es verschiedene einseitige Initiativen der EU und der USA in den Bereichen Wasser und Energie, wobei jedoch unklar ist, ob sie mit zusätzlichen oder umetikettierten Mitteln finanziert werden. Bedauerlich ist, dass sich der Weltgipfel keine Gedanken über innovative Formen der Entwicklungsfinanzierung (Devisentransaktionssteuer, Abgaben auf die Nutzung globaler Güter etc.) gemacht hat. Das Thema Devisentransaktionssteuer war völlig tabuisiert. Auch der vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen eingebrachte Vorschlag, Abgaben auf die Nutzung globaler Gemeinschaftsgüter wie Meere und Atmosphäre zu erheben, wurde nicht aufgegriffen. Dafür bestätigten sowohl der Implementierungsplan als auch die Politische Erklärung das 0,7 Prozent-Ziel. Ob dies mehr bewirkt als frühere Bekenntnisse zu dieser inzwischen 30jährigen Vereinbarung, muss nach den

Erfahrungen der vergangenen Jahre bezweifelt werden. Auf Drängen der Entwicklungsländer beschloss der Gipfel die Einrichtung eines Welt-Solidaritätsfonds. Da er sich jedoch aus freiwilligen Spenden speisen soll, wäre es vermessend, ihm eine große Bedeutung zu attestieren.

Die Frage, wie die international vereinbarten Entwicklungsziele finanziert werden sollen, bleibt weiterhin offen. Auch die Johannesburg-Ziele im Bereich der Trinkwasserversorgung und der Abwasserentsorgung werden nur mit beträchtlichen öffentlichen Investitionen realisierbar sein, auch wenn sich der private Sektor an der Aufbringung der notwendigen Mittel beteiligt. Eine stärkere Mobilisierung auch privaten Kapitals für die großen Entwicklungsaufgaben erweist sich als notwendig. Die Privatisierung und Kommerzialisierung von Dienstleistungen z.B. im Wassersektor ist jedoch ein entwicklungspolitischer Holzweg.

Multilateralismus nicht am Ende

Globale Probleme werden auch künftig nur durch Verhandlungen zwischen souveränen Staaten zu lösen sein. Von daher ist der Multilateralismus gewiss nicht am Ende, auch wenn die Serie der UN-Großkonferenzen mit Johannesburg zu einem einstweiligen Ende gekommen sein dürfte. Aber angesichts der kurzfristigen Blockadehaltung einer Reihe von Ländern ist es ergänzend notwendig, dass diejenigen Regierungen, die mehr erreichen wollen, die Initiative ergreifen und dabei so viele gleichgesinnte Staaten wie möglich mitnehmen. Deshalb befindet sich die Bundesregierung mit der Ankündigung einer internationalen Energiekonferenz im kommenden Jahr in Deutschland und weiteren Initiativen zum Ausbau der erneuerbaren Energien auf dem richtigen Weg. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass daraus eine Dynamik erwächst, die zu einer energiepolitischen Wende führt. Die Bedeutung des Gipfels läge dann nicht im unmittelbaren und offensichtlichen Ergebnis, sondern vielmehr in der längerfristigen Wirkung der Impulse, die von ihm ausgingen. Und es bedarf weiterhin des anhaltenden Drucks der zivilgesellschaftlichen Akteure.

Reinhard Hermlé

Der Autor ist Vorsitzender von VENRO



Handel und nachhaltige Entwicklung in Johannesburg

Den Bock zum Gärtner gemacht

Bereits in der Agenda 21 ist Merkwürdiges über den Beitrag des Handels zu einer nachhaltigen Entwicklung zu lesen: „Sowohl binnenwirtschaftliche als auch internationale wirtschaftliche Bedingungen, die den Freihandel und den Zugang zu den Märkten unterstützen, tragen dazu bei, dass sich Wirtschaftswachstum und Umweltschutz in allen Ländern (...) wechselseitig unterstützen.“ Der Beweis für diese These steht angesichts zunehmender ökonomischer Liberalisierung und gleichzeitig steigender Armut im Süden sowie wachsender globaler Umweltbelastungen noch aus.¹

Nichtsdestoweniger sieht sich auch die im November vergangenen Jahres in Doha, der Hauptstadt des arabischen Emirats Katar, eingeläutete neue Verhandlungsrunde der WTO (in der Präambel) als Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung, obgleich sie im Kern eine weitere ökonomische Liberalisierung anstrebt. Aus Sicht von NRO hingegen können die Doha-Ergebnisse weder als Entwicklungs- noch als Umweltrunde bezeichnet werden. Die schmalen Zugeständnisse der Industrieländer haben die Entwicklungsländer teuer erkauft, Umweltinteressen drohen weiterhin, Handelsinteressen untergeordnet zu werden.² Die in Doha vereinbarten Verhandlungen über das Verhältnis von multilateralen Umweltabkommen und WTO-Handelsabkommen stehen unter dem Vorbehalt, dass die Ergebnisse nicht dazu führen dürfen, die in den Handelsabkommen verankerten Rechte und Pflichten von WTO-Mitgliedern zu verändern. Mit anderen Worten: die WTO-Abkommen stehen in der Doha-Runde jedenfalls nicht zur Disposition, auch und gerade wenn sie in einem Konflikt mit Umweltabkommen stehen.

Ernüchterung beim WSSD

Johannesburg bewegt sich ganz in dieser „Tradition“. Das Ergebnis des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung ist – jedenfalls in bezug auf das Kapitel zu Handel – nicht ermutigend. Die Ernüchterung beginnt damit, dass (in Paragraph 75) betont wird, dass die Ergebnisse der



In Johannesburg konnten keine konkreten Ziele für den Abbau von Agrarsubventionen beschlossen werden.

WTO-Ministerkonferenz von Doha ein wichtiger Baustein auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung seien. Damit hat der Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung den Bock zum Gärtner gemacht. Allerdings bewegt sich diese Logik vollkommen in der Politik der letzten Jahre wie auch im Rahmen des Vorbereitungsprozesses für Johannesburg. Bei der vierten und letzten PrepCom in Bali wurde von den USA, aber auch von der EU, folgende Definition eines Prozesses zu nachhaltiger Entwicklung angeboten: in Doha habe man die ökonomische Dimension nachhaltiger Entwicklung erfolgreich bearbeitet, in Monterrey bei der Konferenz über Entwicklungsfinanzierung die soziale Dimension, und für Johannesburg stehe noch die ökologische Situation an.

Da kann es nicht weiter verwundern, wenn das Kapitel zu Handel im wesentlichen die Doha-Formulierungen wiederholt. Bereits in Bali sah sich, wer weitergehende Vorschläge machte, mit dem Vorwurf konfrontiert, über die Vereinbarungen von Doha hinauszugehen. Damit spiegelt sich die dominante Rolle der WTO nicht nur im Ergebnis, sondern auch im Verhandlungsprozess wider. Die Aussagen zum Thema Handel im Plan of Implementation von Johannesburg sind letztlich Resultat eines pick-and-choose-Verfahrens, wobei die Staaten jene Elemente aus dem Doha-Programm noch einmal wiederholen (und damit betonen) die für sie besonders wichtig (und damit vorteilhaft) sind.

Zwei Aspekte verdienen innerhalb dieses Rahmens besondere Beachtung. Der eine ist die Forderung der Entwicklungs-

länder nach dem Abbau von tarifären und nichttarifären Handelshemmnissen der Industrieländer und damit verbunden einem besseren Zugang zu den Märkten der Industrieländer. Die zweite Forderung bezieht sich auf den Abbau umweltschädlicher oder handelsverzerrender Subventionen in Industrieländern und zielt natürlich insbesondere auf die Agrarsubventionen.

Marktzugang und Subventionsabbau

Bereits in Bali hatten die Entwicklungsländer vor eine Einigung in allen anderen Feldern Zugeständnisse der Industrieländer in den Bereichen Marktzugang und Subventionsabbau gestellt. Damals scheiterte ein Zugehen der EU auf diese Forderung vor allem an der harten Haltung Frankreichs, das um seine Agrarsubventionen fürchtete. Schon in Doha hatten die Franzosen in der Frage der Agrarsubventionen ein weiteres Entgegenkommen gegenüber den Entwicklungsländern verhindert, so dass man sich im Rahmen der WTO auf eine butterweiche Formulierung mit Schlupflöchern einigte. Dies wiederholte sich nach Bali auch in Johannesburg. Damit stand die EU allerdings als der „bad guy“ da, der sogar von den USA vorgeführt wurde und bei den Entwicklungsländern erhebliches Vertrauen verspielte. Letztlich setzte sich jedoch Frankreich (und in seinem Schatten noch andere EU-Mitglieder wie etwa Irland und Spanien) durch: die beiden Passagen zu Marktzugang und Subventionen wurden schlicht gestrichen, so dass für die Frage des Abbaus der Agrarsubventionen nur noch die Doha-Formulierung



übrig blieb, die das Johannesburg-Dokument nun enthält. Dort heißt es, dass innerhalb der WTO Verhandlungen stattfinden, die, ohne das Ergebnis im Vorhinein festzulegen, den Abbau der Agrarsubventionen und insbesondere der Agrarexportsubventionen in den Blick nehmen. Eben butterweich mit Schlupflöchern.

Verhältnis von Umweltabkommen und WTO

Der zweite heiß umstrittene Passus in Johannesburg war das Verhältnis von Umweltabkommen und WTO-Abkommen. Dort hieß es in einem Entwurf in einer noch aus Bali stammenden Formulierung, dass die Staaten weiterhin die gegenseitige Unterstützung von Handel, Umwelt und Entwicklung stärken sollten, allerdings in Übereinstimmung mit den WTO-Abkommen. Damit wäre insbesondere aus Sicht der NRO der „worst case“ eingetreten: eine nachhaltige Entwicklung hätte sich an WTO-Abkommen auszurichten, Umweltabkommen wären folglich WTO-Abkommen untergeordnet. Dies war – zunächst – weder für G77/China noch für die EU ein Problem – und für die USA schon gar nicht. Innerhalb der EU bestanden nur Deutschland, Belgien und Schweden auf Besserung, der Rest der Europäer verhielt sich indifferent oder untätig. Erst als auf Initiative von Äthiopien und Tuvalu die G77 sich für die Streichung des Passus „in Übereinstimmung mit WTO-Abkommen“ aussprachen, bequemt sich die EU zu einer Zustimmung. Da die USA und die anderen Regierungen hierzu schwiegen, war die Einigung da.

Durch die Streichung des genannten Passus (in Paragraph 91) enthält das Johannesburg-Dokument nun keine grundsätzliche Aussage über das Verhältnis von WTO-Abkommen und Umweltabkommen. Damit bleibt etwa der Konflikt zwischen der Konvention über biologische Vielfalt (CBD) und dem TRIPs-Abkommen der WTO über geistige Eigentumsrechte bestehen. Dabei wäre die Erwartung an einen Rio+10-Gipfel nicht überzogen, mit der CBD eines der wesentlichen Ergebnisse der Rio-Konferenz zu stärken. Als Sieg kann das Ergebnis von Johannesburg daher beileibe nicht bezeichnet werden, lediglich konnte das schlimmste verhindert werden. Die Forderung der NRO, wonach die Vereinten Nationen sich zu einer Formulierung hät-

ten durchringen sollen, die Umweltabkommen Vorrang vor den Abkommen der WTO (die im übrigen noch nicht einmal Teil des UN-Systems ist) einräumt, blieb in Johannesburg chancenlos.

Für gebremste Euphorie spricht zusätzlich, dass an anderer Stelle (in Paragraph 92) festgelegt wird, dass die Staaten aufgefordert werden, die gegenseitige Unterstützung von multilateralem Handelssystem und multilateralen Umweltabkommen zu fördern. Auch hier wird mit der Formulierung der gegenseitigen Unterstützung der Status quo gefeiert. Weiter heißt es allerdings, dies soll geschehen in Unterstützung der Doha-Vereinbarungen. Damit wird das Doha-Prinzip, nach dem die Handelsabkommen nicht zur Disposition stehen, bestätigt. Es wird lediglich im weiteren relativiert, indem die Integrität beider Instrumente – Handelsabkommen und Umweltabkommen – jeweils anerkannt wird. Inwieweit diese Formulierung in der politischen Praxis die Eigenständigkeit von Umweltabkommen gegenüber Handelsabkommen stärkt, bleibt abzuwarten.

Lippenbekenntnisse

Als Fazit bleibt festzuhalten, dass in Johannesburg viele Hoffnungen auf der Strecke geblieben sind. Die Entwicklungsländer sind (erneut) mit dem Versuch gescheitert, die Industrieländer zu Zugeständnissen im Bereich Subventionen und insbesondere Agrarsubventionen zu bewegen. Insgesamt darf durchaus als Trauerbekenntnis gewertet werden, dass die Lippenbekenntnisse der Staats- und Regierungschefs in Johannesburg zwar eine nachhaltige Entwicklung priesen und die Notwendigkeit der Armutsüberwindung betonten, die Industriestaaten sich jedoch in einer für diese Ziele essentiellen Frage (wieder einmal) nicht bewegten.

Der Verhandlungsverlauf in der Frage Umweltabkommen versus WTO-Abkommen stimmt mehr als bedenklich. Dass der Gipfel hier noch gerade einmal die Kurve bekommen hat, kann keinesfalls beruhigen, sondern ist eher als Alarmzeichen für die kommenden WTO-Verhandlungen zu werten. Für das, was die Anhänger des Freihandels in Johannesburg nicht geschafft haben, werden sie im Rahmen der Doha-Verhandlungen vor allem Ende 2003 im mexikanischen Cancun bei der 5. WTO-Ministerkonferenz einen neuen

Anlauf nehmen. Viel Zeit zum Ausruhen bleibt für NRO da nicht.

UN vermeidet Konflikt mit WTO

Schließlich und endlich muss nachdenklich machen, dass die Staaten in Johannesburg eine nachhaltige Entwicklung quasi unter WTO-Vorbehalt gestellt haben. Sowohl der Verhandlungsprozess als auch der Plan of Implementation machen deutlich, dass die UN es vorzog, einen Konflikt mit der WTO zu vermeiden. Dieses Bild hinkt allerdings, wenn man sich klarmacht, dass in Johannesburg Regierungen verhandelten, die in beiden Organisationen Mitglied sind. Genau genommen müssen wir (wieder einmal) konstatieren, dass die Umwelt- und Entwicklungsinteressen – auch auf ministerieller Ebene – den Wirtschaftsinteressen nicht gewachsen sind. Im Grunde haben die NRO daher den Kampf um eine nachhaltige Entwicklung jenseits des Diktats von Freihandel und WTO bereits zu Hause verloren. Johannesburg brachte diese Niederlage lediglich ans Tageslicht.

Andererseits entfalten die Buchstaben und Formulierungen in einem völkerrechtlich unverbindlichen Aktionsplan nicht immer eine derart große politische Wirksamkeit, wie man zunächst vermuten möchte. Von daher ist auch ein Stück Gelassenheit angesagt. Diejenigen, die sich seit Rio für eine nachhaltige Entwicklung einsetzen, haben mit dem eingangs zitierten Satz der Agenda 21 gut leben können. Und dieser Satz kann auch kaum dafür verantwortlich gemacht werden, dass die Bilanz nachhaltiger Entwicklung zehn Jahre nach Rio einigermaßen ernüchternd ausfällt. Den Kopf in den Sand zu stecken, besteht also kein Grund. Nach dem Spiel ist vielmehr vor dem Spiel: die nächste WTO-Ministerkonferenz in Cancun steht bereits vor der Haustür.

Michael Frein

Der Autor ist Mitarbeiter beim Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) und Mitglied im Leitungskreis des Forums Umwelt & Entwicklung

1 Vgl. Claudia Mayer, Michael Frein, Tobias Reichert: „Globale Handelspolitik – Motor oder Bremse nachhaltiger Entwicklung? Eine Zwischenbilanz zehn Jahre nach Rio. Bonn 2002 (Hg.: von EED und Forum Umwelt & Entwicklung)

2 Michael Frein, Jürgen Knirsch, Tobias Reichert: Die WTO-Ministerkonferenz in Doha. In: Nord-Süd-aktuell, Nr 4/2001



„Biologische Vielfalt“ im Aktionsplan von Johannesburg

Politischer Gewinn, aber für die Umsetzung der CBD keine Hilfe

Der Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung hat in seinem Plan of Implementation im Abschnitt 42 „Biologische Vielfalt“ einen Beschluss gefällt, der die Verhandlung eines weiteren internationalen Regelwerkes im Rahmen des Rio-Prozesses einläutet.

Während die Weltöffentlichkeit 1992 mit großem Interesse die Ergebnisse der Rio-Konferenz in Form von politischen Erklärungen und international verbindlicher Konventionen zu Kenntnis nahm, war das Erscheinungsbild des World Summit on Sustainable Development (WSSD) 2002 in Johannesburg etwas diffuser. Das war wohl auch so beabsichtigt. Die teilnehmenden NRO hegten geringe Hoffnungen in zukunftsweisende Ergebnisse, und waren um so besorgter, dass die durch Rio angestoßenen Umwelt- und Entwicklungsprozesse endgültig unter die Aufsicht der Welthandelsorganisation (World Trade Organisation, WTO) gestellt werden. Der Trend in den Wirtschafts- und Handelsministerien der Staaten war klar: Verbindliche Beschlüsse sollten gefällt werden, wenn es um die Sicherung der Stellung der WTO und der Rechte einer globalisierten Wirtschaft geht, keine oder möglichst weiche Beschlüsse waren angesagt, wenn es um Pflichten der Wirtschaft oder um die Sicherung des Rio-Prozesses geht.

Plan of Implementation

Überraschenderweise hat der WSSD in seinem Plan of Implementation im Abschnitt 42 „Biologische Vielfalt“ einen Beschluss gefällt, der die Verhandlung eines weiteren internationalen Regelwerkes im Rahmen des Rio-Prozesses einläutet. Die Staaten werden im Absatz 42.(o) verpflichtet, innerhalb des Rahmens des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity, CBD) ein internationales System zu verhandeln,



dass den fairen und gerechten Ausgleich der Vorteile, die aus der Nutzung genetischer Ressourcen entstehen, fördert und sicherstellt. Dabei sollen die entsprechenden Bonner Richtlinien, die die CBD während der sechsten Vertragsstaatenkonferenz (Sixth Conference of the Parties, COP-6) im April 2001 beschlossen hat, nicht unberücksichtigt bleiben.

Wie kam es zu diesem Beschluss?

Auf dem vierten Vorbereitungstreffen des WSSD in Bali brachte die im Februar 2002 gegründete Gruppe der zwölf Megadiverse Like-Minded Countries den Vorschlag ein, ein internationales System zur Aufteilung der Vorteile, die sich aus der Nutzung der biologischen Vielfalt und ihrer Bestandteile ergeben, zu verhandeln. In der Gruppe sind folgende Staaten vertreten: Brasilien, China, Costa Rica, Kolumbien, Ecuador, Indien, Indonesien, Kenya, Mexico, Peru, Südafrika and Venezuela. Der fehlende Bezug zur CBD und der sehr breite Anwendungsbereich führte zur Opposition zahlreicher Industriestaaten. Dieser Vorschlag wurde als einziger offener von insgesamt 20 Beschlüssen zur biologischen Vielfalt

während des WSSD abschließend diskutiert und unter der Leitung von Kanada und Mexico CBD-gerecht umformuliert. Bedenkenträger aus einigen Industriestaaten sorgten dafür, dass die Forderung nach Verhandlung eines international verbindlichen Abkommens fallen gelassen wurde; es könne schließlich nicht Aufgabe des WSSD sein, der CBD hier Vorschriften zu machen. Ein Argument, welches recht fadenscheinig ist, da auf dem WSSD die Regierungschefs vertreten sind, in der CBD lediglich die Umweltminister, der WSSD also durchaus hier eine Führungsposition einnehmen kann.

Mit diesem Auftrag an die CBD wurde wieder einmal deutlich, welche erstaunliche Dynamik in der internationalen Diskussion über Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsaufteilung (access & benefit sharing, ABS) steckt. Zudem muss festgestellt werden, dass die Gruppe der zwölf Staaten sich binnen sechs Monaten zur Triebfeder dieses Prozesses entwickelt hat. Wurde der internationale Diskussionsprozess bis Oktober 2001 durch die Interessen der Industrieländer und ihrer Pharmakonzerne bestimmt, hat sich seitdem die Waage deutlich zugunsten der biodiversitätsreichen Entwicklungs- und Schwellenstaaten geneigt. Im Oktober 2001 wurden die industrie(staaten)-freundlichen Bonner ABS-Richtlinien, im wesentlichen beruhend auf Ideen aus der Schweiz, vorgelegt und schon während der Konferenz durch Entwicklungsländer in wesentlichen Punkten abgeändert. Die Gruppe der Megadiverse Like-Minded Countries konnte dann im April 2002 während COP-6 einen entscheidenden Abschnitt zu Pflichten der Staaten, in denen



die „user“ zuhause sind, einfügen, der auf eine Lösung der Problematik der Rechte geistigen Eigentums über genetische Ressourcen abzielt. Die Bonner Richtlinien geben recht detaillierte Empfehlungen zur Regelung des Zugangs zu genetischen Ressourcen, auf der Seite der Vorteilsaufteilung bleiben sie etwas unklarer. Der Vorstoß der Megadiverse Like-Minded Countries auf Bali zur Verhandlung eines Systems zum Vorteilsausgleich kam zwar überraschend, folgte aber der inneren Logik des ABS-Prozesses des vergangenen Jahres. Nun erwarten Beobachter, dass COP-7 in 2004 in Malaysia diesen Beschluss des WSSD nutzt, um die Verhandlungen eines verbindlichen Protokolls der CBD zu starten, welches sowohl den Zugang als auch den Vorteilsausgleich regeln soll

Braucht nachhaltige Entwicklung Zeitrahmen und Zielen?

Um es gleich vorweg zu nehmen: die USA ist der Meinung, dass der WSSD der falsche Ort für solche Beschlüsse sei; ver-

mutlich, weil hier zuviel falsche Leute versammelt sind. Andere Staaten äußerten, je nach nationaler Interessenlage, ein mehr oder weniger ausgeprägtes Jein.

Die Einleitung des Abschnitt zur biologischen Vielfalt im Plan of Implementation enthielt einen zweiten strittigen Punkt, nämlich die Wiederholung des Beschlusses der sechsten Vertragsstaatenkonferenz der CBD, nach dem der Verlust der biologischen Vielfalt im Jahre 2010 signifikant verringert sein muss. Die Diskussionen des WSSD führten zu einer Formulierung, die vordergründig eine Bestätigung des CBD-Beschlusses darstellt. Der Text von COP-6 wurde aufgenommen, allerdings mit dem Zusatz versehen, dass eine Verringerung der Biodiversitätsverluste die Bereitstellung neuer und zusätzlicher finanzieller sowie technischer Ressourcen für Entwicklungsländer erfordert. Wer wieviel für welche Aktivitäten bezahlen soll, wurde allerdings nicht festgelegt.

Dies ist ein Rückgriff auf den Grundtenor des Rio-Prozesses: Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung in den Entwick-

lungsländern werden durch die Industriestaaten finanziert. Dieser Gedanke einer Partnerschaft ist in der Praxis konfliktträchtig. Da die Industriestaaten ihre Finanzzusagen zur Entwicklungshilfe nicht einhalten, besitzen die Entwicklungsländer eine politisch wirksame Entschuldigung für die mangelhafte Umsetzung der Rio-Beschlüsse. Durch massive Unterstützung einzelner Entwicklungsprojekte können Industriestaaten aber auch einen deutlichen Einfluss auf die Politik von Entwicklungsländern nehmen.

Die Erfahrung der Vergangenheit zeigen, dass die tatsächlich zur Verfügung gestellten Mittel für Entwicklungshilfe weit hinter den Planungen bleiben. Mit diesem Beschluss werden alle 20 Beschlüsse des WSSD zur biologischen Vielfalt einem Finanzierungsvorbehalt unterworfen, der die Verantwortung über ihre Einhaltung in die Hände der Industriestaaten legt.

Hartmut Meyer

Der Autor ist Koordinator der AG Biologische Vielfalt des Forum Umwelt & Entwicklung

Wasser in Johannesburg *Großes Forum für Privatisierung im Wassersektor*

Der Weltgipfel in Johannesburg war nicht zuletzt eine Bühne, um „öffentlich-private Partnerschaften“, die enge Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft in der Entwicklungspolitik, voranzutreiben. Das gilt insbesondere für den Wassersektor. Der hohe Stellenwert, den das Thema für globale Versorgungskonzerne und die bilaterale und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit in den vergangenen Jahren bekommen hat, schlug sich sowohl in der offiziellen Agenda, mehr noch in einer Fülle von ‚side events‘, - Veranstaltungen, Diskussionen, Initiativen, etc. - nieder.

Nach dem Millenniums-Ziel, die Zahl der Menschen ohne Zugang zu sicherem Trinkwasser bis 2015 zu halbieren, zogen in Johannesburg die Regie-

rungen mit einer entsprechenden Zusage für den Zugang zu angemessenen sanitären Einrichtungen nach – ein Erfolg u.a. der EU-Länder, der allerdings damit bezahlt wurde, dass die USA und die OPEC ihr Ziel, eine konkrete Festlegung beim Zugang zu Energie und beim Anteil erneuerbarer Energiequellen zu verhindern, durchsetzen konnten. Allerdings ist selbst dieser zweifelhafte Erfolg des Gipfels halbbacken und halbherzig, stellt er doch einen Rückschritt dar gegenüber dem Ziel „Wasser für alle“, das die UN-Wasserdekade in den achtziger Jahren angestrebt hatte. Angesichts der lebenswichtigen Bedeutung von sauberem Wasser und sanitären Einrichtungen sei es daher genau genommen „ein Skandal“, meint u.a. Riccardo Petrella, der Verfasser des ‚Wassermanifests‘.

Im ‚WaterDome‘, einem riesigen Kuppelbau weit ab vom Sandton-Konferenzzentrum, SCC, wurde die Einigung dage-

gen überwiegend als „Durchbruch“ begrüßt. In der von Privatwirtschaft, Entwicklungsbanken und Regierungen der Industrieländer gesponsorte Ausstellungshalle präsentierten sich private Wasserversorger, Lobby-Frontorganisationen wie die Global Water Partnership und internationale Entwicklungsorganisationen mit teils schamlos aufwändigen Ausstellungs-Installationen, Hochglanzbroschüren und üppigen Buffets, daneben auch eine Reihe von NGOs in schuhkartongroßen Kabuffs und putzigen afrikanischen Rundhütten. Mit dem Eröffnungsredner Nelson Mandela, Rockstars wie Johnny Clegg und afrikanischen Tanzgruppen versuchten die Veranstalter, die weitgehend von den Niederlanden finanzierte African Water Task Force afrikanischer Wasser-Minister, Publikum anzulocken – meist vergeblich, so dass die Aussteller und Veranstalter überwiegend unter sich blieben, gelegentlich konfrontiert mit Protesten von Privatisierungsgegnern.



Privatisierungsoffensive im Wassersektor

Sieben Tage lang fanden hier zahllose Veranstaltungen, Diskussionen und Arbeitsgruppen statt, bei denen der zentrale rote Faden die weitere, beschleunigte Einbeziehung der Privatwirtschaft in den Wassersektor war. Den Ton gaben Vivendi, Suez/Ondeo, RWE/Thames Water und die Global Water Partnership, die getragen wird von der Weltbank und den Wasserkonzernen, an. Und der Sanitär-Beschluss des Gipfels war Wasser auf ihre Mühlen, sozusagen UN-offizieller Rückenwind für die Privatisierungsoffensive im Wassersektor. Ihren Niederschlag fand die neue Liaison zwischen Regierungen, Industrie und einzelnen NGOs, die in Johannesburg ihre höheren Gipfel-Weißen als "Typ-2-Ergebnisse" feiern konnte, in einer Reihe von Initiativen, darunter:

- die WASH-Kampagne (water, sanitation and hygiene), getragen vom Water Supply and Sanitation Collaborative Council, WSSCC, an der unter anderem die global operierenden Seifen-Konzerne, von Colgate-Palmolive bis Procter & Gamble beteiligt sind,
- die Initiative "Water for Life", für die die EU "höhere Mittel" zugesagt hat, um die Versorgung vor allem in Afrika, Osteuropa und Zentralasien zu verbessern – in enger Zusammenarbeit mit den größten europäischen Wasserkonzernen, sowie
- eine bunte Fülle weiterer wohlklingender Ankündigungen wie die African Water Facility, ein Programm Water in African Cities, eine Wasser-Initiative von USAID für Westafrika u.a.m., für die einzelne Regierungen und internationale Organisationen insgesamt 230 Mio. US-Dollar versprochen.

NGOs zersplittert

Die zahlreich in Johannesburg vertretenen NGOs waren nicht nur räumlich zersplittert – zwischen dem SCC, dem 'WaterDome', dem 'Ubuntu-Village', dem Global People's Forum der NGOs im Messegelände NASREC und einigen anderen Austragungsstätten – sondern auch politisch. Viele kooperieren in den neuen Partnerschafts-Initiativen mit der Privatwirtschaft und engagieren sich in den Multistakeholder-Dialogen, mit denen im-



mer mehr internationale Konferenzen garniert werden. Dagegen kritisierten Privatisierungsgegner wie der Council of the Canadians, Save the Children UK oder das International Forum on Globalisation die massiv vorangetriebene Entwicklung, Wasser von einem Menschenrecht zu einer Ware zu machen. Sie sind überzeugt, dass angesichts der Profitorientierung der Wasserkonzerne auf diese Weise die Versorgung für die ärmeren Bevölkerungsgruppen nicht verbessert werden kann.

"Wasser raus aus GATS"

Johannesburg war daher nicht nur ein Forum, um öffentlich-private Partnerschaften (PPP) im Wassersektor politisch und ideologisch weiter voranzutreiben, sondern auch eine Gelegenheit für die Vernetzung des internationalen Wider-

standes gegen die Privatisierungsoffensive im Wassersektor, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die GATS-Verhandlungen und die entscheidende WTO-Ministerkonferenz im September nächsten Jahres in Cancún, Mexiko. Die geplante Einbeziehung von Wasser in die Verhandlungen über das Dienstleistungsabkommen GATS sowie in andere bilaterale, regionale und internationale Handels- und Investitionsabkommen würde die Möglichkeiten für nationale Gesetzgebung im Interesse von ökologischer Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit und Ernährungssicherheit gravierend beschränken. "Wasser raus aus GATS" entwickelt sich daher zu einer globalen Mobilisierungsformel.

Uwe Hoering

Der Autor ist freier Journalist



Nachhaltigkeit kommunalpolitisch umsetzen

Kommunen hatten zum ersten Mal auf UN-Ebene ein eigenes Forum

Kommunen sind auch in Johannesburg Vorreiter und bekräftigen die Ziele von Rio. Nun gilt es, den Ergebnissen des Weltgipfels für Nachhaltige Entwicklung von Johannesburg Taten folgen zu lassen.

Local Government Session: Eine politische Stimme für Kommunen

Johannesburg brachte mit der „Local Government Session“ ein internationales Novum: Es war das erste Mal, dass Kommunen auf UN-Ebene ein eigenes Forum hatten. Dies gab es weder 1992 in Rio noch 1996 bei der HABITAT-Konferenz in Istanbul, jene Konferenzen, auf die sich viele Kommunen beziehen bzw. bei denen es um ihre nachhaltige Entwicklung ging.

Städte und Gemeinden in Abschlusserklärung unerwähnt

Die Johannesburger Erklärung brachte allerdings für die Kommunen und ihre internationalen Vereinigungen und Netzwerke in einem Punkt wenig Erfreuliches. In letzter Verhandlungsminute wurde der von ihnen gewünschte Absatz zur lokalen Ebene in der politischen Erklärung des Gipfels geändert. Stattdessen haben sich nun die nationalen Regierungen dazu verpflichtet, die Regierungsführung auf allen Ebenen für die wirksame Umsetzung der Agenda 21, der „Millennium Development Goals“ und der Ergebnisse von Johannesburg (Johannesburg Plan of Implementation) zu stärken und zu verbessern.

Damit bleiben Städte und Gemeinden als wichtige Kraft für eine nachhaltige Entwicklung in der Johannesburger Abschlusserklärung unerwähnt. Viele kommunale Teilnehmerinnen und Teilnehmer der „Local Government Session“ hatten mehr erhofft. Denn eines der Ziele der „Local Government Session“ war es, „dass die lokale Ebene als Regierungsebene anerkannt wird“, so Stefan Kuhn, European Director von ICLEI, durchführende Organisation der Session. „Und damit den Kommunen eine politische Stimme zu geben bzw. sie angemessen auf internationaler Ebene zu vertreten.“

Gerade auf lokaler Ebene viele Erfolge

Und mehr schien möglich: Vor allem nachdem der stellvertretende Generalse-



Foto: Dörte Bernhardt/GERMANWATCH

Konrad Otto-Zimmermann, Geschäftsführer von ICLEI, (Mitte) startet in Johannesburg die Initiative „Local Action 21“ - von der Agenda zur Aktion, vom Plan zur Praxis.

ekretär der Vereinten Nationen, Nitin Desai, zum Auftakt des Weltgipfels am 26. August hervor gehoben hatte, dass viele Verbesserungen gerade auf lokaler Ebene erzielt worden seien. Vor allem durch das Zusammenwirken von Nicht-Regierungsorganisationen, der kommunalen Verwaltung und Politik sowie den Bürgerinnen und Bürgern. Auch Bonns Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann hoffte auf eine Meinungsänderung während der Verhandlungen: „Kommunen werden hier auf dem Weltgipfel als gesellschaftliche Gruppe, als Nicht-Regierungsorganisation behandelt. Doch nichts von dem, was in Rio de Janeiro 1992 und den nachfolgenden Konferenzen festgelegt wurde, und nichts von dem, was in Johannesburg beschlossen werden wird, ist ohne die kommunalen Gebietskörperschaften zu realisieren. Kommunen sind diejenigen, die ganz konkret an der Basis umsetzen können. Deshalb finde ich es richtig, wenn wir als Regierungsebene anerkannt werden!“

Nachhaltigkeitsprozess muss Pflichtprogramm sein

Einen Schritt weiter ging Hannovers Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg, als er betonte: „Das Beste wäre, wenn die Vertreter der Städte mit Erfahrungen in

der lokalen Agenda 21 das Schlusskommunique verfassen dürften und nicht die Regierungschefs. Was zählt, sind die direkten Erfahrungen. Die Menschen leben in den Städten, sie arbeiten in ihnen, sie verbringen ihre Freizeit dort. Deswegen glaube ich, dass die verantwortlichen Regierungen auf diejenigen hören sollten, die in den Kommunen Verantwortung tragen.“ Und er forderte: „Wir müssen erreichen, dass der Nachhaltigkeitsprozess von den Regierungen als Pflichtprogramm betrachtet wird, und dass die Städte in ihren Aufgaben unterstützt werden.“

Inwieweit es zu einem Pflichtprogramm wird, hängt nicht zuletzt von dem Willen der Bundesregierung ab. Die Grundlagen dafür hat Johannesburg nur zum Teil gelegt. Der eigentliche Test dessen, was Johannesburg gebracht hat, wird in den konkreten Maßnahmen bestehen, betonte der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan: „Wir müssen jetzt raus gehen und etwas tun. Ich sage nicht, dass Johannesburg das Ende ist. Johannesburg ist erst der Anfang.“ Neben den Papieren ist aber die Umsetzung entscheidend. Und die darf ruhig über die konkreten Zielvereinbarungen hinaus gehen.

Ein erstaunliches „Neben“-Ergebnis des Weltgipfels ist daher die Bildung ei-



nes Ministerrates aller afrikanischer Länder zu Wasser und sanitärer Grundversorgung. Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul wertete dies als einen wichtigen Schritt zu einem friedlichen Zusammenleben in Afrika.

Ein weiteres, überaus bemerkenswertes Ergebnis der internationalen Verhandlungen in Johannesburg ist die Initiative der Bundesrepublik zur erneuerbaren Energie. Über 80 Staaten haben sich dieser Initiative angeschlossen, dabei auch die erdölfördernden Länder Mexiko und Venezuela. Ihr Ziel ist es, auf globaler, regionaler und nationaler Ebene mehr für Nutzung von erneuerbaren Energien zu machen, als in Johannesburg vereinbart wurde.

Auf die Umsetzung kommt es nun an

Kommunen gingen wie bei der Umsetzung der Agenda 21 auch in Johannesburg mit gutem Beispiel voran. Bereits vor dem Abschluss des Weltgipfels haben sich die kommunalen Vertreterinnen und Vertreter mit ihrer „Local Government Declaration to the World Summit on Sustainable Development“ verpflichtet, dazu beizutragen,

- dass bis 2015 nur noch halb soviele Menschen in absoluter Armut leben gegenüber heute und
- dass bis 2020 eine signifikante Verbesserung in dem Leben von 100 Millionen Slumbewohnern erzielt wird.

Darüber hinaus bekräftigen sie in ihrem „Johannesburg Call“ die Ziele von Rio, der HABITAT-Agenda und der Millennium Deklaration und führen aus, bis 2015

- die Anzahl der Menschen ohne Zugang zu Trinkwasser und sanitärer Versorgung zu halbieren,
- wichtige Schritte zur Lösung der Probleme im öffentlichen Gesundheitswesen zu unternehmen,
- den Zugang zu einer preiswerten und modernen Energieversorgung zu verbessern,
- den Anteil der Produkte aus Ländern des Südens auf heimischen Märkten zu erhöhen,
- den Austausch an Technologien und Know-how auf eine partnerschaftliche und faire Grundlage zu stellen und
- einen gerechten Zugang zu Aus- und Weiterbildung auf allen Ebenen sicher zu stellen.



Foto: Dörte Bernhardt/GERMANWATCH

Dr. Herbert Schmalstieg, Bürgermeister von Hannover, bedankt sich bei Amos Masondo, Bürgermeister von Johannesburg, für die herzliche Aufnahme in der Stadt.

Können sich die deutschen Städte und Gemeinden somit ruhig zurücklehnen in der Gewissheit, vieles von dem in der Vergangenheit bereits realisiert zu haben? Nicht ganz: Denn der Johannesburger Umsetzungsplan, „Plan of Implementation“, ruft insbesondere die Kommunen auf, Verbesserungspläne für Slums zu entwickeln, ein Katastrophenschutz-Management aufzubauen und eine integrierte Planung für die Land- und Wassernutzung aufzustellen unter dem Gebot einer nachhaltigen Nutzung der Ressourcen. Vor allem letzteres ist auch für deutsche Kommunen ein nicht leicht zu bewältigendes Problem angesichts der Privatisierungsbestrebungen in der Wasserwirtschaft und angesichts der Neuversiegelung von täglich 130 Hektar.

Darüber hinaus fordert der Umsetzungsplan die Kommunen in Paragraph 149 auf, die lokale Agenda 21 weiterhin zu unterstützen, die Ergebnisse von Johannesburg und die HABITAT-Agenda von 1996 umzusetzen, Partnerschaften auf lokaler Ebene dafür zu fördern und insbesondere die Zusammenarbeit zwischen Städten und anderen Regierungsebenen zu Gunsten einer nachhaltigen Entwicklung vor Ort zu stärken. Diese Punkte von Paragraph 149 waren auch bei der „Local Government Session“ Konsens. Die nationalen Regierungen und die Kommunen sind sich also einig.

Verbindliche kommunale Nachhaltigkeitspolitik

Und die Kommunen haben bei ihrer Session bereits den Weg gewiesen: Es geht um Taten, um „Action 21“! Viele – oft nur punktuell und projektorientiert umgesetzte Erfahrungen – liegen in lokalen Agenda-Prozessen vor. Nun gilt es, daraus eine verbindliche kommunale Nachhaltigkeitspolitik umzusetzen. Kommunalpolitische Entscheidungen und tägliches Verwaltungshandeln sind umzustellen, BürgerInnen bei kommunalen Entscheidungen zu beteiligen, ein Aktionsplan mit Zielen und Prioritäten zu erstellen und praxistaugliche Indikatoren zur Überprüfung des eingeschlagenen Weges anzuwenden.

Und noch eine Erfahrung lokaler Agenda-Prozesse sollte in der Dekade nach Johannesburg genutzt werden: Wie könnte die Umsetzung erfolgreicher sein, als durch ein gemeinsames Handeln von Kommunen und Nicht-Regierungsorganisationen?

Jürgen Anton, Albrecht Hoffmann

*Jürgen Anton ist Projektleiter Agenda-Transfer in NRW
Fon: +49-(0)228/60461-0;
Fax: +49-(0)228/60461-17
eMail: anton@agenda-transfer.de
Albrecht Hoffmann ist Projektleiter Bundesweite Service-
stelle Lokale Agenda 21
Fon: +49-(0)228/60461-0;
Fax: +49-(0)228/60461-38
www.agenda-transfer.de oder: www.agendaservice.de*



Viel Markt, wenig Frauenpower und wenig Frauenrechte

Gender auf dem Weltgipfel in Johannesburg

„Ladies, wir haben eine Krise. Das Frauenzelt droht zusammenzubrechen.“ Die Destabilisierung des FrauenzELTS auf dem Global People’s Forum in Johannesburg nach einem Sturm hatte leider auch symbolischen Charakter. So, wie sich die „Ladies“ beim Weltgipfel präsentierte, steckt offenbar die internationale Frauenbewegung in einer Krise. Während in Rio das Frauenzelt Planeta Femea zwei Wochen lang prallvoll und energiegeladen Akzente auf dem Global Forum setzte, saß in Johannesburg fünf Tage lang jeweils nur ein Häuflein von 30 bis 70 Aufrechten im überdimensionierten, kalten Frauenzelt mit 1000 leeren Stühlen.

Im Rio-Prozess traf die internationale Frauenbewegung mit der „Women’s Action Agenda 21“ den Nagel auf den Kopf: es ging um einen anderen Umgang mit der Natur, eine andere Ethik des Wirtschaftens und um Gerechtigkeit – zwischen Norden und Süden, zwischen Arm und Reich, zwischen den Geschlechtern. Die Botschaft war klar. Im Johannesburg-Prozess gelang es internationalen Frauennetzwerken dagegen nicht, sich in den zentralen Diskurs einzuklinken, nämlich das Verhältnis von Nachhaltigkeit und wirtschaftlicher Globalisierung. WEDO (Women, Environment and Development Organization) spielte nicht mehr die organisierende und vernetzende Führungsrolle wie im Kontext früherer UN-Organisationen.

Keine Botschaft, wenig Klammer

Das Lobbying bei den Vorverhandlungen des Abschlussdokuments bestand primär im Einfügen kleiner Floskeln wie „gender-sensitive“, „einschließlich Frauen“ oder „Frauen wie Männer“ nach der Sprengermethode. Dadurch allein wird jedoch aus einem umwelt- und entwicklungspolitisch schwachen Dokument kein besseres. Die neue, sehr knapp geratene „Women’s Action Agenda Planet 2015“ entwickelte keine mobilisierende oder strategische Dynamik.

Den Veranstaltungen im Frauenzelt zu fünf Themenkomplexen – Frieden und Menschenrechte, Globalisierung und Armut, Gesundheit und Umweltsicherheit, Ressourcenzugang und Regieren – fehlte es an klaren Botschaften, Strategien und inhaltlichen Klammern. Auf den Podien wurden überwiegend Problemlagen von Frauen und einzelne Projektansätze dargestellt. Es fehlte jedoch an visionärer Kraft für einen global- und geschlechtergerechten Umbau gesellschaftlicher und weltwirtschaftlicher Strukturen. Obwohl Frauenorganisationen das wichtige Thema Frieden aufgriffen, das im Konferenzdokument wie auch von den meisten NGOs ignoriert und vergessen wurde, machten sie sich damit öffentlich nicht stark.

Es gelang weder ein kontinuierlicher Austausch mit dem 25 km entfernten Gipfelgeschehen noch eine systematische Bezugnahme auf den Rahmen von Globalisierung und auf die brisanten Themen sozialer, ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit wie die Privatisierung öffentlicher Güter und staatlicher Grundversorgung. Beides, die Women’s Action Agenda 2015 und das Frauenzelt waren als Neuauflage der starken Rio-Auftritte von Frauen konzipiert. Doch politische Steilvorlagen entstehen aus historischen Kontexten und lassen sich auch auf der zivilgesellschaftlichen Ebene nicht mechanisch und top-down wiederholen.

Frauen in südafrikanischen Basisbewegungen

Auch wenn im Frauenzelt viel und CD-reif gesungen wurde – südafrikanische Frauengruppen sorgten damit unermüdlich für gute Stimmung und selbst südafrikanische Ministerinnen stimmten ein Lied an, wenn sie im Text nicht weiter wussten oder wollten – die Musik spielte woanders.

Die Veranstaltungen und Demonstrationen globalisierungskritischer Organisationen hatten eine eindeutige Botschaft: nämlich eine Absage an die Dominanz des Ökonomischen, vor allem der Freihandelsagenda, gegenüber sozialen, ökologischen und Menschenrechtszielen. Hier gelang die Verknüpfung von globalen Nachhaltigkeitsthemen mit lokalen Interessen und Überlebensnöten. Bei den

sozialen Bewegungen aus den Townships und vom Land fiel die große Zahl von Frauen auf, die um Grundversorgung und sichere Lebensgrundlagen (livelihood) kämpften. Seit in den Stadtteilen jenseits der Luxusfestungen in den vergangenen zwei Jahren die Strom- und Wasserversorgung gekappt oder reduziert wurde, hohe Nutzungsgebühren eingeführt und Privatisierung geplant wurden, organisierten AnwohnerInnen sich in „Krisenkomitees“, um die Grundversorgung zu sichern. In vielen Provinzen Südafrikas wird die Hälfte der Haushalte von Frauen geführt. Im Zentrum der Kämpfe „der Landlosen, der Wasserlosen, der Arbeitslosen“ stehen öffentliche Güter, Zugang zu Ressourcen und soziale Gerechtigkeit. Eine Frauenperspektive artikulieren diese Frauen nicht, aber sie leben sie.

Sichtbar, eloquent, aber mit Fraueninteressen?

Vor zehn Jahren in Rio hatte die internationale Frauenbewegung ihren Abschluss aus den Verhandlungsarenen der UN und ihre „Unsichtbarkeit“ in UN-Dokumenten durch systematisches Lobbying überwunden. In Johannesburg waren Frauen auf politischer und Expertenebene präsenter als in Rio. Sie partizipierten sowohl in Regierungsdelegationen als auch auf den Podien vieler fachspezifischer Veranstaltungen im Global People’s Forum, an Multi-Stakeholder-Dialogen und Runden Tischen von Regierungen, Privatwirtschaft und zivilgesellschaftlichen Kräften. Das bedeutet jedoch noch nicht, dass die Verknüpfung von sozialer, Umwelt- und Geschlechtergerechtigkeit von ihnen geleistet wurde. Dies fiel besonders bei den südafrikanischen Ministerinnen auf.

Die Energieministerin empfahl den Frauen, Aktien der Stromkonzerne zu erwerben. Die Gesundheitsministerin steht im Ruf – „her master’s voice“ (Sprachrohr für Staatspräsident Mbeki, der das Faktum AIDS immer noch anzweifelt) – die medizinische Versorgung HIV-infizierter schwangerer Frauen, die die Übertragung auf das Baby verhindern kann, trotz eines entsprechenden Gerichtsurteils nicht voranzutreiben. Und selbstverständlich unterstützen die Ministerinnen das von Mbeki initiierte NEPAD-Programm (New Partnership for Africa’s Development),



das von vielen afrikanischen Frauenorganisationen wegen seiner neoliberalen Stoßrichtung und seiner „Geschlechterblindheit“ heftig kritisiert wird.

Kritische Masse auf dem Prüfstand

Südafrika ist ein Testfall für die These der „kritischen Masse“: ein paar Einzelkämpferinnen oder Alibifrauen können keine politischen Veränderungen erstreiten, aber wenn Frauen ein Drittel der politischen Positionen besetzen, können sie als Akteurinnen des Wandels wirken – sowohl politische Strukturen und Inhalte als auch die politische Kultur verändern. Deshalb kämpften viele Frauen aus dem ANC heraus für Quotierung und eine Verfassung, die tatsächlich in Sachen Geschlechtergleichheit, positive Diskriminierung für Benachteiligte und freiheitliche Rechte für sexuelle Orientierung zu den liberalsten und fortschrittlichsten der Welt gehört.

Acht Jahre nach der ersten demokratischen Wahl von 1994 in Südafrika sitzen Frauen auf einem Drittel der Parlamentssitze und stellen acht der 26 Kabinettsmitglieder - mehrheitlich die „weichen“ Ressorts wie Gesundheit, aber auch „Energie“ als Ministerium mittlerer Härte und das prestigeträchtige Außenministerium. 1995 wurde eine Frauenbudget-Initiative als Kooperation von Parlamentarierinnen mit zwei NGOs begonnen – ein Vorzeigeprojekt, das inzwischen eingeschlafen oder ganz entschlafen ist. Vielleicht aber auch ein Indikator dafür, dass der strukturelle Wandel der Politik im Sinne von Geschlechtergerechtigkeit und Fraueninteressen ausgeblieben ist.

Nüchtern bilanzierte die erfahrene indische Aktivistin Devaki Jain: „Die Strategie ‚setz genügend Frauen auf die Posten und alles wird sich ändern‘ ist nicht aufgegangen.“ Nur mit alternativen Konzepten und Strategien würden sich Politik und Wirtschaft ändern lassen, und zwar von unten nach oben, im „bubble up-Verfahren“.

Frauenrechte zum 47ten

Im Implementierungsplan von Johannesburg dominieren Marktzugang und Kooperation mit der Privatwirtschaft als

Heilmittel für Armut, Umweltzerstörung und Unter- und Fehlentwicklung. Das Thema Armutsreduktion (von Armutsbeseitigung ist seit längerem nicht mehr die Rede!) wurde weitgehend auf die Versorgung mit Trinkwasser und sanitären Anlagen verengt. Dass beide mit dem Zeitziel 2015 versehen wurden, gehört zu den wenigen terminlichen Festlegungen des Dokuments. Doch dass die Zahl der Bedürftigen nur halbiert werden soll, ist überaus bescheiden, hatte sich doch die UN-Wasserdekade das Ziel „Wasser für alle“ bereits für das Jahr 2002 gesetzt. Und dass Zugang zu Wasser nicht als Menschenrecht festgeschrieben wurde, spricht für die geringe normative Verbindlichkeit des Dokuments.

Bei einem weiteren, für Frauen sehr wichtigen Problemfeld, nämlich Gesundheitsversorgung, war der Menschenrechtsbezug gezielt vergessen worden und konnte erst kurz vor Toresschluss in Johannesburg gegen erbitterten Widerstand im Text verankert werden. Paragraph 47 wurde zum Lackmustest für Frauenrechte. „Der Gender-Krempel ist doch Verhandlungsmasse“ brachte es der Vertreter einer politischen Stiftung und Mitglied der deutschen Delegation auf den Punkt. Frauenrechte werden bei den Kuhhändeln der UN-Diplomatie leicht einmal gegen Zugeständnisse in anderen Bereichen getauscht und preisgegeben. Mit der Formulierung, dass Gesundheitsversorgung „in Übereinstimmung mit nationalen Gesetzen, ethischen und religiösen Werten“ erfolgen soll, waren vor allem Einschränkungen des Frauenrechts auf reproduktive Gesundheit Tür und Tor geöffnet worden. Zur leidlich bekannten unheiligen Allianz von katholischen und islamistischen Ländern hatten sich die USA gesellt, d.h. die konservative, Frauenrechte torpedierende Länderfraktion in den UN wächst.

Der Kampf um Paragraph 47 mit zwei kleinen Demonstrationen hatte strategisch positive Auswirkungen für Frauen: der Frauen-Caucus gewann dadurch Profil und „Sichtbarkeit“, im Verhandlungszirkus wie auch in den Medien.

Dieser kleine Erfolg für den Frauen-Caucus kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass insgesamt Fragen glo-

baler, sozialer und Geschlechtergerechtigkeit im Abschlussdokument schwach wegkommen. Die von dem Süd-Frauen-Netzwerk DAWN (und dem NRO-Frauenforum) vertretene Position, dass es nicht nur ökologische, sondern auch soziale Grenzen des Wachstums und der neoliberalen Globalisierung gibt, findet sich im Dokument nicht wieder. Das von Frauen favorisierte Vorsorgeprinzip ist bestätigt, aber zum „Vorsorgeansatz“ abgeschwächt. Der notwendige Umbau von Produktions- und Konsummustern vor allem im Norden hat gegenüber der Agenda 21 keine Beschleunigung erfahren. Der Fokus auf Partizipation in der Agenda 21 (Frauen rangierten dort als erste Major-Group) sowie auf Demokratisierung und Dezentralisierung durch die Stärkung der lokalen und kommunalen Ebene ist in Johannesburg weitgehend verflacht.

Die Sinnfrage

Am Ende tönte in Johannesburg aus allen Akteursecken die Sinnfrage. Welch ein gigantischer Aufwand und welch mageres Resultat! „No more shameful summits“ demonstrierte eine Gruppe von NGOs, ein Dutzend Regierungsdelegierte, die unter Protest die Konferenz verlassen hatten, und AktivistInnen wie Vandana Shiva gegen den Mangel an politischem Willen, der diesen Gipfel kennzeichnete. „Die Zeit für solche Gipfel ist vorüber“, meinte auch der dänische Premierminister Rasmussen, der derzeit den EU-Vorsitz innehat.

Die internationale Frauenbewegung sollte den Gipfel zum Anlass nehmen, ihre politischen Strategien und ihre inhaltlichen Botschaften zu überdenken und ihnen eine neue Perspektive zu geben, in der Geschlechtergerechtigkeit mit einer strukturellen Nachhaltigkeitswende verbunden ist. Und sie sollte auf dem Hintergrund dieser Gipfelerfahrung, einmal mehr prüfen, ob sie den UN eine 5. Weltfrauenkonferenz im Jahr 2005 abfordern will.

Christa Wichterich

Die Autorin ist Mitglied im Leitungskreis des Forum Umwelt & Entwicklung und freie Journalistin



No More Summits Weltgipfel verprellt Basis

„No more summits – Keine weiteren Gipfel“ – diese Konsequenz forderte eine Koalition von Nicht-regierungsorganisationen nach den ernüchternden Erfahrungen des Mega-Treffens in Johannesburg.

„Die Regierungen zeigen weiterhin einen tragischen Unwillen, die Rio-Prinzipien in konkrete Aktionen umzusetzen“, heißt in einer Erklärung. Statt sich zur Umsetzung zu verpflichten, hätten die Regierungen der korporativistischen Globalisierung Tür und Tor geöffnet und versucht, bereits bestehende Verpflichtungen zu schwächen. Etwa 50 Leute verteilten diese Erklärung bei einem harmlosen Sit-in auf einem Platz im Einkaufszentrum Sandton, außerhalb des Konferenzgeländes. Die Reaktion der süd-afrikanischen Sicherheitskräfte konnte symbolischer nicht sein: bewaffnete Polizei drängte die VertreterInnen der NGOs weg von den feinen Restaurants und BMW-Ständen und führte sie etliche hundert Meter weiter zum anderen Ende des Mega-Kommerzzentrums im Norden Johannesburgs.

Partizipation ohne Basisbewegungen

Für die kritische Zivilgesellschaft ergänzten sich Form und Inhalt dieses Gipfels zu einem eindeutig erlebbaren Feindbild. Während vor allem in den ersten Tagen der Zugang zu dem offiziellen Gipfel-Gelände inmitten der luxuriösen Eigenheimgebiete schikanös beschränkt wurde, kämpften nur wenige Kilometer entfernt die Bewohner des Slums Alexandra alltäglich um erschwingliches Trinkwasser und Energie, bessere Häuser, Sicherheit vor Zwangsräumungen. Der wichtigste Treffpunkt der Zivilgesellschaft – das Messegelände Nasrec – lag am anderen Ende des schwarzen Johannesburg in Richtung Soweto. Verkehrs- und Kommunikationsprobleme, Eintrittspreise, vor allem aber vorrangegangene Spaltungen der süd-afrikanischen Träger-Organisationen reduzierten den Einfluss des „Global Peoples Forum“ erheblich. Örtliche Basisbewegungen wie das Anti-Privatisierungsform und das Bündnis Indaba hatten sich bereits im Winter aus dem von ANC-nahen Gruppen kontrollierten Forum zurückgezogen und veranstalteten einen Protestmarsch von Alexandra nach Sandton.

Menschenrechte im Aktionsplan

Im sogenannten „Plan of Implementation“ standen bei Beginn der Konferenz alle Verweise auf die Menschenrechte in Klammern. Erst in den letzten Tagen gelang es, einige dieser Klammern aufzulösen. Mehr als allgemeine Verweise auf die Menschenrechte, zudem noch geschwächt durch die Gleichrangigkeit der „kulturellen Divergenz“, konnten aber nicht durchgesetzt werden. Menschenrechtsorganisationen einschließlich der zuständigen UN-Organisationen hatten vergeblich dafür gekämpft, einen systematischen Zusammenhang zwischen den Menschenrechtsinstrumenten und dem Umweltschutz aufzunehmen.

„Nur das Menschenrechts-Paradigma bietet grundsätzlich und systematische Lösungen und Veränderungen um eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen“, hieß es zum Beispiel in der Stellungnahme von Miloon Kothari, Spezial-Berichterstatter für angemessene Wohnverhältnis bei der UN Kommission für Menschenrechte. Dieses Prinzip sei bereits in der Agenda 21, den Ergebnissen der Pekinger Frauenkonferenz, der Wiener Menschenrechtskonferenz, der Habitat-Agenda formuliert worden. Zudem seien die Menschenrechtsinstrumente in multilateralen Abkommen verankert. Gerade die wirtschaftliche Globalisierung erfordere eine kohärente Verpflichtung der Handelsabkommen und der Staaten auf die Menschenrechte. Das schließe das Recht auf Umwelt ebenso wie die Rechte der Frauen ein.

Es ist bemerkenswert, dass sich diese selbstverständliche Argumentation nicht durchsetzen konnte. Anstatt die übergreifenden Dimensionen der Menschenrechtsorientierung im Rahmen einer dauerhaften Strategie zu betonen, hat auch die EU durch den Streit um (natürlich wesentliche) Einzelheiten wie die Genitalverstümmelung von Frauen die Möglichkeiten, wenigstens einen Status Quo zu halten, geschwächt.

Keine Richtlinien für Partizipation

Eng damit zusammen hängt der geringe Stellenwert Partizipation. Zwar finden sich noch knappe Forderungen nach Zugang zu Informationen und Entscheidungsprozessen sowie zielgerechten Gesetzen. Es bleibt aber bei unverbindlichen Aufforderungen, die meilenweit hin-

ter den vergleichsweise klaren Vorschlägen der Agenda 21 zurück bleiben. Der Vorstoß, globale Richtlinien für den öffentlichen Zugang zu Informationen und Entscheidungsprozessen aufzustellen, konnte nicht verankert werden.

Für die auf eine nachhaltige Basisentwicklung orientierten NROs stellt sich nach diesem Gipfel die Frage nach der Relevanz derartiger Mammut-Konferenzen. Offensichtlich besteht die Gefahr, dass bereits vereinbarte Ziele beim Schacher um Minimalkonsense zur Verhandlungsmasse werden. Die Hoffnung der 90er Jahre, in strategischer Partnerschaft mit Regierungen und den UN-Institutionen einen umfassenden zivilgesellschaftlichen Reformprozess auszulösen, ist fast vollständig verschwunden.

Neue Entwicklungen innerhalb der Zivilgesellschaft

Gleichwohl waren die letzten zehn Jahre nicht vergeblich. Unabhängig von den Rio-Versprechungen hat die Zivilgesellschaft zahlreiche Erfahrungen bei der Umsetzung einer nachhaltigen, partizipativen und oft auch partnerschaftlichen Entwicklung gesammelt. Die Möglichkeit, sich dabei auf UN-Dokumente zu berufen, darf nicht unterschätzt werden, die entscheidende Kraft kommt aber von den Leuten und ihren Lernprozessen selber.

In diesem Sinne scheinen sich drei strategische Achsen für die Entwicklung der Zivilgesellschaft abzuzeichnen:

1. „Our world is not for sale“: Die erstaunliche Gemeinsamkeit zahlreicher Bewegungen bei dem Kampf gegen Privatisierungen und neo-liberale Modernisierung
2. „Back to the roots“, das heißt eine stärkere Orientierung auf die eigene, lokal verankerte Mobilisierungs- und Lösungskraft
3. „Bottoms up“: Partizipativ-partnerschaftliche lokale Entwicklungen, für die – ohne dass es Bezüge zur Agenda 21 geben muss – zahlreiche neue Bedingungen entstehen
4. „Another world is possible“: die eigenständige offene Vernetzung dieser Bestrebungen und Erfahrungen auf regionalen und globalen Ebenen, wie sie unter anderem im Zuge des Porto Alegre-Prozesses versucht wird. *Knut Unger*

Der Autor ist Koordinator der AG Habitat des Forums Umwelt & Entwicklung



Einen Fuß in der Tür?

Globale Unternehmensverantwortung – Überraschungsthema von Johannesburg

WorldCom und Enron sei Dank. Nur mit ihrer Hilfe ist es einer breiten Allianz von Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und einer Anzahl sympathisierender Länder von Schweden, über Ungarn oder Argentinien bis zum Iran, gelungen, die globale soziale und ökologische Verantwortung der Privatwirtschaft überhaupt zum Thema beim Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung zu machen (siehe auch Rundbrief 1 und 2 2002).

In Johannesburg wollten multinationale Konzerne sich eigentlich als die Vorreiter bei der Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung feiern lassen. BMW hatte z.B. genau in der Mitte des Konferenzentrums ein imposantes Autodorf aufgebaut. Ein paar Test-Wasserstoff-Autos sollten davon ablenken, dass BMW noch nicht einmal ein Auto in der Niedrigverbrauchsklasse produziert und beweisen, dass Nachhaltigkeit mit BMW möglich ist. Eine Vielzahl von Partnerschaften sollten zusätzlich verschleiern, dass auch die Privatwirtschaft ihr Versprechen von Rio gebrochen hat. Statt nachhaltige Entwicklung umzusetzen, haben multinationale Konzerne immer mehr ökonomische und auch politische Macht angehäuft. Kurz vor dem Johannesburggipfel bestätigte UNCTAD, dass seit Rio fünf weitere Konzerne eine größere Wirtschaftsmacht als Nationalstaaten angehäuft haben. Nach UNCTAD-Berechnungen sind heute 29 Unternehmen wirtschaftlich stärker als Nationalstaaten. 1992 waren es noch 24.

Auch der politische Einfluss der Multis war in Johannesburg immens. Kurz vor dem Gipfel hatte eine von Esso finanzierte Gruppe von amerikanischen "Politikberatern" z.B. an Präsident Bush geschrieben und ihn aufgefordert sicherzustellen, dass in Johannesburg keine Ziele und Zeitvorgaben beschlossen würden. Sie hatten Erfolg. Die USA taten ihr bestes, alle konkreten Zusagen in Johannesburg zu torpedieren. Gerade mal zwei neue Zielchen ließen sie zu. Neben Einzelunternehmen (über 80 Firmenchefs waren in Johannesburg vor Ort) war außerdem das Business Action for Sustainable Development (BASD) Netzwerk sehr aktiv. Sie wurden nicht müde zu betonen, dass nur



Foto: foer

eine deregulierte Wirtschaft zu Nachhaltigkeit führen könne (aller Empirie zum trotz).

Verbesserung statt Verwässerung

Um so überraschender, dass sich die Wirtschaft rhetorisch in Johannesburg klar in der Defensive befand. Der Chef des BASD, Mark Moody-Stuart gab dies sogar in einer öffentlichen Debatte zu. Unternehmensverantwortung wurde in Johannesburg unter dem Vorzeichen

mangelnder nationaler, aber vor allem auch internationaler, Regulierung diskutiert. Und dies nicht nur vereinzelt und auf der Fachebene. Die Presse war voll von Beispielen unternehmerischer Unverantwortung (siehe Kästen). Und auch im Verhandlungsgeschehen fand sich Unternehmensverantwortung unter den 14 entscheidenden Streitpunkten wieder, die bis ganz zum Schluss der Verhandlungen offen blieben. Das war noch nicht alles! Ganz entgegen dem Johannesburger



Trend, Ziele zur Unkenntlichkeit zur verwässern und durch Weichspüler-Worte das Aktionsprogramm zu entwerten, wurde der Text zu Unternehmensverantwortung sogar im Vergleich zur letzten Vorbereitungs-Konferenz in Bali besser (!). Paragraph 45 umfasst mit die aktionsbezogene Sprache des gesamten Aktionsprogramms. Er fordert Staaten auf "aktiv" die Unternehmensverantwortung voranzutreiben und zwar basierend auf existierenden nationalen und internationalen Abkommen (wie z.B. die Standards der Internationalen Arbeiterorganisation ILO). Die Entwicklung globaler Regeln für Konzerne wird zwar nicht explizit gefordert. Sie wird aber auch nicht ausgeschlossen. Und ist, so argumentieren einige Länder und NROs, implizit im Text, da ja auf existierenden Abkommen aufgebaut werden soll.

Interpretative Zusatzklärung

Washington war jedenfalls gar nicht beglückt. Das Weiße Haus gab Anweisung, den Text so nicht zu akzeptieren und durch eine Zusatzklärung wieder zu entkräften. Die USA bestand auf einer interpretativen Notiz, wie die in der UN-Sprache heißt, die klarstellt, dass sich Paragraph 45 eben doch nur auf existierende Abkommen beziehen soll. Hier wird es etwas kompliziert. Aber kurz gesagt, wollten die USA diese interpretative Notiz nicht nur in ihrem Namen abgeben (das ist ein normaler Vorgang – und die USA hat sich mit ähnlichen Notizen von vielen der etwas progressiveren Ergebnisse des Gipfels während des Abschlussplenum in Johannesburg klar distanziert). Die USA wollte statt dessen, dass die interpretative Notiz im Namen der sogenannten Kontaktgruppe, der Untergruppe von Verhandlern verschiedener Blöcke, die den Kompromiss ausgehandelt hatten, abgegeben wird. Dies ist formal nicht möglich. Eine Kontaktgruppe kann keine interpretative Notiz abgeben – nur individuelle Länder (oder eine Anzahl von Nationalstaaten) können dies tun. Mit Hinweis auf diese Formalität und dem damit verbundenen Versuch der USA die Verhandlungsergebnisse zu unterlaufen, gelang es den NROs schlimmeres zu verhindern. Als die interpretative Notiz am vorletzten Abend der Konferenz verlesen wurde, legten Äthiopien und Norwegen Widerspruch ein (Norwegen hat dies nach unseren Informationen mittlerweile auch schriftlich bei der UN getan). Die USA ließ es sich trotzdem nicht nehmen, im Abschlussplenum noch einmal ihre Interpretation der Dinge zu

Die grünen Oscars ...

Wir haben gelacht und geweint – und die Gewinner waren – die Ölkonzerne! In Johannesburg gab es eine Weltpremiere. Die grünen Oscars wurden an die Firmen verteilt, die am erfolgreichsten so tun, als seien sie grün und nachhaltig, während sie in Wirklichkeit weiter das Klima verändern und Umwelt und Menschen verpesten. Arthur Anderson gewann "Beste Dokumentzerstörung" aber BP gewann den Gesamtpreis für seine "Beyond Petroleum" Kampagne, dicht gefolgt von Bergbaufirma Newmont. Mr Green, der durch die Glitzergala in Johannesburg führte, gratulierte aber allen Gewinner (insgesamt gab es 12 Kategorien): "We are delighted to recognise these companies for what they are – hypocrites". Die gesamte Liste der Gewinner ist unter www.earthsummit.biz einzusehen.

Protokoll zu geben. Das Sekretariat der Konferenz bestätigte gegenüber Friends of the Earth mündlich, dass diese Notiz nur als Meinung der USA zu Protokoll genommen werden würde. Trotzdem wird dieses mit Sicherheit noch ein juristisches Nachspiel haben, insbesondere in dem Moment, in dem es gelingt, eine Anzahl von Ländern dazu zu überreden, den Text in Paragraph 45 zu nutzen, um einen Prozess hin zu international verbindlichen Regeln zur Unternehmensverantwortung anzustoßen.

Wird Deutschland ein solches Land sein? Die Bundesregierung hat sich in Johannesburg nicht sehr intensiv und progressiv für dieses Thema eingesetzt.

Wasser und Energie waren ihnen eindeutig wichtiger. Die Forderung des BUND, Bundeskanzler Schröder solle nicht nur eine globale Konferenz zu Erneuerbaren Energien, sondern auch eine zur Unternehmensverantwortung einberufen um zu diskutieren wie es nach den Ergebnissen von Johannesburg weitergehen kann, brachte keine offizielle Reaktion. Deutschland setzte sich auch nicht für einen Widerspruch der EU gegen die amerikanische Verwässerung der Beschlüsse durch die Hintertür (siehe oben) ein.

Die Bundesregierung schätzte das Thema von seiner politischen Brisanz offensichtlich geringer ein, als z.B. das Thema Klima. Es ist die Aufgabe der NRO dies zu ändern – und zu zeigen, dass die mangelnde globale Unternehmensverantwortung einer der Hauptgründe für die

Clashes with Corporate Giants - Neue Publikation verfügbar

Das internationale Netzwerk des BUND, Friends of the Earth International, hat zum Johannesburg-Gipfel 22 Fallstudien aus aller Welt vorgelegt, die zeigen, wie multinationale Unternehmen weiterhin eine nicht nachhaltige Entwicklung vorantreiben. Der farbig illustrierte Bericht kann beim BUND gegen eine Spende bestellt werden:

Daniel Mittler
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
daniel.mittler@bund.net

sich weltweit verschlechternde Umweltsituation ist – auch beim Klimawandel. Das internationale Netzwerk des BUND, Friends of the Earth International, gab deshalb bereits in Johannesburg bekannt, dass es seine "Don't let big business rule the world" Kampagne – Ende Mai in Berlin gestartet – weiter fortsetzen wird. Mindestens bis zu den WTO-Verhandlungen in Mexiko im September 2003. Auch der 6-Meter hohe Wirtschaftsgigant des BUND (siehe Bild) wird sich daran weiter beteiligen. Nächste Stationen sind Washington (Weltbank-Treffen), Kopenhagen (EU-Gipfel) und Davos (Weltwirtschaftsforum).

Weitere Mitstreiter sind nicht nur willkommen, sondern nötig, wenn der Überraschungserfolg von Johannesburg nicht in den Regalen des UN-Gebäudes in New York verstauben soll. Mit Johannesburg haben wir einen Fuß in der Tür für global verbindliche soziale und ökologische Regeln zur Unternehmensverantwortung. Dieser kleine Prozess-Erfolg ändert natürlich nichts daran, dass Johannesburg ein Gipfel der nachhaltigen Enttäuschung war. Aber auf diesem Teilerfolg muss aufgebaut werden. Möge der Phönix internationaler Regeln für die Privatwirtschaft aus der Asche des Johannesburg-Gipfels emporsteigen. Wer packt mit an?

Daniel Mittler

Der Autor ist Fachreferent für internationale Umweltpolitik beim BUND und Mitglied im Leitungskreis des Forum. Er leitete die Johannesburg-Kampagne von Friends of the Earth International, dem internationalen Netzwerk des BUND.



Der 'Geist von Rio' unter Privatisierungsdruck

Großkonzerne erblühen auf dem Gipfel



Messegelände des Ubuntu Village, einem weiteren Veranstaltungsort, teilten sich Unternehmen die Ausstellungsfläche mit Nationalstaaten und internationalen Organisationen.

Typ 2 - Partnerschaften

Hand in Hand ging diese unternehmerische Inbesitznahme des Weltgipfels mit den inhaltlichen Diskussionen über die sog. „Typ 2 – Partnerships and Initiatives“ in den offiziellen Verhandlungen. Diese Typ 2 Vereinbarungen sind unverbindlicher Natur und in ihrer Struktur den Public Private Partnerships (PPP) vergleichbar. Sie können aus einer beliebigen Kombination aus staatlichen Institutionen, Wirtschaftsunternehmen, NGOs und internationalen Organisationen bestehen und sollen einen partizipatorischen Ansatz verfolgen. In der Vergangenheit wurden schon häufig solche Partnerships durchgeführt, neu aber ist der zentrale Stellenwert, der diesen Projekten zukünftig zukommen soll. Vor allem Unternehmen und die Staatenallianz JUSCANZ (allen voran die USA) wiesen auf die Effizienz dieser freiwilligen Projekte hin und versuchten jegliche verpflichtenden Vorgaben und Zeitkorridore in einem übergeordneten, verbindlichen Vertragstext zu verhindern. Von NGO-Seite wurde darauf hingewiesen, dass es keine Vereinbarungen über die Kriterien und bislang auch keine Daten über die Projekte gibt, demzufolge zukünftig eine Überwachung und Kontrolle äußerst schwierig sein wird. Allerdings schienen viele NGOs dem Instrument der Partnerships gegenüber aufgeschlossen – verspricht es doch einen (handlungsorientierten) Ausweg aus festgefahrenen Verhandlungen und damit eine schnelle, pragmatische Umsetzung. Und schließlich haben viele NGO in den letzten Jahren bereits an derartigen Partnerships zusammen mit Unternehmen mitgewirkt.

Die bisher im Vorfeld und auf dem Summit vorgeschlagenen Partnerships und Initiativen weisen äußerst unterschiedliche Ausrichtungen: beteiligte Institutionen, räumliche Reichweite, Finanzvolumen, inhaltliche Ausrichtung etc. Beispielsweise fallen unter solche Aktivitäten sowohl lokale Fahrradreparaturprojekte als auch breit angelegte informationsbasierte Initiativen wie „Capacity building for Sustainable Consumption and Produc-

Damals 1992 in Rio herrschte Aufbruchstimmung. Viele der angereisten Aktivisten aus den Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) verließen den ersten Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung mit der festen Überzeugung, zukünftig mehr Aufmerksamkeit für diese Themen beanspruchen zu können.

Zehn Jahre später auf dem zweiten Erdgipfel können die mittlerweile im Sprachgebrauch fest etablierten NGOs zwar allerlei Projekte und Finanzmittel vorweisen, aber der Stellenwert der Zivilgesellschaft erlebte in Johannesburg einen erheblichen Dämpfer. Symbolisch dafür stand die kurzfristige Absage von Nelson Mandelas Eröffnungsrede für das zivilgesellschaftliche Forum sowie die Wahl des zentralen Veranstaltungsortes der NGOs (in Nasrec) in 35 km Entfernung vom eigentlichen Verhandlungszentrum (im Stadtteil Sandton). Es schien in den ersten Tagen, als hätten sich die Organisatoren gegen die NGOs verschworen. Das eingerichtete Transportsystem bot keine direkte Verbindung für die Teilnehmer zwischen dem Zentrum und Nasrec, und der Zutritt zum Konferenzgebäude – in dem auch viele weitere Informations- und Diskussionsveranstaltungen stattfanden – wurde für die NGOs durch ein zusätzliches Passsystem erschwert. Beide Missstände wurden erst nach Protesten der NGOs beseitigt.

Die große Entfernung sorgte auch dafür, dass der Hauptveranstaltungsort für zivilgesellschaftliche Projekte, Vorträge und Diskussionen in Nasrec in der Regel schlecht besucht war, was durch die deutlich niedrigeren Teilnehmerzahlen des Gipfels noch verstärkt wurde. Schätzungen vor der Konferenz gingen von ca. 60.000 Teilnehmern aus, tatsächlich reisten weitaus weniger Teilnehmer in Johannesburg an. Nasrec vermittelte daher zeitweilig den Eindruck einer Geisterstadt.

Unternehmen sehr präsent

Ganz anders erging es der Wirtschaft, die auf dem Gipfel überwiegend durch internationale Großkonzerne repräsentiert war. Diese erblühten inmitten des Konferenzgeschehens zu nachhaltigem Leben. Auf dem zentralen Platz zwischen den Konferenzgebäuden sahen die Konferenzteilnehmer nicht etwa bunte afrikanische Stände, sondern lediglich mehrere Zelte von BMW. So konnten sich die Teilnehmer der Konferenz davon überzeugen, dass das Thema Nachhaltigkeit bei BMW absolute Priorität genießt. In der Konferenzzeitung „The Earth Times“ stellte der Bayer-Konzern regelmäßig auf einer ganzseitigen Anzeige seinen Nachhaltigkeitsreport vor und wies darauf hin, dass nachhaltige Entwicklung für das Unternehmen zu den zentralen Themen gehört. Viele andere Veranstaltungsorte des WSSD waren ebenfalls mit großen eindrucksvollen Schautafeln von nachhaltigem Unternehmertegeist geziert. Auf dem

Foto: fobei



tion Patterns“ der UNEP. Wie aber können mit derart verschiedenen Partnerships übergeordnete Zielvorgaben erreicht werden und wie kann der Zielerreichungsgrad gemessen werden? Bekommen die Partnerships ein Schwergewicht in der Entwicklungsfinanzierung und wie erfolgt dann beispielsweise die Anrechnung von eingesetzten Mitteln vs. Profiten von Unternehmen – oder bleiben sie außerhalb von Typ 1-Verpflichtungen?

Profitieren die Armen?

All diese Fragen sind gegenwärtig offen. Ohne Zweifel sind eine breitere Integration der Stakeholder und auch ein handlungsorientierter Ansatz zu begrüßen. Es ist sicher auch wünschenswert, die in Partnership-Projekten eingesetzten Mittel zur Keimzelle selbst tragender Wirtschaftsprozesse werden zu lassen. Aller-

dings greift die reine Ökonomisierung der zentralen globalen Probleme zu kurz. Denn die Schaffung wirtschaftlicher Prosperität in Entwicklungsländern ist eine sehr langfristige Aufgabe, die nicht im Gleichschritt mit den drängenden Problemen wie Wasserversorgung, Krankheitsbekämpfung etc. erfolgen wird. Die verstärkte Beteiligung von Unternehmen in Partnerships wird auf der Basis ihrer Profitorientierung erfolgen (müssen). Ob und wie dabei gleichzeitig die Wirtschaft des zu entwickelnden Landes profitieren kann, ist ebenfalls noch eine offene Frage.

Neoliberale Strategien akzeptieren

Insgesamt haben sich die Befürchtungen der NGOs vor dem WSSD bestätigt. Von einem Voranschreiten der globalen Verhandlungen im Bereich Nachhaltigkeit kann eigentlich keine Rede sein. Damit

sind die Staaten der politischen Verantwortung, einen umweltschonenden und sozial gerechteren Entwicklungsweg einzuleiten, nicht gerecht geworden. Statt dessen wurde ein Stück Verantwortung an die Unternehmen abgetreten und insgesamt die neoliberale Strategie, die für viele globale Probleme verantwortlich ist, gestärkt. Der 'Geist von Rio' inspirierte und stärkte in der vergangenen Dekade in der Zivilgesellschaft viele nachhaltige Projekte und Ideen. Diese werden sich zukünftig mit neoliberalen Strategien anfreunden müssen, wollen sie Partnerships mit finanzkräftigen Unternehmen eingehen.

Bernd Hirschl und Heike Walk

Bernd Hirschl ist Mitarbeiter im Institut für ökologische Wirtschaftsforschung und Heike Walk Mitarbeiterin des Zentrums Technik und Gesellschaft der TU Berlin. Beide arbeiten gegenwärtig in der Nachwuchsgruppe 'Global Governance und Klimawandel' des BMBF.

Vom „Summit Fever“ zum „Summit Blues“ Was hat der Gipfel in Südafrika bewirkt?

Noch reiben sich die südafrikanischen Nichtregierungsorganisationen verwundert die Augen: Der Gipfel ist schon vorbei? Dabei hatten sie sich so lange und intensiv darauf vorbereitet. Und dann war alles ganz plötzlich vorbei. Der „Summit Blues“ geht um.

Die Kopfschmerzen der angespannten Tage weichen einem dumpfen Druck, das „Summit Fever“ klingt langsam ab. Aber noch sind die Papiere nicht geordnet, die nicht verteilten Broschüren sind noch nicht eingestampft, die durchgeschwitzten T-Shirts nicht gewaschen. Die rasch gedruckten Sticker „no more (shameful) summits“ kleben noch an den Mützen. In dieser Situation eine Bilanz ziehen zu wollen ist gefährlich. Denn die Mythen des Gipfels sind noch nicht formuliert, Stimmungen überwiegen noch, die Debatte unter den Kolleginnen und Kollegen beginnt erst. Erst müssen die offiziellen Ergebnisse mit den persönlichen Erlebnissen verglichen werden. Einige Beobachtungen wurden aber schon während des Gipfels formuliert, verdichten sich schon jetzt. Heftig debattiert wird die Frage: Erfolg oder Misserfolg?

Wo liegt die Meßlatte?

Bereits zu einem frühen Zeitpunkt der Gipfel-Vorbereitungen hatte die Heinrich-Böll-Stiftung südafrikanische NRO-Aktivisten nach Brasilien zu einem Erfahrungsaustausch mit brasilianischen Akteuren von der Rio-Konferenz 1992 eingeladen. Das Ergebnis war für die Südafrikaner verblüffend: während sie engagiert die historische Chance zur Umsteuerung, zur Veränderung der politischen Rahmenbedingungen für Umwelt- und Entwicklungsfragen sahen, sprachen die Rio-Leute von der tiefen Ernüchterung nach dem Gipfel, dem geringen Fortschritt in der Arbeit, aber auch den gewaltigen Anstrengungen, die der Gipfel verursacht hatte. Manche hatten über 2 Jahre auf dieses Ziel hin gearbeitet, andere Arbeitsfelder dadurch vernachlässigt. Sie selbst sahen daher für sich keine besondere Rolle auf dem geplanten Johannesburg-Gipfel. Zu diesem Dämpfer kam rasch die Erkenntnis, dass südafrikanische NROs durch die langen Jahre der Isolation während der Apartheid fast keine Erfahrung mit internationaler Gipfel-Diplomatie sammeln konnten. Niemand wusste, wie eine Veranstaltung dieser Dimension zu bewerkstelligen sei. Zu Beginn des Jahres brach

zudem der politische Vorbereitungsprozess unter einer Offensive der Gewerkschaften vollends zusammen. Die Planungen zerfaserten in vielfältige, getrennte Prozesse, an zahlreichen, weit voneinander entfernten Standorten mit höchst unterschiedlichen Agenden. Eine gemeinsame Stimme der Zivilgesellschaft rückte in weite Ferne. Selbst die Finanzierung des Parallel-Gipfels der Zivilgesellschaft geriet ins Trudeln. Einige Konflikte wurden sogar vor den südafrikanischen Gerichten ausgetragen.

Damit wurde die Meßlatte für Erfolg oder Misserfolg tiefer und tiefer gelegt. Die südafrikanischen Akteure fokussierten nun stärker auf die eigene Organisation oder die eigenen Themenbereiche. Vielen geriet aus dem Blickfeld, dass es sich um ein internationales Ereignis handeln würde. Der Konsens war nun: wir freuen uns, dass ihr kommt, wir werden die Gelegenheit nutzen, um euch kennen zu lernen und die internationale Medienpräsenz für unsere Ziele nutzen.

Ein Gipfel in Afrika...

Mittlerweile ist der Gipfel vorbei, der Staub beginnt sich zu legen. Die Abschlusserklärungen sind gelesen, die Ein-



schätzungen der offiziellen Ergebnisse formuliert. Sie schwanken je nach Standort zwischen "Durchbruch" und "Verschlechterungen abgewehrt" und "blanker Rückschritt". Bei den NROs insgesamt überwiegt die Enttäuschung. Nach dem ersten Schock über die geringen Ergebnisse des offiziellen Gipfels aber kehrt Realismus in die Szene ein. Trotz allen Widrigkeiten und Hemmnissen herrscht das Gefühl vor, das zahlreiche T-Shirts schmückte "I survived the WSSD": Irgendwie haben wir es doch geschafft. Denn es war der erste Gipfel dieser Größenordnung auf afrikanischem Boden. Allein diese Tatsache wird hoch eingeschätzt. Noch frisch sind die Fernsehbilder in den Köpfen der Menschen, als noch vor wenigen Wochen die Präsidenten Mbeki und Obasanjo noch in die nördliche Bergwelt von Kananaski in Kanada reisen mussten, um stellvertretend für ihre Völker und ihren Kontinent mit den Mächtigen dieser Erde zu verhandeln. Diesmal kam die Welt "nach Afrika" zu Besuch, auch wenn die Zahl der Delegierten durchaus etwas höher hätte liegen können. Auf früheren Gipfeln war die Gruppe der afrikanischen VertreterInnen oft nicht größer als die eines einzelnen Industrielandes.

... mit afrikanischen Themen

Hier auf dem Gipfel in Johannesburg aber überwogen die Afrikaner, afrikanische Themen standen im Vordergrund. Für die südafrikanischen Aktivisten war dies ein besonderer Erfolg: noch nie waren politische Themen des Gastlandes derartig im Vordergrund wie auf diesem Gipfel. Die Landlosen-Bewegung Südafrikas und die Anti-Privatisierungs-Gruppen waren noch kein Jahr alt und dominierten trotzdem mit ihren roten T-Shirts das Bild des Großen Solidaritätsmarsch vom schwarzen Township Alexandra zu den Glaspalästen Sandtons, in denen der offizielle Teil des Gipfels stattfand.

Schmerzlich dagegen war die Erkenntnis, dass genau dieser Basis-Bezug der südafrikanischen NROs im weltweiten Konzert der zivilgesellschaftlichen Akteure wenig wahrgenommen wurde. Der Verhandlungserfolg bei Wasser und Abwasser war vielen Nord-NROs nur einen Halbsatz wert, wortreich dagegen die Klage über den verfehlten Kompromiss bei den erneuerbaren Energien. Ener-

giefragen gelten immer noch als Nord-Themen. Deutlich wurde von den Südafrikanern die Dominanz der Nord-NROs in den Wandelgängen des Konferenzzentrums registriert. Da sie sich stärker mit eigenen Veranstaltungen und den eigenen Themenbereichen beschäftigten, waren die Einflussmöglichkeiten südafrikanischer NROs auf den offiziellen Verhandlungsprozess eher gering. Einige Gruppen hatten auch schon im Vorfeld deutliche Warnungen der südafrikanischen Regierung erhalten, sich nicht zu deutlich auf die Seite der Globalisierungskritiker und -gegner zu stellen.

Wie wird es weiter gehen?

Der Vorbereitungsprozess für Johannesburg hat tiefe Spuren in der südafrikanischen NRO-Landschaft hinterlassen. Die erste Erfahrung mit einem Weltgipfel hat viele Akteure gestärkt. Die logistischen Erfahrungen werden bei weiteren Projekten dieser Größenordnung eingesetzt werden können. Bei allen praktischen Schwierigkeiten hat doch ein breites Bündnis die Aufnahmeprüfung in den internationalen Club bestanden. Die zahlreichen Foren, Begegnungen und Versammlungen haben viele internationale Akteure zum ersten Mal in direkten Kontakt mit südafrikanischen Organisationen und ihren VertreterInnen gebracht. Nicht selten herrschten dabei zunächst tiefe Vorurteile gegenüber dem schwarzen Kontinent, nicht nur aus dem Norden sondern auch aus anderen Ländern und Regionen des Südens. Diese konnten in Johannesburg rasch abgebaut werden.

Dennoch ist die südafrikanische NRO-Landschaft auch beschädigt worden. Tiefe Gräben haben sich aufgetan zwischen den Lagern, Freundschaften sind zerbrochen. Bis vor kurzem waren die meisten Akteure vor allem im Spektrum der "Service Delivery NGOs" noch der Meinung, dass die gegenwärtige Regierung eigentlich doch aus ihren Vertretern bestünde. Man kennt sich noch aus den gemeinsamen Tagen des Kampfes gegen die Apartheid. Von daher war kritische Kooperation die Devise. Eine "neue Politik" nach dem Ende der Apartheid müsse erst einmal gemeinsam durchgesetzt werden.

Mit dem abrupten Ende der politischen Debatten zu GEAR, dem makro-ökonomischen Wirtschaftsprogramm der südafri-

kanischen Regierung, und zu NEPAD, dem Pendant für den afrikanischen Kontinent, hatten sich schon vor dem Gipfel die Widersprüche im NRO-Lager verschärft. Viele Gruppe, die sich mit der verarmenden Landbevölkerung beschäftigen und diejenigen, die mit "environmental justice" eine gerechtere Verteilung der natürlichen Ressourcen Südafrikas fordern, können keine Fortschritte mehr erkennen. Sie stellen fest, dass Südafrikas Arme immer ärmer werden. Exemplarisch wird dies deutlich am Widerstand in den schwarzen Townships gegen die Auswirkungen der Privatisierung kommunaler Dienstleistungen. Überall im Lande entstehen sogenannten "Crisis Committees", die nichts mehr mit den Parteien und Akteuren zu tun haben wollen, die noch vor 8 Jahren die Apartheid niedergezwungen haben. Hier entstehen neue Politikformen der Bürgerbeteiligung, die sich der zentralen Steuerung durch Gewerkschaften und ANC entziehen. Die Zukunft der südafrikanischen NROs wird hier entschieden. Widerstand gegen eine neo-liberale Wirtschaftspolitik der südafrikanischen Regierung oder kritische Kooperation? Entlang dieser Fragen entstehen zur Zeit neue Diskurse, Debatten und Organisationen. Diese Fragen stehen bereits seit 1-2 Jahren im Vordergrund. Der Gipfel hat diese Prozesse allerdings erheblich beschleunigt. Der Mangel an parlamentarischer Opposition zwingt die Zivilgesellschaft Südafrikas in eine besondere Rolle. Sie formiert sich dabei neu. Alte Bündnisse sind am Zerbrechen, neue Organisationsformen entstehen. Ein historisch notwendiger Prozess der politischen Differenzierung setzt ein.

Diese Debatte hat gerade erst begonnen. Jetzt ist der Gipfel vorbei, die gemeinsame Gastgeberrolle für einen Weltgipfel war bis zuletzt das einigende Element. Doch der Burgfrieden, der den Gipfel prägte, täuscht. Gerade rufen die Gewerkschaften zum Generalstreik gegen die Privatisierungspolitik der Regierung auf, die sie doch mitträgt. Das Ergebnis bleibt spannend.

Stefan Cramer

Der Autor ist Mitarbeiter der Heinrich-Böll-Stiftung in Johannesburg



Aus den Arbeitsgruppen

„Gutes Wohnen statt Zersiedlung“

AG Habitat Thementag

Parallel zum Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg fand in Berlin eine „Woche der Zukunftsfähigkeit“ (26. 8. – 4. 9. 2002) statt. An sechs Thementagen wurden in der Ufa-Fabrik verschiedene Aspekte der Nachhaltigkeit diskutiert und Projekte vorgestellt.

Den Thementag „Gutes Wohnen statt Zersiedlung“ am 2. September 2002 organisierte die Habitat Initiative Deutschland mit dem Habitat Arbeitskreis Berlin. Mitveranstalter waren der Berliner Mieterverein, id22 Berlin und der NABU Landesverband Berlin.

Konsens wurde schnell darüber hergestellt, dass die Erweiterung der Siedlungs- und Verkehrsflächen möglichst bis 2010 gestoppt werden soll, weil Zersiedlung die knappe Landschaft verbraucht, die Umwelt mit zusätzlichem Verkehr belastet, soziale Strukturen bestehender Stadtgebiete gefährdet und die Leistungsfähigkeit der Städte mindert. Dem entgegen steht die intensive Vermarktung des „Wohnens im Grünen“.

Subventionen

Kritisch gesehen wurden die staatlichen Subventionen und Steuererleichterungen zur Förderung des Wohnens in weiten Abstand vom Arbeitsort und zum Eigentumserwerb außerhalb der bestehenden Siedlungsgebiete (km-Pauschale, Eigenheimzulage ...). Sie reizen den Wegzug aus der Stadt und Entleerungstendenzen in stadtnahen Wohngebieten an – auch in den durch die Abwanderung ohnehin geschwächten neuen Bundesländern. Dort kommt es zu massiven Leerständen. Wenn keine Gegenmaßnahmen ergriffen werden, können nach 2015 ähnliche Entleerungsschübe in westdeutschen Städten erfolgen. Vorzeichen hiervon sind die in einigen ballungsnahen Regionen (Umland Hamburg, Ostwestfalen ...) feststellbaren Beschäftigtenzuwächse im ländlichen Raum und die Zunahme von Des-Investitionen und Leerständen in altindustriellen Ballungsräumen, vor allem dem nördlichen Ruhrgebiet.

Einkigkeit bestand darüber, dass durch-

setzbare Maßnahmen gegen die Zersiedlung nicht zu abrupten Brüchen bei den Wohnungs- / Mietpreisen und zu Verdrängungen führen dürften. Dies müsse zum Beispiel bei einer Umstellung von Eigenheimzulage auf Investitionszulage oder bei der steuerlichen Gleichstellung des Eigentumserwerbs im Bestand beachtet werden. Der Vertreter des Berliner Mietervereins meinte, die staatliche Eigenheimförderung in Großstädten spiele wegen der hohen Bodenpreise eine marginale Rolle bei der Entscheidung über den Wohnort.

Planerische Mittel

Es wurde festgestellt, dass in vielen Gemeindeparlamenten planerische Mittel als „hochkomplex“ wahrgenommen und wenig effektiv genutzt werden. Auch bestehe oft kein Konsens über die Vermeidung der Zersiedlung als Ziel und über die maßgeblichen Instrumente, z.B. Brachflächenaktivierung.

Vor allem mit Blick auf Investoreninteressen werden planerische Entwicklungen als schwer beherrschbar angesehen. Interkommunale Konkurrenz um Investoren und resultierende „vorsorgende“ Ausweisung von Gewerbegrundstücken könne durch effektiven Einsatz landesplanerischer Instrumente verringert werden. Es wurden auch Beispiele für gezielten raumplanerischen Instrumenteneinsatz erwähnt, wie die steuernde Angebotsplanung in Dortmund und die Bindung von Fördermitteln in NRW an ÖPNV-Anbindung.

Stopp des Flächenverbrauchs?

Die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung vom Juli 2002 fordert eine Reduzierung des Flächenverbrauchs von ca. heute 130 Hektar je Tag 30 Hektar bis zum Jahre 2020. Kritisch wurde festgestellt, dass dies kaum von den wenig ehrgeizigen Zielvorgaben von Umweltministerin Merkel aus 1997 abweiche. Das Wuppertal Institut fordert eine Reduzierung auf Null bis zum Jahr 2006. NABU, BUND und das Umweltbundesamt sehen Null Hektar Verbrauch bis 2010 als notwendig an und die Enquete Kommission des Bundestages will den Flächenver-

brauch auf 12 Hektar in 2010 zurückschrauben. Entscheidend für die Umsetzung aller Ziele ist die Herstellung eines Konsenses zur Bekämpfung der Zersiedlung, die Abschätzung der Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit von Instrumenten und die verbindliche Festlegung der Schritte zum Stop des Flächenverbrauchs.

Abwanderung ins Umland

In Westdeutschland wuchs die Bevölkerung in den ersten 40 Jahren seit Kriegsende um 20 %, die Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrsflächen stieg gleichzeitig um 100%. Bei der Inanspruchnahme neuer Flächen dominierte von 1993 bis 1997 die Gewerbeansiedlung, seither wieder das Wohnen. Eine Tendenzwende zeichnet sich nicht ab. Der Siedlungsflächenanteil war 12,8 % in 1997 und wird auf 13,8 % in 2010 prognostiziert.

Der Flächenverbrauch in Berlin verlief parallel zur bundesweiten Entwicklung. Die Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche betrug zwischen 1950 und 1999 160 %. Seit Öffnung der Mauer werden Flächen im Umland verbraucht bei Rückgang der Neu-Inanspruchnahme in Berlin. Durch Wegzug ins Umland nimmt die Einwohnerzahl Berlins seit 1995 um jährlich ca. 10.000 ab. Um dem entgegen zu wirken, sollen vor allem die Stadtteilzentren attraktiver gestaltet werden. Als Hemmnisse einer nachhaltigen Flächenpolitik werden die begrenzten finanziellen Ressourcen und Steuerungsmöglichkeiten der Verwaltung, die Konkurrenz über die Landesgrenze und die Deregulierung des Marktes angesehen.

Auswertung des Thementages

Für Ende September bereitet der Habitat Arbeitskreis Berlin ein Treffen zur Auswertung des Thementages mit den Referenten und beteiligten Initiativen vor. Dabei sollen möglichst Strategien und Aktivitäten für das Ziel „Flächennull bis 2010“ in der Hauptstadtregion entwickelt und weitergeführt werden.

Knut Unger/Klaus Teschner

Die Autoren sind Koordinatoren der AG Habitat des Forums Umwelt & Entwicklung



Erstes Projekt im Clean Development Mechanismus des Kyoto-Protokolls eine Eukalyptusplantage?

Beitrag zum Klimaschutz fragwürdig

Gut zehn Monate nach den Beschlüssen von Marrakesch mehren sich die Zeichen, dass der Clean Development Mechanismus (CDM) des Kyoto Protokolls wenig zur Reduzierung von Klimagasen und zur nachhaltigen Entwicklung beitragen wird.

Viele der Projekte, die zur Zeit eine Registrierung als CDM Projekt anstreben, erbringen keine zusätzlichen Emissionsreduktionen oder leisten keinen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung. Besorgniserregend ist auch, dass eines der am weitesten vorangeschrittenen Projekte die Anlage von industriellen Eukalyptusplantagen in Brasilien beinhaltet, deren Beitrag zum Klimaschutz selbst die Gutachter des Projektes nicht uneingeschränkt bestätigen konnten.

Mehrheit der CDM Projekte, die Registrierung anstreben, liefert keinen Beitrag zum Klimaschutz

Bis Mitte August haben 25 Projekte begonnen, eine Registrierung als CDM Projekt vorzubereiten¹. Alle diese Projekte wurden entweder im Rahmen des Prototype Carbon Fund (PCF) der Weltbank oder im Rahmen des niederländischen CERUPT Programmes entwickelt. 14 der 25 Projekte fallen unter die Kategorie Erneuerbare Energien. Doch obwohl mehr als die Hälfte der Projekte dieser Kategorie zuzurechnen sind, entfallen auf sie nur 20% der Emissionskredite. Die übrigen 80% der verfügbaren Kredite stammen aus Staudammprojekten und 10% der Kredite (4.3 Mt CO₂ Äquivalent) entfielen allein auf die Plantagenkomponente eines einzigen Projektes.

Plantar Projekt als Lithmus-Test für Senken im CDM

Jene Plantagenkomponente ist zentraler Bestandteil des vom Prototype Carbon Fund forcierten Plantar Projektes, an dem durch PCF-Beteiligung auch zwei deutsche Unternehmen, RWE und die Deutsche Bank, beteiligt sind.

Im Rahmen des Plantar Projektes sollen im brasilianischen Bundesstaat Minas Gerais auf 23,000 ha Eukalyptusplantagen für die Erzeugung von Holzkohle für die Eisenverhüttung angelegt werden. Die Befürworter des Projekts argumentieren, dass die Anlage neuer Plantagen erforderlich ist, um das Überleben der auf Holzkohle basierenden Eisenverhüttung zu sichern, und eine Substitution von Holzkohle durch fossile Energieträger zu verhindern. Zusätzlich strebt Plantar den Verkauf von Kohlenstoffkrediten, die aus den industriellen Holzplantagen des Projektes stammen, an.

SinksWatch

Um zu verhindern, dass Projekte wie das oben beschriebene Senkenprojekt finanzielle Gewinne aus dem Verkauf von Kohlenstoffkrediten ohne Klimaschutzwirkung erzielen, haben Fern und das World Rainforest Movement SinksWatch ins Leben gerufen. Ziel der Initiative ist es, Senkenprojekte frühzeitig zu identifizieren und die Registrierung von solchen Projekten, die keinen eindeutigen Beitrag zum Klimaschutz leisten, zu verhindern.

Ab Mitte Oktober sind aktuelle Informationen über Projekte, beteiligte Unternehmen und Regierungen sowie weitere Kampagneninformationen unter www.sinkswatch.org abrufbar. Informationen über weitere potentielle CDM Projekte sind über die Webseite von CDM Watch www.cdmwatch.org erhältlich.

Umweltorganisationen haben zahlreiche Unstimmigkeiten in den Projektunterlagen aufgedeckt, die auch nach mehreren Nachbesserungen der Planungsunterlagen nicht behoben sind². Auch die Prüfung des Projektes durch Det Norske Veritas (DNV) hat den grundlegenden Mangel an positiven Klimaschutzwirkungen des Projektes, der von Umweltorganisationen aufgedeckt wurde, bestätigt. DNV

schreibt im Schlussbericht, dass sie die Dauerhaftigkeit und langfristige positive Klimawirkungen der Aufnahme und Speicherung von Kohlenstoff – auf der das Projekt basiert – nicht garantiert sehen. Im Schlussbericht heisst es dazu:

„Das Projekt beansprucht Senkenkredite für die durchschnittliche Kohlenstoffspeicherkapazität der Plantagen. Diese Senkenkredite tragen jedoch nur dann dauerhaft zum Klimaschutz bei, wenn das CO₂ langfristig in den Plantagen gespeichert bleibt...da Vorgaben der UNFCCC bezüglich Dauerhaftigkeit von Kohlenstoffspeichern im Rahmen des CDM noch nicht existieren, kann DNV keine endgültige Entscheidung darüber fällen, ob die Dauerhaftigkeit der Kohlenstoffaufnahme ausreicht, um einen dauerhaften Beitrag zum Klimaschutz zu gewährleisten.“ Übersetzung Fern

Die Gutachter sprechen folglich auch nur eine eingeschränkte Empfehlung aus, das Projekt als CDM Projekt anzuerkennen.

Die Schlussfolgerung, die sich aus dem Gutachten ergibt, ist eindeutig: Kohlenstoffkredite aus dem Plantar Projekt sind wertlos. Wenn das Projekt keinen dauerhaften Beitrag zum Klimaschutz leistet, sollte sich diese Tatsache auch im Wert der Kohlenstoffkredite, die aus den Projektaktivitäten resultieren, widerspiegeln. Andernfalls wird Plantar Millionengewinne erwirtschaften aus dem Verkauf von Senkenkrediten, deren Beitrag zum Klimaschutz zumindest fragwürdig, wenn überhaupt vorhanden ist.

Dies wiederum stellt die Wirtschaftlichkeit des gesamten Projektes in Frage. Nach Aussage von Plantar wird eine Aufforstung der Plantagen nur dann stattfinden, wenn die Subventionierung der Aufforstung durch Senkenkredite stattfindet. Schenkt man den Projektunterlagen Glauben, bedeutet dies auch, dass bei Ausbleiben der Aufforstung die Versorgung des Verhüttungswerkes mit Holzkohle nicht gesichert ist. Die Verwendung von Holzkohle hingegen ist Grundlage für die



übrigen Kohlenstoffkredite, die das Projekt anzubieten gedenkt. Daraus wird deutlich, dass das gesamte Projekt auf dem Verkauf von Kohlenstoffsenkenkrediten beruht, die keinen gesicherten Beitrag zum Klimaschutz liefern.

Solche fadenscheinigen Senkenkredite zu akzeptieren würde bedeuten, die Ausweitung industrieller Holzplantagen zu unterstützen, obwohl ein positiver Beitrag zum Klimaschutz nicht gegeben ist. Kredite aus dem Plantar Projekt zu akzeptieren würde zudem dazu beitragen, dass ein Präzedenzfall geschaffen wird, in dem Regierungen und Konzerne ihre Ver-

pflichtungen zur Reduktion von Klimagasen mit dem Kauf von Senkenkrediten erreichen können, die keinen Beitrag zum Klimaschutz liefern.

Eine Entscheidung darüber, ob die Plantar Plantagen als CDM Projekt anerkannt werden, wird zwar erst fallen, nachdem Regierungen auf der 9. Vertragsstaatenkonferenz 2003 die Anforderungen für Senkenprojekte im CDM beschlossen haben. Sollten diese Anforderungen jedoch so niedrig ausfallen, dass sie eine Anerkennung des Plantar Projektes erlauben, wäre dies eine Bankrotterklärung für die Ziele des CDM. Ein sol-

ches Vorgehen würde nicht nur die Effektivität und Glaubwürdigkeit des CDM, sondern auch die des Kyoto Protokolls in Frage stellen.

Jutta Kill

Die Autorin ist Expertin für Wald und Klimawandel bei Fern (Kontakt jutta@fern.org, www.fern.org)

1 Mitgezählt sind auch einige Projekte des Prototype Carbon Fund, deren Validierung unmittelbar bevorsteht.

2 Kommentare von Umweltorganisationen zum Projekt sind auf der Webseite des Prototype Carbon Fund (<http://prototypecarbonfund.org>; Projekte, Plantar) einzusehen.

Neue Ära der Klimaverhandlungen beginnt

Das 16. Treffen der Nebenorgane der Klimarahmenkonvention

Mit den Beschlüssen des Klimagipfels in Marrakesch (November 2002) wurde der Handlungsbogen multilateraler Klimaverhandlungen auf Ebene der Vereinten Nationen (UN) nach ca. zehn Jahren zu einem vorläufigen Abschluss gebracht. Dort wurde ein detailliertes Regelwerk zum Kyoto-Protokoll (KP) verabschiedet, in dessen Folge eine Vielzahl von Ländern Ratifikationsprozesse einleiteten.

Mit Eingang der Ratifizierungsurkunde Islands beim UN-Klimasekretariat wurde ein halbes Jahr später die erste Hürde für das Inkrafttreten des Protokolls überwunden – 55 Staaten hatten zu diesem Zeitpunkt ratifiziert. Zwischenzeitlich hat sich diese Zahl auf 94 Staaten erhöht, die ca. 37,1% der Emissionen aller Industrieländer von 1990 auf sich vereinen. Damit ist auch die zweite Hürde, die eine Repräsentanz von 55% dieser Emissionen erforderlich macht, in greifbare Nähe gerückt. Es fehlt nur noch das „Ja“ von Russland, damit eines der umfangreichsten Regelwerke im Umweltvölkerrecht seine Wirkung entfalten kann.¹

Der Klimaprozess tritt damit in eine neue Phase. Zukünftig geht es nicht mehr in erster Linie um die Ausgestaltung des KP, sondern um dessen Umsetzung auf nationalstaatlicher Ebene. Im internationalen Kontext treten darüber hinaus in zunehmenderem Maße wieder längerfristige Erwägungen in den Vordergrund:

wie können zeitlich über die bisherigen Vereinbarungen hinausreichende Klimaschutzabkommen gestaltet sein.

Personelle Erneuerung

Diese Zäsur in der internationalen Klimapolitik war auf der 16. Sitzung der Nebenorgane der Klimarahmenkonvention (SB 16) in Bonn (Juni 2002) immer wieder bemerkbar. Die Verhandlungen waren zum Teil geprägt von Suchbewegungen einzelner Staaten nach neuen Zielsetzungen – das Earth Negotiation Bulletin stellte gar eine „crisis of identity“ der Verhandlungen fest.

Der Beginn einer neuen Ära im klimapolitischen Verhandlungsprozess läßt sich schon an der personellen Fluktuation nachvollziehen – die wichtigsten Posten im Klimaregime wurden neubesetzt. Mit Michael Zammit Cutajar nahm einer der zentralen Figuren des letzten Verhandlungsjahrzehnts Abschied und übergab die Leitung des UN-Klimasekretariats an Joke Waller-Hunter.² Auch der Vorsitz der beiden Nebenorgane der Konvention (SBSTA/SBI) wechselte: die SBSTA-Verhandlungen werden zukünftig vom Isländer Halldor Thorgeirsson geleitet, die des SBI von Raul Estrada-Oyuela, einem der Väter des Kyoto-Protokolls und ehemaliger Leiter der argentinischen Verhandlungsdelegation. Darüber hinaus gab es bereits im Vorfeld von SB 16 einen Wechsel des Führungspersonals beim IPCC – auch dies eine zumindest mittelbar für die Verhandlungen bedeutsame Veränderung.³

Argumente der Wissenschaft weiter als treibende Kraft?

Die Sitzung des SBSTA behandelte als wichtigsten Tagesordnungspunkt, wie mit den Ergebnissen des Dritten Sachstandsberichts des IPCC (Third Assessment Report – TAR), die im letzten Jahr veröffentlicht wurden, zu verfahren sei. Eine informelle Arbeitsgruppe, der auch NRO-Vertreter beiwohnten, befasste sich daher mit der Frage, ob und inwiefern die fünfjährige Arbeit von hunderten der führenden Wissenschaftler als Basis für politisches Handeln dienen sollte (vgl. www.germanwatch.org/rio/sb16kber.htm#USA). Dabei ging es nicht zuletzt darum, inwiefern die Ergebnisse des TAR Schlussfolgerungen für die Interpretation der in Artikel 2 der Klimarahmenkonvention formulierten „gefährlichen anthropogenen Störung des Klimasystems“ zulassen. Eine Operationalisierung dieser zentralen Zielsetzung des Klimaregimes hätte unmittelbaren Einfluß auf die Fortentwicklung der Emissionsziele in weiteren Verpflichtungsperioden nach 2012. Es ging also nicht nur um die Anerkennung der TAR-Ergebnisse, sondern vielmehr auch um erste Elemente einer Agenda für die Fortentwicklung des Klimaregimes.

Insbesondere Saudi Arabien, aber auch die USA, Russland und China versuchten, politikrelevante Schlussfolgerungen aus dem Bericht zu verhindern oder aber zumindest zu verzögern. Bemerkenswert ist dabei das Verhalten der USA: im Gegensatz zu den Aussagen ihres Präsidenten G.W. Bush, an einer Ver-



ringung der bestehenden wissenschaftlichen Unsicherheiten zu arbeiten, setzen sie sich in Bonn dafür ein, die Wissenschaft von den Klimaverhandlungen fern zu halten. Erfreulich und unerwartet war hingegen die konstruktive Rolle von Australien und insbesondere Kanada. Die von Klimaänderungen besonders bedrohten kleinen Inselstaaten (vertreten durch die Seychellen und Samoa) drangen verständlicherweise noch viel mehr.

Ein erst während der letzten Nacht erzielter Kompromiss wurde schließlich ohne Widerspruch angenommen. Dieser beinhaltet u.a. eine Aufforderung an die Vertragsparteien, bis Januar 2003 Stellungnahmen zur Verhandlungsrelevanz des TAR abzugeben. Dies bedeutet zum einen, dass eine Befruchtung des Klimaverhandlungsprozesses durch die Wissenschaft auch in Zukunft möglich ist und sich Saudi Arabien & Co. nicht durchgesetzt haben, verhindert allerdings zum anderen, dass erste Schlußfolgerungen bereits beim nächsten Klimagipfel in Neu Delhi ist (CoP 8, Oktober/November 2002) gezogen werden können. Ein wesentlicher Nachteil für die von verschiedener Seite geplanten Initiativen, den Diskussionsprozess über zukünftige Verpflichtungsperioden bereits auf CoP 8 in Gang zu bringen.

Neue Schlupflöcher und zarte Fortschritte

SBSTA musste sich darüber hinaus mit dem Anliegen Kanadas befassen, Emissionsgutschriften über jährlich bis zu 70 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente für „business as usual“-Energieexporte zu verlangen, die an anderer Stelle (vermeintlich) Treibhausgasemissionen einsparen. Ginge man auf diese der systematischen Anlage des Protokolls widersprechende Forderung ein, würde damit ein Fass ohne Boden aufgemacht. Könnte doch so etwa auch Deutschland Gutschriften dafür verlangen, dass es Pkw in die USA exportiert, die weniger emittieren als die dort produzierten Fahrzeuge. Der Phantasie wären keine Grenzen mehr gesetzt. Der Vorschlag wurde insbesondere von Russland unterstützt, die darin ein weiteres Potenzial sehen, ihre Emissionsguthaben auszubauen. Von den meisten Staaten wurde diese Initiative Kanadas jedoch durchweg abgelehnt, insbesondere die G77 und China sprachen sich – vorgetragen von Saudi Arabien(!) – auf das Heftigste mit elf wohlüberlegten und zutreffenden Gründen dagegen aus. Um den Ratifikationsprozess in Kanada jedoch nicht

unnötig zu gefährden, einigte man sich schließlich auf eine erneute Diskussion dieses Themas auf CoP 8.⁴

Hinsichtlich der Modalitäten für die Anrechenbarkeit von Senken im Rahmen von CDM-Projekten, einem der letzten in Marrakesch offen gelassenen Punkte für die Implementierung des KP, wurde sich unter deutscher Verhandlungsleitung auf ein Arbeitsprogramm geeinigt, dass einen Beschluß auf CoP 9 vorbereiten soll. Die unterschiedlichen politischen Positionen zur Einbeziehung von Senken, die bereits zum Scheitern des Klimagipfels von den Haag (2000) führten, brachen wieder hervor. Auch hier tat sich Kanada (im Bund mit Rußland und Japan) mit einem Vorschlag, das Basisjahr für Senkenprojekte von 1990 auf 1999 zu verlegen (um entsprechend mehr Flächen berücksichtigen zu können), negativ hervor.

Unter dem SBSTA-Tagesordnungspunkt „Kooperation mit relevanten internationalen Organisationen“ landete die EU einen wahrhaften Coup. Sie macht eine Wortmeldung zum internationalen Flugverkehr, der bisher durch das Kyoto-Protokoll nicht erfasst wird, in der sie einen Alleingang ankündigte, falls auf internationaler Ebene nicht endlich Fortschritte erzielt werden würden. Kein Land war auf das Vorpreschen der EU vorbereitet, so dass der EU-Beitrag der einzige zum Flugverkehr blieb. Es bleibt abzuwarten, wie die EU mit dem Beschluss, dieses Thema erst im nächsten Jahr wieder auf die Tagesordnung zu nehmen, umgehen wird.

Was ist und was muss geschehen?

In seiner neuen Funktion als SBI-Vorsitzender verwies Raul Estrada-Oyuela mit Vehemenz auf die Besorgnis erregende Emissionsentwicklung in den Industrieländern während der 1990er Jahre, nicht ohne zu anzumerken, dass er – mit dem Hinweis auf die Verlängerung der Kohlesubventionen in der EU – die Logik gewisser politischer Beschlüsse nicht verstände. Insgesamt sind die Treibhausgasemissionen der Industrieländer nach der von Estrada vorgelegten Zusammenstellung von 1990 bis 1999 um 7,6 % zurückgegangen. Doch dahinter verbirgt sich eine sehr uneinheitliche Entwicklung: In den Ländern Osteuropas sanken die Emissionen um 40,5 %, während sie in den OECD-Staaten um 6,6 % zunahm.⁵ Insbesondere im Lichte der in der Klimarahmenkonvention enthaltenen Aufforderung an jedes einzelne Industrieland, seine Treibhausgasemissionen auf dem Niveau von 1990 zu stabilisieren, ist dies eine mehr

als bedenkliche Entwicklung. Diese Emissionsdaten offenbaren einmal mehr die Notwendigkeit, nun endlich mit der Implementation der international vereinbarten Pflichten zu beginnen – und genau das wollte Estrada zum Ausdruck bringen. Man darf gespannt sein, mit welchen Maßnahmen die Staaten eine Kehrtwende bis zum 1. Januar 2006 einleiten, wenn es für jedes Land gilt, in einem ausführlichen Bericht die Fortschritte bei der Erfüllung der Kyoto-Pflichten darzulegen. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der ungenügenden ökologischen Effektivität der bisher im Kyoto Protokoll verankerten Emissionsziele müssen jedoch gleichzeitig Verhandlungen und Diskussionen um den „Post-Kyoto/Marrakesch-Prozess“ initiiert werden. Wie soll, wie muss eine internationale Klimaschutzvereinbarung jenseits des bisher regulierten Zeitrahmens aussehen? Neben drastischen Rückführungen der Emissionen aus den westlichen Industrieländern muss auch die Abmilderung der nicht mehr zu vermeidenden Folgen des Klimawandels in den Ländern des Südens Gegenstand der Verhandlungen sein. Es geht um nicht weniger als das Neu- und Überdenken internationaler klimapolitischer Solidarität zwischen Nord und Süd. Dieses Projekt anzugehen, muss auf CoP 8 in Neu Delhi begonnen werden.

Manfred Treber, Bernd Brouns

Manfred Treber ist Klima- und Verkehrsreferent bei GERMANWATCH; Bernd Brouns ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Klimapolitik des Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie; beide sind Koordinatoren der AG Klima des Forum Umwelt & Entwicklung

- 1 Eine kritische Kommentierung des letzten Jahrzehnts internationaler Klimadiplomatie bieten Brouns, Bernd und Manfred Treber (2002): Paradedferd mit bleiernen Füßen. Internationaler Klimaschutz und die Umsetzung in Deutschland. Bonn: Forum Umwelt & Entwicklung, 24 S. http://www.rio-10.de/rioprozess/bilanzpapiere/bilanzpapier_klima.pdf
- 2 Mehr zur neuen Leitung des UN-Klimasekretariats findet sich in Brinkmüller, Monika (2002): Neue Chefin im Klimasekretariat. Joke Waller-Hunter wechselt von der OECD nach Bonn. Rundbrief 1/2002, 20.
- 3 Einen Bericht über die Hintergründe des Wechsels im IPCC-Vorsitz bietet Treber, Manfred (2002): Entwicklungsländer stellen erstmals Vorsitzenden des IPCC. Ergebnisse der XIX. Plenarsitzung des IPCC im April in Genf. Rundbrief 2/2002, 30-31.
- 4 Für die Position des Climate Action Networks (CAN) zum kanadischen Vorschlag vgl. CAN (2002): Canada's Trojan Horse: „Cleaner Energy Export Credits“. <http://www.climnet.org/pubs/CAN-TrojanHorse.pdf>
- 5 Alle Emissionszahlen aus FCCC (2002): National Communications from Parties included in Annex I to the Convention. Consideration of the reviews of national communications from parties included in Annex I to the Convention. FCCC/SBI/2002/3, 3 April 2002.

WestLB-Pipeline in Ecuador

Schallende Ohrfeige vom "Papst der Weltbank-Standards"

Die von der WestLB maßgeblich finanzierte OCP-Ölpipeline in Ecuador verstößt massiv gegen die wichtigsten Umwelt- und Sozialstandards der Weltbank. Das ist das Ergebnis der ersten unabhängigen Umweltstudie zu dem Projekt, die am Freitag von „Rettet den Regenwald“ und „Urgewald“ in Düsseldorf vorgestellt wurde.

Die Untersuchung des Pipeline-Projekts habe „substantielle Nichtübereinstimmung mit allen vier zutreffenden Sozial- und Umweltstandards der Weltbank ergeben“, so das Gutachten. Autor ist der Kanadier Dr. Robert Goodland, der international als „Papst der Weltbank-Standards“ gilt. Der promovierte Tropenökologe war über 25 Jahre lang Umweltexperte bei der Weltbank und hat dort die wichtigsten Umwelt- und Sozialstandards selber erarbeitet und formuliert. Goodland wurde 2001 pensioniert und ist seitdem als unabhängiger Umweltgutachter tätig. Im August 2002 hat er das OCP-Projekt in Ecuador untersucht.

Anlass für das Goodland-Gutachten war die Behauptung der WestLB, bei dem Pipelinebau würden die Weltbank-Standards eingehalten. Nach ersten kritischen Medienberichten und scharfen Protesten von Dutzenden Umweltorganisationen weltweit hatte sich die Düsseldorfer Bank im August 2001 hundertprozentig festgelegt: „Unabdingbare Voraussetzung jeglichen Finanzierungsengagements der WestLB ist die Einhaltung der Umweltstandards der Weltbank“, erklärte sie damals öffentlich.

Das jetzt erarbeitete Gutachten ist eine schallende Ohrfeige für die WestLB. Die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) zur Pipeline habe es versäumt, nach der Route mit den geringsten Schäden zu suchen, fand Goodland heraus.

Pipeline löst neue Ölproduktion aus

In seinem Gutachten kommt Robert Goodland zu dem Schluss, die Pipeline löse eine massive neue Ölproduktion im Amazonas aus. Die gravierendsten sozialen und ökologischen Auswirkungen werde das Projekt für ethnische Minderheiten, die tropischen Regenwälder und die Armen haben. Goodland geht davon aus, dass das Projekt die ohnehin katastrophale Situation in den Ölfördergebieten enorm verschärfen wird. Insbesondere



Foto: Klaus Schenck/Rettet den Regenwald e.V. 2002

Auf einer OCP-Pipelinebaustelle im Amazonasregenwald nahe Lago Agrio

re die Indianervölker des Amazonas würden ihres Landes und ihrer Ressourcen beraubt und schweren Gesundheitsgefahren ausgesetzt. Der Grund seien die Verseuchung von Wasser, Böden und Luft durch Ölabfälle.

„Wer dieses Gutachten ignoriert, geht über Leichen“, kommentierte Werner Paczian, Pressesprecher von „Rettet den Regenwald“. Goodland habe nachgewiesen, „dass die WestLB-Pipeline direkt Menschen in Ecuador bedroht und zu katastrophalen Umweltzerstörungen führen wird.“ Deswegen müsse die Düsseldorfer Bank sofort aus dem Projekt aussteigen.

Das von „Rettet den Regenwald“ und „Urgewald“ initiierte Gutachten wurde von Greenpeace, dem entwicklungspolitischen „Institut Südwind“ sowie mehreren amerikanischen und italienischen NROs und den drei größten italienischen Gewerkschaften unterstützt. Diese fordern seit geraumer Zeit die italienische Bank BNL auf, aus dem von der WestLB angeführten OCP-Bankenkonsortium auszustiegen.

WestLB muss sich von Pipeline verabschieden

„Die Entscheidung des seit Monaten in dieser Frage ängstlich herum eiernden Clement ist nun gefragt,“ fordert Greenpeace-Urwaldexperte Martin Kaiser. „Weiter paktieren mit dem korrupten Ölkonsortium oder den WestLB-Kredit

zurückziehen lassen im Sinne eines zukunftsfähigen Klima- und Urwaldschutzes.“ Für Irene Knoke von „Südwind“, die sich seit Jahren mit der Schuldenproblematik in Ecuador beschäftigt, beweist das Gutachten, dass wieder einmal die Ärmsten die Folgen für diesen gravierenden Fehltritt zu tragen haben. „Die Ausweitung der Ölproduktion dient auf Drängen des Internationalen Währungsfonds der Tilgung des völlig untragbaren Schuldendienstes. Statt diese Schulden zu erlassen, werden mit dem Projekt die Fehler alter Regierungen erneut auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen.“ Die NROs, die das Gutachten in Auftrag gegeben haben, fordern die WestLB auf, endlich die Bestimmungen ihres eigenen Kreditvertrages mit OCP ernst zu nehmen. Die WestLB hatte mehrfach bestätigt, dass im Falle einer Verletzung von Weltbankstandards durch ihren Vertragspartner eine so genannte Vorfälligkeitsklausel in Kraft tritt. Konkret heißt das, dass keine weiteren Kreditraten überwiesen werden und bereits gezahlte umgehend zurück gefordert werden müssen. „Mit dem Gutachten von Dr. Goodland ist die massive Verletzung von Weltbankstandards durch OCP nun aktenkundig. Wenn die WestLB weiterhin als seriöse Geschäftsbank gelten will, muss sie sich aus diesem Projekt verabschieden“, sagt Schücking.

Urgewald/ Rettet den Regenwald



Veranstaltungen/Termine

Das Gold der Zukunft? Wasserversorgung und Privatisierung im Südlichen Afrika und in Deutschland

Seminar

4. – 6. Oktober 2002

CJD, Bonn

Rund 1,2 Milliarden Menschen weltweit haben keinen gesicherten Zugang zu sauberem Trinkwasser. Auch im südlichen Afrika ist die Frage, wie allen Menschen Zugang zu sauberem und bezahlbarem Trinkwasser ermöglicht werden kann, von zentraler Bedeutung. Wasserversorgung und die Tendenz, diese Dienstleistung zu privatisieren, ist weltweit bereits seit einigen Jahren zu beobachten. Allerdings stellt sich die Frage des Zugangs zu und die-Bezahlbarkeit von Wasser für uns weniger eindringlich als für die meisten Menschen im südlichen Afrika. Viele Initiativen, Projekt- und Partnerschaftsgruppen, die mit Partnern im südlichen Afrika und anderen Teilen der Welt zusammenarbeiten, haben mit der Trinkwasserversorgung sicherlich eigene konkrete Erfahrungen gemacht oder sind zumindest mit der Frage der Wasserversorgung in Berührung gekommen. Ausgehend von diesen Entwicklungen bietet das Seminar die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch, zur Information und zur Vernetzung von Projekt- und Partnerschaftsgruppen, Initiativen und Vereine. Tagungsbeitrag inkl. Vollverpflegung und DZ: 25 €

Informationen:

Koordination Südliches Afrika (KOSA e.V.)

August-Bebel-Str. 62

33602 Bielefeld

Tel.: 0521-9864851

Fax: 0521-63789

E-Mail: kosa@kosa.org

Give me Hope, Jo'anna? Auswertung des Weltgipfels zu nachhaltiger Entwicklung aus Genderperspektive

Fachgespräch

9. Oktober 2002

Haus der Ev. Kirche, Bonn

Nach der weitgehenden Ergebnis- und Erfolglosigkeit der Vor-

bereitungstreffen waren die Erwartungen an den Weltgipfel zu nachhaltiger Entwicklung in Johannesburg gering. Trotzdem wollten Frauenorganisationen erneut die Chance wahrnehmen, durch Lobbying die Regierungsverhandlungen zu beeinflussen und das NGO-Forum für Diskussionen zur Strategieentwicklung und Vernetzung zu nutzen. Die im Umfeld der Rio-Konferenz formulierten Leitorientierungen – eine neue Ethik des Wirtschaftens und des Umgangs mit der Natur, die Wahrung biologischer und kultureller Vielfalt, Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd, Geschlechtergerechtigkeit und Demilitarisierung – haben bis heute nichts an ihrer Aktualität eingebüßt.

Das Fachgespräch soll aus geschlechterpolitischer Sicht eine erste Bewertung der Johannesburg-Konferenz vornehmen. Dabei soll es u.a. darum gehen, inwieweit Forderungen der internationalen Frauenbewegung wie die Women's Action Agenda 2015 in das Abschlussdokument von Johannesburg eingegangen sind. Welche Themen haben Frauenorganisationen auf dem NGO-Forum auf ihre Tagesordnung gesetzt? Welche Strategien identifiziert? Die Lobby- und Advocacy-Aktivitäten von Frauenorganisationen vor und während der Konferenz sollen ausgewertet werden, um daraus Lehren für weitere strategische Planungen formulieren zu können. Tagungsbeitrag: 5 €

Informationen:

NRO-Frauenforum

Angela König

Moserstr. 10

70182 Stuttgart

Fax: 0711-2394124

E-Mail: angela.koenig@arcor.de

www.nro-frauenforum.de

Mit Verbrauchermacht zur Nachhaltigkeit

Strategieworkshop

9. - 10. Oktober 2002

Ev. Akademie Bad Boll

Mehr und mehr wird deutlich, dass der private Konsum und der damit verbundene vielfältige Res-

ourcenverbrauch die Achillesferse einer angestrebten nachhaltigen Entwicklung ist. Den Konsumenten kommt eine Schlüsselrolle auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit zu.

Um Verbraucherschutz und Verbraucherinformation wird politisch gerungen, aber noch fehlt es an einem breiten Bündnis von Verbraucherverbänden, umwelt- und entwicklungspolitischen Gruppen, sich bewusst an die Gruppe der Verbraucher zu wenden, um über Mobilisierung von Öffentlichkeit wie auch verändertes Konsumentenverhalten Politik und Wirtschaft zu mehr praktischer Nachhaltigkeit zu bewegen. Wie erfolgreich kann eine derartige Strategie sein, auf welche Instrumente sollte sie setzen? Lassen sich Verbraucher für eine nachhaltige Entwicklung gewinnen und wie kann skandalorientiertes Kurzzeitgedächtnis zu mehr dauerhafter Konsumentensouveränität aktiviert werden? Wie lässt sich Verbrauchermacht politisch wirkungsvoll organisieren?

Der Workshop bietet die Gelegenheit im Interesse eines zukunftsfähigen Deutschland – zeitlich nahe am Abschluss des Johannesburg-Gipfels – unter VertreterInnen von NROs Strategien zur Organisation von Verbrauchermacht zu entwickeln und zu Ansätzen von Kooperation und Aktion zu kommen.

Informationen:

Ev. Akademie

Carmen Ketterl

73087 Bad Boll

Tel.: 07164-79270 vorm.

Fax: 07164-795270

E-Mail: carmen.ketterl@ev-

akademie-boll.de

Sozialethische Aspekte der Biopatentierung

Fachtagung

10. – 11. Oktober 2002

Universität Tübingen

Im Zuge der Entwicklung der modernen Biotechnologie zu einer Schlüsseltechnologie wurde das Patentrecht als wirtschafts- und forschungspolitisches Instrument auch auf den Bereich der beleb-

ten Natur ausgedehnt. Diese Entwicklung stößt unter ethischen Aspekten jedoch vielfach auf Bedenken – zahlreiche Fragen werden kontrovers diskutiert: Bedeutet die Patentierung von Genen eine Kommerzialisierung des menschlichen Körpers? Kann im Bereich des Lebendigen überhaupt sinnvoll von Erfindung gesprochen werden, was für die Erteilung von Patenten erforderlich ist? Können transgene Tiere patentiert werden, obwohl neue Rassen nicht patentiert werden dürfen und alte nicht erfunden sind? Sind die Privilegien (der Forscher, der Züchter) ausreichend, um Monopolisierungen zu verhindern? Derartige Fragen wurden auch durch die EU-Richtlinie über den rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen aus dem Jahr 1998 nicht abschließend geklärt. Die Tatsache, dass diese Richtlinie in verschiedenen europäischen Ländern bislang nicht umgesetzt wurde, zeigt zudem, dass auch auf rechtlicher Ebene noch ein erheblicher Klärungsbedarf besteht.

Informationen:

IZEW

Christoph Baumgartner

Keplersr. 17

72074 Tübingen

Tel.: 07071-2977982

E-Mail: christoph.baumgart-

ner@uni-tuebingen.de

www.izew.uni-tuebingen.de

Die flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls – ihre Umsetzung und Akzeptanz

Neues UmweltForum 2002

15. Oktober 2002

Galerie, LB Stuttgart

Die Europäische Union und damit auch die Bundesrepublik Deutschland haben das Kyoto-Protokoll ratifiziert. Die EU hat darüber hinaus am 23. Oktober 2001 einen Richtlinienentwurf über einen Rahmen für den Handel mit Treibhausgasemissionen in der Europäischen Gemeinschaft vorgelegt. Trotz dieser eindeutigen Signale bleiben die Umsetzung und Gestaltung der flexiblen Mechanismen und insbesondere des Emissionshandels in den gesell-



schaftlichen Gruppen in Deutschland weiter umstritten. So konnte eine Annäherung der unterschiedlichen Positionen zur Ausgestaltung des Emissionshandels bisher noch nicht erreicht werden. Die Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen e.V. (AGU) bietet hierzu mit dem Neuen Umwelt-Forum 2002 ein Forum für eine umfassende Informationsvermittlung und für einen sachlichen und konstruktiven Meinungs-austausch. Vertreter aller gesellschaftlichen Gruppen erhalten die Möglichkeit, sich zu informieren, ihre Positionen darzustellen und miteinander Ansätze für eine Annäherung der unterschiedlichen Positionen zur Ausgestaltung des Emissionshandels und anderer flexibler Mechanismen des Kyoto-Protokolls zu erarbeiten.

Informationen:

AGU e.V.
Stralauer Platz 33-34
10243 Berlin
Tel.: 030-3434659-0
Fax: 030-3434659-13
info@ag-umweltfragen.de
www.ag-umweltfragen.de

WTO macht Hunger

Seminar
18. – 19. Oktober 2002
Kassel

Auf der Erde hungern mehr als 800 Mio. Menschen. Dabei werden genügend Nahrungsmittel für alle produziert. Statistisch stehen heute weltweit pro Kopf 15% mehr Nahrung zur Verfügung als noch vor 20 Jahren. Obwohl der internationale Handel mit Nahrungsmitteln noch schneller wächst als die Produktion, ist der Hunger geblieben. Im Gegenteil: Die Regeln der Welthandelsorganisation WTO bedrohen die Ernährungssicherheit weltweit. Das Seminar bietet eine Möglichkeit, sich mit dem WTO-Agrarabkommen und seinen Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern auseinanderzusetzen. Wie funktioniert die WTO? Was ist der aktuelle Stand der Verhandlungen? Welche Regeln müsste man ändern, um die Ernährungssicher-

heit zu vergrößern statt sie zu untergraben? Den Beispielen der unfairen Regeln im Weltagrarhandel wird die Vision einer globalen Agrarwende und der konkrete Vorschlag einer „development box“ im WTO-Agrarabkommen entgegen gestellt. Das Seminar bietet zudem Anregungen, das Thema auf lokaler Ebene weiterzubehandeln.

Das Seminar ist Teil der Initiative „Ernährung sichern – für eine globale Agrarwende“ von Germanwatch, FIAN und Weltladen-Dachverband. Es wendet sich an alle Interessierten - Vorkenntnisse sind nicht erforderlich. Tagungsbeitrag inkl. Übernachtung und Verpflegung: 20 €.

Informationen:

Weltladen-Dachverband
Hindenburgplatz 2
55118 Mainz
Tel.: 06131-68907-80
Fax: 06131-68907-99
E-Mail: info@weltlaeden.de
www.weltlaeden.de

Nachhaltige Entwicklung und Innovation im Energiebereich

Präsentation

21. Oktober 2002
Landesvertretung Rheinland-Pfalz, Berlin

Fast alle Energiezenarien stützen sich auf Trends, die auf ein enormes Wachstum des Energiebedarfs in den nächsten Jahrzehnten hinauslaufen. Auf internationalen Konferenzen beschäftigt man sich indes mit dem Gegenteil: Einer massiven Verringerung der Treibhausgasemissionen, vor allem der durch den Verbrauch von Energie verursachten CO₂-Emissionen. Experten verweisen auch auf das politische Risiko der Abhängigkeit vom Erdöl und die Erschöpflichkeit von Ressourcen. Wie soll diese Kluft überbrückt werden? Wie lässt sich das bestehende Energiesystem nachhaltiger gestalten? Die Hoffnungen richten sich vor allem auf den technischen Fortschritt und Innovationen.

Die von der Projektgruppe der Europäischen Akademie vorgelegte Studie führt wirtschaftswissen-

schaftliche, juristische, naturwissenschaftliche und philosophische Kompetenzen im Hinblick auf derartige Vorschläge zusammen. Die strategisch gebündelten Handlungsempfehlungen berücksichtigen die vielfältigen Zielkonflikte umwelt- und energiepolitischen Handelns und werden durch Implementierungsvorschläge ergänzt.

Informationen:

Europäische Akademie GmbH
Wilhelmstr. 56
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler
Tel.: 02641-973313
Fax: 02641-973320
europaeische.akademie@dlr.de
www.europaeische-akademie-aw.de

Die Zukunft der Weltläden sichern

Seminar
25. – 26. Oktober 2002
Ökumenische Werkstatt,
Wuppertal

Der Erfolg des fairen Handels basiert auf der Arbeit und dem unermüdlichen Einsatz von ehrenamtlichen Mitarbeitenden in Eine-Welt-Läden und Fair Handels Initiativen. Jedoch die Erfahrung zeigt, dass es immer schwieriger wird, neue Mitarbeitende, als „Nachwuchs“ zu gewinnen. Mit diesem Problem setzt sich die wissenschaftliche Studie „Die Zukunft der Weltläden sichern“ auseinander, die im Rahmen einer Forschungsarbeit an der Universität Essen entstanden ist. Das Seminar möchte zusammen mit der Autorin der Studie, den MitarbeiterInnen aus den Weltläden und anderen kompetenten GesprächspartnerInnen aus dem Netzwerk des Fairen Handels (u.a. Weltladen-Dachverband und Gepa) die angebotenen Folgerungen diskutieren und Strategien und Hilfen für die Gewinnung von Mitarbeitenden erarbeiten. Tagungskosten inkl. DZ und Verpflegung: 20 €.

Informationen:

Ökumenische Werkstatt VEM
Christel Ossé
Missionstr. 9
42285 Wuppertal

Tel.: 0202-89004210
Fax: 0202-89004240
oewe-wup@vemission.org

Marktwirtschaftliche Instrumente für den Klima- und Ressourcenschutz

Symposium
28. – 30. Oktober 2002

Ev. Akademie Loccum
Aufgrund einer Initiative der EU hat – im Rahmen der generellen Diskussion um eine nachhaltige, insbesondere ökologische, Reform der staatlichen Wirtschaftssteuerung – neuerds die Debatte um die Einführung handelbarer Lizenzen für die Emission von Treibhausgasen zentrale Bedeutung gewonnen. Nach Schätzungen der Versicherungsbranche könnte hieraus schon bald ein internationaler Markt mit rund 100 Milliarden Euro Umsatz im Jahr wachsen. Gemeinsam mit Industrieverbänden hat vor diesem Hintergrund die IG BCE unter dem Titel „Zertifikathandel für CO₂-Emissionen auf dem Prüfstand“ eine wissenschaftliche Studie anfertigen lassen. Deren Ergebnisse werden auf dem Symposium präsentiert und ihrerseits auf den Prüfstand gestellt.

Informationen:

Ev. Akademie Loccum
Frau Daniel
PF 2158
31545 Rehburg-Loccum
Tel.: 05766-810
Fax: 05766-81900
ilse-marie.schwarz@evlka.de
www.loccum.de

Forum Bioenergie in NRW

Tagung
29. - 30. Oktober 2002

Haus Villigst, Schwerte
Die Nutzung nachwachsender Rohstoffe zur Energiegewinnung stärkt die Wirtschaftskraft v.a. ländlicher Räume. Entlang regionaler Wertschöpfungsketten entstehen neue Einkommensquellen und Arbeitsplätze. Ökologische, ökonomische und soziale Aspekte nachhaltiger Entwicklung verbinden sich damit auf fast ideale Weise. Im Gegensatz zu anderen



Bundesländern steht die Nutzung von Bioenergie in NRW erst am Anfang. Trotz guter Perspektiven, zahlreicher Unterstützungsangebote und vielfältiger Förderprogramme steht die Energiewende zur Biomasse noch bevor. Diese Tagung will praktische Hilfen zur Produktion, Einsatz und Vermarktung von Energie aus Biomasse geben. Die Schwerpunkte sind dabei die Bereiche Holz, Pflanzenöl und Biogas. Kompetente Referenten informieren über Technik, Projektmanagement und Finanzierung der Bioenergieproduktion. Thematische Arbeitsgruppen vertiefen die Themen und ermöglichen einen intensiven praxisorientierten Austausch. Im Gespräch mit Vertretern der Landesregierung werden darüber hinaus Chancen, Hemmnisse und agrar- und energiepolitische Rahmenbedingungen der Bioenergieproduktion diskutiert. Am Ende steht dann die Vernetzung. U.a. stellen sich zwei konkrete Projekte vor: das östliche Ruhrgebiet und das Projekt „Bioenergie-Netzwerk-Ostwestfalen-Lippe“.

Informationen:
Institut für Kirche und Gesellschaft der EKvW
Umweltreferat
Pfr. Klaus Breyer, Margrit Püster
Tel.: 02371-352-187
Fax: 02371-352-169
E-Mail: m.puester@kirchundgesellschaft.de

Kommunikation in und mit Netzwerken

Workshop
01. November 2002
Europäische Akademie, Berlin
Im Umweltschutz und der nachhaltigen Stadtentwicklung haben formelle und informelle Netzwerke Konjunktur. Daher gebührt der Kommunikation zwischen Akteuren und auf Veranstaltungen besondere Aufmerksamkeit. Der Workshop will vermitteln, wie effiziente Kommunikationsstrukturen geschaffen werden können, wie Prozesse in Gang gehalten oder intensiviert werden können und wie die Ergebnisse unter-

schiedlicher Kommunikationsprozesse abschließend gebündelt werden können. Die Themen sind u.a.: Filz oder Netzwerk? Koordination, Prozesssteuerung und Moderation von Netzwerken – drei Rollen in einer komplexen Aufgabe. Netzwerktypen und Veranstaltungsformen – welches Problem erfordert welches Instrument? Motivation und Auswahl von TeilnehmerInnen. Bündelung der Themenvielfalt durch Arbeitsgruppen. Tagungsbeitrag inkl. Verpflegung und Materialien: 70/40 (erm.) €

Informationen:
Europäische Akademie für städtische Umwelt
Bismarckallee 46/48
14193 Berlin
Fax: 030-89599919
E-Mail: am@eaue.de

Soja – so nein!? Handlungsperspektiven für einen nachhaltigen Sojahandel

Tagung
6. – 8. November 2002
Ev. Akademie Loccum
Der preiswerte Import von Sojaschrot als Futtermittel ermöglichte die Entstehung einer intensiven Tierveredelung in Deutschland – insbesondere in Niedersachsen. In Brasilien werden heute 48 Millionen Tonnen Sojabohnen geerntet – gegenüber 27 Millionen Tonnen 1996/97. Das Ziel des Dialogprojekts Soja ist die nachhaltige Gestaltung des Stoffstroms Soja von Brasilien bis Niedersachsen und die Initiierung eines Runden Tisches über den Projektverlauf hinaus. Das Projekt besteht seit fast 3 Jahren. Durchgängige Themen sind u.a. der Einsatz der Gentechnologie, die Auswirkungen des Sojaanbaus im Norden Brasiliens, die Zertifizierung von ökologisch angebauten und konventionellen Sojabohnen, die Agrarwende in Deutschland und die Marktchancen für brasilianische Produkte.

Auf dieser Tagung sollen die unterschiedlichen Akteure entlang des Stoffstromes Soja ihre Sicht der Probleme schildern und Perspektiven aufzeigen. Ziel ist es,

einen Stoffstrom Soja von Brasilien bis Deutschland zu gestalten, der das Prädikat „Soja – dann so“ verdient. Tagungssprachen sind deutsch/portugiesisch – simultan.

Informationen:
Ev. Akademie Loccum
Frau Buhr
PF 2158
31545 Rehburg-Loccum
Tel.: 05766-810
Fax: 05766-81900
E-Mail: karin.buhr@evlka.de
www.loccum.de

Wasserrahmenrichtlinie und Naturschutz

Seminar
9. November 2002
Runtingerhaus, Regensburg
Die Fachtagung findet im Einzugsgebiet der Donau statt. Besondere Schwerpunkte sind Naturschutz, Hochwasservorsorge und regionale Bezüge zur Donau und ihren Nebenflüssen. Die Veranstalter, die Grüne Liga, der Landesbund für Vogelschutz und der Bund Naturschutz Bayern wollen das Instrumentarium der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) vermitteln sowie Beteiligungsmöglichkeiten für die Verbände aufzeigen und diskutieren.

Informationen:
Landesbund für Vogelschutz
Kornstr. 10
86391 Leitershofen
Tel.: 0821-4397051
Fax: 0821-4397052
E-Mail: u-lorenz@lbv.de

Naturschutz - (Aus-)Löser von Konflikten?

Podiumsdiskussion/Fachtagung
25. – 27. November 2002
Berlin
Diese Fachtagung der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Bundesamt für Naturschutz setzt sich mit der Rolle des Naturschutzes in der Krisenprävention auseinander. Diskutiert wird mit TeilnehmerInnen aus Politik, Nichtregierungsorganisationen und internationalen Organisationen. Der 1. Tag ist als öffentliche Podiumsdiskussion angesetzt und findet im Umweltfo-

rum Berlin statt. Die Fachkonferenz findet am 26. und 27. November in der Galerie der Heinrich-Böll-Stiftung Berlin statt.

Informationen:
Heinrich-Böll-Stiftung
Michaela Birk
Tel.: 030-28534-307
Fax: 030-28534-109
E-Mail: birk@boell.de
www.boell.de

Kampf um Wasser - Umweltkonflikte als Kriegsursache

Tagung
29. November - 01. Dezember 2002
Ev. Tagungsstätte Haus Ortlohn
Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, gewinnen die Folgen weltweiter Umweltzerstörung als Konfliktursache immer größere Bedeutung. Die Tagung will den nur wenig diskutierten ökologischen Bereich durchleuchten und am Beispiel der weltweiten Trinkwasserversorgung politische Strategien erörtern, die den Weg in eine konfliktarme, soziale- und umweltgerechte Zukunft weisen. Sie will die ökologische Dimension von Konflikten sensibilisieren und im Nachgang zum Weltgipfel von Johannesburg sozial- und umweltgerechte Konfliktlösungsstrategien skizzieren und diskutieren. Mit dem Schwerpunkt „Weltweite Wasserversorgung“ soll auch nach Konsequenzen für die globale Strukturpolitik, aber auch die deutsche Sicherheits-, Umwelt- und Entwicklungspolitik gefragt werden.

Informationen:
Institut für Kirche und Gesellschaft der EKvW
Umweltreferat
Pfr. Klaus Breyer, Margrit Püster
Tel.: 02371-352-187
Fax: 02371-352-169
E-Mail: m.puester@kirchundgesellschaft.de



Publikationen

Ökosteuern - Ökologische Steuerreform als Instrument einer nachhaltigen Entwicklung

In der Broschüre werden in zwei einleitenden Kapiteln zunächst das Konzept der Nachhaltigkeit und die Grundlagen von Ökosteuern dargestellt. In den Kapiteln 3 und 4 werden dann die Grundzüge der gegenwärtigen ökologischen Steuerreform und ihre Wirkungen beschrieben. In Kapitel 5 formulieren die Autoren ihre Kritik an dem bestehenden Reformansatz und unterbreiten Vorschläge zur Weiterentwicklung der Ökosteuer. Im abschließenden Kapitel 6 gehen sie der Frage nach, inwieweit die ökologische Steuerreform ein sinnvolles Instrument einer nachhaltigen Entwicklung ist. Der umfangreiche, zum Teil kommentierte Anhang der Broschüre informiert über aktuelle Literatur und wichtige Internetadressen zum Thema. Herausgeber ist der Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg.

Bezug:
Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. Institut für interdisziplinäre Forschung (FEST), Schmeilweg 5, 69118 Heidelberg
Tel.: 06221/9122-0,
Fax: 06221/167257
E-Mail: stefan.wilhelmy@fest-heidelberg.de,
www.nachhaltigkeit-und-indikatoren.de,
3 €.

Wasser für Umwelt & Entwicklung – Eine Bilanz 10 Jahre nach der Rio-Konferenz

Wasser ist keine unerschöpfliche, sondern eine begrenzte Ressource auf der Erde. Für den Menschen ist eine Welt ohne Wasser unvorstellbar. Der Mensch hat somit im Umgang mit Wasser eine große Verantwortung. Doch überall auf der Welt nehmen die Wasserkrisen zu – in den Ländern des Nordens wie in den Ländern des Südens, in industrialisierten wie in landwirtschaftlich geprägten



Regionen, in wasserarmen wie in wasserreichen Gebieten. Seit Rio gilt: Auch die internationale und nationale Wasserpolitik ist auf das Leitbild der Nachhaltigkeit auszurichten. Das Kapitel 18 der Agenda 21 widmet sich ausführlich dem Thema Schutz und Bewirtschaftung der Süßwasserressourcen.

Aus Sicht der Nichtregierungsorganisationen werden bei wasserpolitischen Zielkonflikten keineswegs Umweltverträglichkeit, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in Einklang gebracht. Statt dem Nachhaltigkeitsprinzip dominieren in der nationalen und internationalen Wasserpolitik immer noch wirtschaftliche Profit- und Wachstumsinteressen.

Bezug:
Forum Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Tel.: 0228-359704
Fax: 0228-92399356
E-Mail: info@forumue.de
www.forumue.de
www.rio-10.de
Einzel Exemplare sind kostenlos, weitere Exemplare kosten pro Stück 1 € zzgl. VK.

Die Desertifikationskonvention (UNCCD) – Eine Orientierungshilfe

Mit dieser Orientierungshilfe für eine Konvention der Vereinten Nationen aus dem Rio-Prozess

soll zu einem besseren Verständnis des Verhandlungsgeschehens hier der Desertifikationskonvention beitragen – nicht zu letzt, weil sich abzeichnet, dass zukünftig immer öfter internationale Verhandlungen zum Thema Desertifikation in Deutschland stattfinden werden. Die Auswahl der Informationen verbindet Grundlagen- und Hintergrundinformationen zum Konventionsprozess mit dem jüngsten Verhandlungsstand nach der 5. Vertragsstaatenkonferenz in Genf im Oktober 2001. Die Orientierungshilfe ist eine Loseblattsammlung und soll auch zukünftig zeitnah auf den Stand der Entwicklungen des internationalen Verhandlungsprozesses gehalten werden. Diese Publikation ergänzt zudem die Informationsmappe Desertifikation, die die AG Desertifikation des Forum Umwelt & Entwicklung vor einiger Zeit erstellt hat, und die die Wechselwirkungen der Entwicklungs- und Umweltprobleme in den Trockenregionen behandelt, die zu Desertifikation führen.

Bezug:
Forum Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Tel.: 0228-359704
Fax: 0228-92399356
E-Mail: info@forumue.de
www.forumue.de
www.rio-10.de
5 € zzgl. VK.

Eine bewohnbare Erde für alle – in der Reihe erschienen: 10 Jahre nach der Rio-Konferenz

Alle Menschen wohnen "irgendwie". Sie brauchen dafür Häuser, Wasser, Versorgung – und all das muss produziert werden. Das Wohnen verbraucht Landschaft, Boden, Energie, öffentliche Finanzen – und all das ist begrenzt. In den Städten ringen Menschen mit sehr unterschiedlichen Einkommen und Einfluss um die Verteilung von Land und Wohnraum – um das Gesicht der Städte. Bewohner leben in Nachbarschaften von Reichen oder Armen – friedlich oder in heftigen Konflikten. Städte und

Siedlungen sind die Basis der Gesellschaft. Aus all diesen Gründen ist es selbstverständlich, dass dem Wohnen und Siedeln eine Schlüsselrolle in der nachhaltigen Entwicklung zukommt.

Dieser einfache Gedanke hat in der UN-Organisation seit 1986 einen kurzen Namen: Habitat. 1996 führte die UN-Habitat-Organisation in Istanbul eine große Weltversammlung durch. Tausende von Bewohnergruppen, Bürgerinitiativen, Stadtplanerverbänden machten Druck auf die versammelten Regierungen. Das Ergebnis war – neben zahlreichen Selbstverpflichtungen der Regierungen – ein Abschlussdokument, die Habitat Agenda. Hierin wurde noch weit deutlicher als in der Agenda 21 die Unverzichtbarkeit unabhängiger Organisationen der Bewohner und die Notwendigkeit von Bewohnerbeteiligung auf allen politischen Ebenen betont. Die Umsetzung lässt jedoch bis heute noch viel zu wünschen übrig.

Diese Broschüre basiert auf einigen dieser Erfahrungen. Sie ist keine Sammlung positiver Erfahrungen, sondern vielmehr ein Aufruf zum eigenen Engagement.

Bezug:
Forum Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Tel.: 0228-359704
Fax: 0228-92399356
E-Mail: info@forumue.de
www.forumue.de
www.rio-10.de
Einzel Exemplare sind kostenlos, weitere Exemplare kosten pro Stück 1 € zzgl. VK.

Livestock Diversity: Keepers' Rights, Shared Benefits and Pro-Poor Policies

Dieser englischsprachige Bericht ist ein Ergebnis des internationalen gleichnamigen Workshops, der während des Welternährungsgipfels im Juni 2002 in Rom stattfand. Weil die industrielle Tierproduktion zur genetischen Einfalt neigt, wird sie künftig verstärkt auf die traditionellen Rassen angewiesen sein. Das Interesse



der Industrie und der Forschung an den nützlichen Eigenschaften dieser Rassen steigt; Patentanmeldungen sind absehbar. Ein Drittel dieser Rassen steht vor dem Aussterben oder ist bereits verloren. Für mehrere Hundert Millionen Menschen im Süden bilden traditionelle Nutztierassen und Tierproduktionssysteme eine unverzichtbare Lebensgrundlage. Da sie an die Grenzen von Überweidung und Naturschutz stoßen, müssen ihre Rassen und Produktionssysteme endlich verbessert werden, anstatt sie durch Importe von Hochleistungsrassen und durch Kreuzungen zu verdrängen. Der Aktionsplan der internationalen Zivilgesellschaft anlässlich des FAO-Welternährungsgipfels 2002 dokumentiert: Die Rechte von Hirtenvölkern und TierhalterInnen werden von über 600 Nichtregierungsorganisationen eingefordert und ein internationaler Vertrag über tiergenetische Ressourcen für Landwirtschaft und Ernährung angemahnt.

Bezug:
Forum Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Tel.: 0228-359704
Fax: 0228-92399356
E-Mail: info@forumue.de
www.forumue.de
www.rio-10.de
kostenlos.

Nachhaltigkeit Lokal - Lokale Agenda 21 in Deutschland

Zehn Jahre nach dem Erdgipfel der Vereinten Nationen in Rio weisen zahlreiche Studien auf den immer noch kritischen Zustand und auf existenzgefährdende Trends in wichtigen ökologischen, ökonomischen und sozialen Bereichen unseres Planeten hin. Vor dem Hintergrund des Weltgipfels über Nachhaltige Entwicklung, der vor einigen Wochen in Johannesburg stattgefunden hat, stellt sich auch für deutsche Kommunen die Frage, was sie für ihre Zukunftsfähigkeit getan haben und in Zukunft tun wollen. Zehn Jahre sind vergangen, seit der

Auftrag an die Kommunen ging, ein Handlungsprogramm, die Lokale Agenda 21, in einem Konsultationsprozess mit ihrer jeweiligen Bevölkerung zu erarbeiten. Seit dieser Zeit sind in vielen europäischen Kommunen große Anstrengungen unternommen worden, zukunftsfähige Programme und Projekte zu initiieren und umzusetzen. Die Lokalen Agenda 21-Prozesse haben sich dabei sehr vielseitig entwickelt und entsprechend unterschiedliche Ergebnisse und Qualitäten hervorgebracht. Es ist Zeit, Bilanz zu ziehen: Was wurde seit Rio 1992 erreicht? Wie steht es aktuell um die Lokale Agenda 21? Wie können Agenda-Prozesse stabilisiert werden, wie können sie effektiver ablaufen, was müsste in Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft verändert werden?

Bezug:
Forum Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Tel.: 0228-359704
Fax: 0228-92399356,
E-Mail: info@forumue.de
www.forumue.de
www.rio-10.de
Einzelexemplare sind kostenlos,
weitere Exemplare kosten pro
Stück 1 € zzgl. VK.

Die Umsetzung des Übereinkommens über die biologische Vielfalt in Deutschland

Die biologische Vielfalt der Erde nimmt von Tag zu Tag ab, traditionelles Wissen um ihre nachhaltige Nutzung stirbt allmählich aus. Die Erhaltung der biologischen Vielfalt, ihre nachhaltige Nutzung und die gerechte Aufteilung der Vorteile, die Dritte aus ihrer Nutzung ziehen, sind seit der UN-Konferenz in Rio 1992 Schlüsselthemen der internationalen Debatte um eine nachhaltige Ressourcennutzung. Die bisherigen Bemühungen, das in Rio beschlossene Übereinkommen über die biologische Vielfalt in Taten umzusetzen, haben den negativen Trend bisher nicht umkehren können. Die weitere

zunehmende Degradierung von Naturwäldern, die Übernutzung fast aller Meeresfischbestände und die anhaltende Biopiraterie sind Beispiele für die Auswirkungen verfehlter Politik und Konsummuster.

Die Bundesrepublik als herausragende Wirtschafts- und Exportnation ist aufgefordert, der globalen Ressourcenübernutzung und -zerstörung ökologische und soziale Grenzen zu setzen und die ökonomische Globalisierung in ein politisches, demokratisch kontrollierbares Regelsystem nachhaltiger Entwicklung zu integrieren. Die wichtigsten Umweltpinzipien – das Vorsorge- und das Verursacherprinzip – müssen sich in den Aktivitäten der Bundesrepublik in allen internationalen Diskussions- und Verhandlungsforen der CBD widerspiegeln. Umweltschutz und Ressourcenschutz müssen integraler Bestandteil einer konsequenten Weiterentwicklung deutscher Außenpolitik werden, wenn diese zur langfristig nachhaltigen Entwicklung und Friedenssicherung beitragen soll. Die Broschüre beleuchtet das Thema Umsetzung der CBD in Deutschland aus vielerlei Perspektiven, geht so u.a. auf Zuständigkeiten deutscher Bundesministerien und auf mögliche Partner bei der Umsetzung in Deutschland ein, stellt konkrete Projekte zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung von Süßwasserökosystemen vor und formuliert Anforderungen an eine konkrete Umsetzung der CBD.

Bezug:
Forum Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Tel.: 0228-359704
Fax: 0228-92399356
E-Mail: info@forumue.de
www.forumue.de
www.rio-10.de, kostenlos.

Globale Öffentliche Güter. Zukunfts-konzept für die internationale Zusammenarbeit?

Das Konzept der Globalen Öffentlichen Güter (Global Public Goods - GPGs) hat sich innerhalb

weniger Jahre zu einem neuen Referenzrahmen für die Auseinandersetzung über globale Umwelt- und Entwicklungspolitik entwickelt. Die internationale Diskussion hat im Zuge des Johannesburg-Gipfels an politischer Dynamik gewonnen. Auf Initiative der Regierungen von Frankreich und Schweden wird nun eine internationale "Task Force" geschaffen, die sich mit dem Konzept und der Finanzierung von GPGs befassen soll. Um die Auseinandersetzung über das Konzept der Globalen Öffentlichen Güter im deutschsprachigen Raum zu fördern, hat WEED in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung ein Arbeitspapier zu diesem Thema publiziert.

Bezug:
WEED
Jens Martens
Bertha-von-Suttner-Platz 13
53111 Bonn
Tel.: 0228-7661322
Fax: 0228-696470
E-Mail: weed@weedbonn.org
www.weedbonn.org

Bienen, Wespen und Hornissen - Kein Grund zur Panik

Mit anschaulichen Beschreibungen und praktischen Tipps zum Umgang mit Bienen, Wespen und Hornissen informiert der Naturschutzbund NABU in einer neuen Farbbroschüre über das Leben und die Gewohnheiten einer interessanten und vielfältigen Insektengruppe. Dass auch Hummeln Honig machen oder aus Notwehr stechen können, ist vielen Menschen genauso unbekannt wie die große Gefährdung zahlreicher Arten, die heute leider auf den Roten Listen bedrohter Tierarten stehen. Der NABU-Ratgeber erklärt auch, wie seltenen und durch Lebensraumschwund bedrohten Bienen- oder Hummelarten einfach und effektiv geholfen werden kann.

Bezug:
NABU-Infoservice
53223 Bonn
www.NABU.de
6 Briefmarken á 51 Cent.



Kursbuch Ethische Geldanlage

Die Studie fasst auf 231 Seiten zusammen, was Anlegerinnen und Anleger über ökologisch und sozial orientierte Geldanlagen wissen sollten. Bei der Bewertung der derzeit auf dem deutschen Markt angebotenen Fonds kommt die Autorin zu dem Ergebnis: Fonds mit besonders strengen ökologischen und sozialen Kriterien hatten in den letzten Jahren höhere Renditen als Fonds mit weichen "Nachhaltigkeitskriterien."

Das "Kursbuch Ethische Geldanlage" legt in einem ersten Teil dar, welche Möglichkeiten der Geldanlage es überhaupt gibt sowie welche Grundlagen, Grundformen, Kriterien und Wirkungen ethisch orientierte Geldanlagen haben können. Im zweiten Teil geht es um die Sicherheit, Besteuerung und Rendite ethischer Geldanlagen. Abgerundet wird das Buch mit einem umfassenden Praxisteil, in dem über 30 Anbieter ethischer Geldanlagen ausführlich porträtiert werden.

Bezug: Steffen Jörg, SÜDWIND e.V., Tel.: 02241-259734, Fax: 02241-51308, joerg@suedwind-institut.de, 9,90 € zzgl. VK.

Iraq Sanctions: Humanitarian Implications and Options for the Future

Aus Anlass des 12. Jahrestages der Verhängung umfassender Wirtschaftssanktionen gegen den Irak (6. August 1990) legt WEED gemeinsam mit Nichtregierungsorganisationen aus den USA, Großbritannien und Frankreich eine Studie vor, die sich mit den humanitären Folgen der Sanktionen befasst. Die Studie gibt dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine Mitverantwortung an der katastrophalen Lage der Zivilbevölkerung. Sie ist angesichts der US-amerikanischen Kriegsvorbereitungen auch als Plädoyer für eine friedliche Beilegung des Irak-Konflikts zu verstehen. Zur Überwindung der Krise legt die Studie einen umfassenden Maßnahmenkatalog vor. Sie fordert u.a. die Aufhebung der umfassenden Wirtschaftssanktionen

durch den Sicherheitsrat und plädiert statt dessen für den Einsatz „gezielter Sanktionen“ (targeted sanctions) gegen die irakische Führung. Außerdem spricht sie sich für die Wiederaufnahme wirtschaftlicher Beziehungen zum Irak aus. Der Katalog umfasst aber auch detaillierte Forderungen an die irakische Führung, u.a. die Öffnung des Landes für UN-Waffenkontrollure, die Einhaltung der Menschenrechte und einen Autonomiestatus für die kurdischen Gebiete. Die Studie wurde unter Federführung des New Yorker Global Policy Forums erstellt. Mitherausgeber sind u.a. das britische Kinderhilfswerk Save the Children UK, das US-amerikanische Institute for Policy Studies und verschiedene religiöse Organisationen.

Bezug: WEED, Bertha-von-Suttner-Platz 13 53111 Bonn Tel.: 0228-7661322 Fax: 0228-696470, E-Mail: weed@weedbonn.org www.weedbonn.org/unreform/index.htm

Atlas der Globalisierung

Mit dem Atlas der Globalisierung werden umfassend verschiedene Aspekte der globalisierten Welt transparent gemacht. Veranschaulicht durch farbiges Kartenmaterial und Grafiken analysieren die Autorinnen und Autoren der Le Monde Diplomatie die Lage in der Welt unter vielen Gesichtspunkten. Ein profundes Werk für alle, die sich kritisch mit der Globalisierung auseinandersetzen. Eckdaten: Vierfarbdruck, Großformat, Klebebindung, ca. 200 Seiten, Erscheinungstermin 15. November 2002. Auszug aus dem Inhaltsverzeichnis: Kleingewordene Welt; das globale Dorf; Globaler Markt; Militarisierung und hierarchisierte Welt; Technischer Fortschritt, soziale Gegensätze; Strapazierte Umwelt; Demokratie und gesellschaftlicher Fortschritt; Zersplitterungen, Spannungen und Konflikte; Schauplätze und Akteure: Die Vereinigten Staaten, Die erweiterte EU etc.

Bezug: die tageszeitung Susanne Knechten Kochstr. 18 10969 Berlin Tel.: 030-25902134 E-Mail: s.knechten@taz.de Subskriptionspreis 8 €.

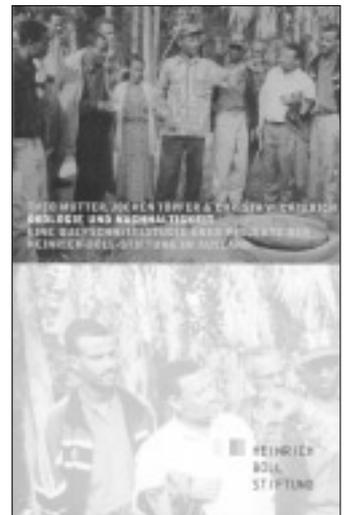
Kinderwelt Weltkinder! Multimediales Lehrmittel zum globalen Lernen

Hinter diesem Titel verbergen sich 8 Filme (DVD-Video, DVD-ROM/CD-ROM deutsch/französisch) und Unterrichtsmaterialien über den Kinderalltag in Afrika, Asien und Lateinamerika. Anhand lebendiger Geschichten können sich Kinder von hier mit dem Alltag von Kindern aus dem Süden auseinandersetzen. Thematische Schwerpunkte sind Kinderarbeit, Strassenkinder, Slum, Kinderrechte, Geschlechterrollen, Familie, Freundschaft, Verantwortung und Selbstbewusstsein, Wohnen, Schule. Die Geschichten von Kindern in anderen Teilen der Welt bieten spannenden und vielfältigen Unterrichtsstoff für Schulfächer wie Geografie, Lebenskunde/Religion, Geschichte, Wirtschaft oder Fremdsprachen. Das facettenreiche Thema Kinderalltag eignet sich besonders gut für fächerübergreifenden Unterricht und für die Medienkunde. Die DVD ist primär für die Mittel- und Oberstufe (10 - 14 Jahre) konzipiert.

Bezug: Ev. Zentrum f. entwicklungsbezogene Filmarbeit, Kniebisstr. 29, 70188 Stuttgart, Tel.: 0711-2847243, Fax: 0711-2846936, E-Mail: info@ezef.de, www.ezef.de, 40/70 EURO zzgl. VK.

Ökologie und Nachhaltigkeit

Der fortschreitende Klimawandel, die Wasserverschmutzung, Verstärkung und Verringerung der biologischen Vielfalt u.a. zeigen, dass die globalen ökologischen Probleme weit von einer Lösung entfernt sind. Ebenso wenig konnten die Weichen für eine nachhaltige Entwicklung gestellt wer-



den, wie dies der Auftrag des Weltgipfels 1992 in Rio de Janeiro war. Umweltbewegungen, Bürgerinitiativen und politische Institutionen suchen nach Modellen, alternativen Ansätzen und politischen Regulierungsinstrumenten, um den Problemen auf lokaler, regionaler, nationaler und globaler Ebene zu begegnen und Lösungsansätze zu entwickeln. Die Heinrich-Böll-Stiftung agiert in diesem Sinne als umweltpolitischer Akteur, der das Konzept der nachhaltigen Entwicklung als herausragenden Schwerpunkt seiner Arbeit verfolgt.

In diesem Zusammenhang und in Vorbereitung auf den Weltgipfel 2002 in Johannesburg entstand die vorliegende Studie zu Ökologie und Nachhaltigkeit. Ziel der Studie war die Untersuchung der Partnerstrukturen der Heinrich-Böll-Stiftung im Ökologiebereich – und zwar in Bezug auf ihre Rahmenbedingungen, Politikfelder und Handlungsstrategien im Süden und in den Transformationsländern Osteuropas. Sie ist damit auch ein Angebot zur Reflexion für andere in der internationalen Zusammenarbeit tätige Institutionen und Fachleute.

Bezug: ISBN 3-927760-40-4, Heinrich-Böll-Stiftung Hackesche Höfe Rosenthaler Str. 40/41 10178 Berlin Tel.: 030-285340 E-Mail: info@boell.de www.boell.de 8 €.